

Das Argument

30

6. Jahrgang 1964

Faschismus-Theorien (I)

Walter Benjamin: Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift »Krieg und Krieger«	129
Ronald Wiegand: „Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus	138
Urs Müller-Plantenberg: Neuere Literatur über den Faschismus [u.a. Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche; Joachim C. Fest: Das Gesicht des Dritten Reiches]	144
Michaela Alth: Erwiderung auf Tombergs Kritik an Adorno	156
Rudolf Kienast: Notstandsverfassung und Grundgesetz (III). Die Auswirkung der Notstandsgesetze auf die Gesamtstruktur der Verfassung	159

Besprechungen

I. Faschismus-Literatur (A. Geschichte; B. Sprache und Ideologie; C. Psychologie und Vorurteilsforschung)	167
II. Städtebau und „Wohnkultur“ [u.a. Wolfgang Koeck: Existenzfragen der Industriegesellschaft. Gefahren und Chancen des technischen Fortschritts (Rolf Czeskleba)]	178
III. Allgemeine Besprechungen	184

Walter Benjamin

Theorien des deutschen Faschismus

Zu der Sammelschrift „Krieg und Krieger“
Hrsg. v. Ernst Jünger

Léon Daudet, Sohn von Alphonse, selbst ein bedeutender Schriftsteller, Leader der royalistischen Partei Frankreichs, hat in seiner Action Française einmal einen Bericht über den Salon de l'Automobile gegeben, der, wenn auch vielleicht nicht mit diesen Worten, in die Gleichung auslief „L'automobile c'est la guerre“. Was dieser überraschenden Ideenverbindung zugrunde lag, war der Gedanke an eine Steigerung der technischen Behelfe, der Tempi, der Kraftquellen usw., die in unserem Privatleben keine restlos vollendete, adäquate Ausnutzung finden und dennoch drängen, sich zu rechtfertigen. Sie rechtfertigen sich, indem sie auf harmonisches Zusammenspiel verzichten im Kriege, der mit seinen Zerstörungen den Beweis dafür antritt, daß die soziale Wirklichkeit nicht reif war, die Technik sich zum Organ zu machen, daß die Technik nicht stark genug war, die gesellschaftlichen Elementarkräfte zu bewältigen. Ohne im mindesten der Bedeutung der wirtschaftlichen Kriegsursachen zu nahezutreten, darf man behaupten: der imperialistische Krieg ist gerade in seinem Härtesten, seinem Verhängnisvollsten mitbestimmt durch die klaffende Diskrepanz zwischen den riesenhaften Mitteln der Technik auf der einen, ihrer winzigen moralischen Erhellung auf der anderen Seite. In der Tat, ihrer wirtschaftlichen Natur nach kann die bürgerliche Gesellschaft nicht anders, als alles Technische so sehr wie möglich vom sogenannten Geistigen abdichten, nicht anders, als den technischen Gedanken vom Mitbestimmungsrecht an der sozialen Ordnung so entschieden wie möglich ausschließen. Jeder kommende Krieg ist zugleich ein Sklavenaufstand der Technik. Daß aus diesen und verwandten Befunden alle den Krieg betreffenden Fragen ihre heutige Prägung erhalten, daß sie Fragen des imperialistischen Krieges sind, meint man den Verfassern der vorliegenden Schrift um so weniger ins Gedächtnis rufen zu müssen, als sie Soldaten des Weltkrieges gewesen sind und, was immer man ihnen auch sonst mag bestreiten müssen, unstreitig von der Erfahrung des Weltkrieges ausgehen. Man erstaunt also sehr, schon auf der ersten Seite die Behauptung zu finden, daß es „eine nebensächliche Rolle spielt, in welchem

Jahrhundert, für welche Ideen und mit welchen Waffen gefochten wird“. Und das Erstaunlichste, daß Ernst Jünger mit dieser Behauptung sich einen Grundsatz des Pazifismus zu eigen macht, unter allen den Anfechtbarsten und den Abstraktesten. Allerdings nicht sowohl doktrinäre Schablone, als ein eingewurzelter und, an allen Maßstäben männlichen Denkens gemessen, recht eigentlich lasterhafter Mystizismus, steht bei ihm und seinen Freunden dahinter. Aber sein Mystizismus des Krieges und das klischierte Friedensideal des Pazifismus, sie haben einander nichts vorzuwerfen. Vielmehr hat für den Augenblick selbst der schwindsüchtigste Pazifismus vor seinem epileptisch schäumenden Bruder eins voraus, nämlich gewisse Anhaltspunkte am Wirklichen, nicht zuletzt einige Begriffe vom nächsten Krieg.

Gern und mit Nachdruck sprechen die Verfasser vom „ersten Weltkrieg“. Wie wenig es aber ihrer Erfahrung gelungen ist, seiner Realitäten sich zu bemächtigen, von denen sie mit den befremdlichsten Steigerungen als von dem „Welthaft-Wirklichen“ zu reden pflegen, beweist die Stumpfheit, mit der sie den Begriff kommender Kriege fixieren, ohne Vorstellungen mit ihm zu verbinden. Beinahe könnten diese Wegbereiter der Wehrmacht einen auf den Gedanken bringen, die Uniform sei ihnen ein höchstes, mit allen Fibern ihres Herzens ersehntes Ziel, gegen welches die Umstände, unter denen sie später zur Geltung kommt, sehr zurücktreten. Verständlicher wird diese Haltung, wenn man sich klarmacht, wie sehr die hier vertretene Ideologie des Krieges, gemessen am Stande der europäischen Rüstungen, jetzt schon veraltet ist. Die Verfasser haben sich an keiner Stelle gesagt, daß die Materialschlacht, in der einige von ihnen die höchste Offenbarung des Daseins erblicken, die kümmerlichen Embleme des Heroismus, die hier und dort den Weltkrieg überdauerten, außer Kurs setzt. Der Gaskampf, für den die Mitarbeiter dieses Buches auffallend wenig Interesse haben, verspricht dem Zukunftskrieg ein Gesicht zu geben, das die soldatischen Kategorien endgültig zugunsten der sportlichen verabschiedet, den Aktionen alles Militärische nimmt und sie sämtlich unter das Gesicht des Rekords stellt. Denn seine schärfste strategische Eigenart besteht darin, bloßer und radikalster Angriffskrieg zu sein. Gegen Gasangriffe aus der Luft gibt es bekanntlich keine zulängliche Gegenwehr. Selbst die privaten Schutzmaßnahmen, die Gasmasken, versagen bei Senfgas und Levisit. Ab und zu erfährt man „Beruhigendes“, wie die Erfindung eines empfindlichen Fernhörers, der das Surren der Propeller auf große Entfernungen hin registriert. Und einige Monate später dann die Erfindung eines lautlosen Flugzeugs. Der Gaskrieg wird auf Vernichtungsrekorden beruhen und mit einem ins Absurde gesteigerten Hasardieren verbunden sein. Ob sein Ausbruch innerhalb der völkerrechtlichen Normen — nach vorhergehender Kriegserklärung — erfolgt, ist fraglich; sein Ende wird mit dergleichen Schranken nicht mehr zu rechnen haben. Mit der Unterscheidung zwischen ziviler und kampftätiger Bevölkerung, welche der Gaskrieg bekanntlich aufhebt, fällt die wichtigste Basis des Völkerrechts. Daß und wie die Desorganisation, die der imperialistische Krieg mit sich führt, ihn unabschließbar zu machen droht, hat schon der letzte gezeigt.

Es ist mehr als ein Kuriosum, es ist ein Symptom, daß eine Schrift von 1930, die es mit „Krieg und Krieger“ zu tun hat, an all dem vorbeigeht. Symptom derselben knabenhaften Verschwärmtheit, die in einen Kultus, eine Apotheose des Krieges mündet, als deren Verkünder hier vor allem von Schramm und Günther auftreten. Diese neue Kriegstheorie, der ihre Herkunft aus der rabiatesten Dekadenz an der Stirne geschrieben steht, ist nichts anderes als eine hemmungslose Übertragung der Thesen des L'Art pour l'Art auf den Krieg. Wenn aber diese Lehre schon auf ihrem ursprünglichen Boden die Neigung hat, im Munde mittelmäßiger Adepten ein Gespött zu werden, so sind ihre Perspektiven in dieser neuen Phase beschämend. Wer möchte sich einen Kämpfer der Marneschlacht oder einen von denen, die vor Verdun lagen, als Leser von Sätzen, wie sie hier folgen, vorstellen: „Wir haben den Krieg nach sehr unreinen Prinzipien geführt.“ „Wirklich gekämpft von Mann zu Mann und von Truppe zu Truppe wurde immer seltener mehr.“ „Selbstverständlich haben die Frontoffiziere den Krieg oft recht stillos gemacht.“ „Denn durch die Einbeziehung der Massen, des schlechteren Blutes, der praktischen bürgerlichen Gesinnung, kurz des gemeinen Mannes, vor allem in Offizierskorps und Unteroffizierskorps, sind mehr und mehr die ewig aristokratischen Elemente des soldatischen Handwerks vernichtet worden.“ Falschere Töne kann man nicht anschlagen, ungeschicktere Gedanken nicht zu Papier bringen, taktlosere Worte nicht aussprechen. Daß es aber gerade hier den Verfassern so gänzlich mißglücken mußte, darin ist — all ihren Reden vom Ewigen, Urtümlichen zum Trotz — die urvornehme, ganz und gar journalistische Hast schuld, mit der sie des Aktuellen sich zu bemächtigen suchen, ohne Gewesenes erfaßt zu haben. Kultische Elemente des Krieges — ja, es hat sie gegeben. Theokratisch verfaßte Gemeinschaften kannten sie. Und so hirnverbrannt es wäre, diese versunkenen Elemente am Zipfel des Krieges wieder heraufziehen zu wollen, so peinlich mag es für diese Krieger auf der Ideenflucht sein, zu erfahren, wieweit in der von ihnen verfehlten Richtung ein jüdischer Philosoph, Erich Ungar, gegangen ist, wieweit die Feststellung, die bei ihm an Hand konkreter Daten aus der jüdischen Geschichte, gewiß zum Teil mit problematischem Recht, gemacht sind, die hier beschworenen blutigen Schemen in nichts sich verflüchtigen lassen. Aber etwas ins klare zu stellen, die Dinge wirklich beim Namen zu nennen, dazu reicht es bei den Verfassern nicht aus. Der Krieg „entzieht sich jener Ökonomie, die den Verstand übt, in seiner Vernunft ist etwas Unmenschliches, Maßloses, Gigantisches, etwas, was an einen vulkanischen Prozeß, eine elementare Eruption erinnert, ... eine ungeheure Woge des Lebens, durch eine schmerzhaft tiefe, zwingende einheitliche Kraft gerichtet, geführt auf Schlachtfelder, die heute schon mythisch werden, verbraucht für Aufgaben, die den Bezirk des gegenwärtig Faßlichen weithin überschreiten.“ So redselig ist ein Freier, der schlecht umarmt. In der Tat umarmen sie den Gedanken schlecht. Man muß ihn zu wiederholten Malen ihnen zuführen, und das tun wir hiermit.

Dies ist er: Der Krieg — der „ewige“ Krieg, von dem hier soviel gesprochen wird, so gut wie der letzte — sei der höchste Ausdruck der deutschen Nation. Daß sich hinter

dem ewigen Krieg der Gedanke des kultischen, hinter dem letzten der des technischen verbirgt, und wie wenig es den Verfassern gelungen ist, deren Verhältnis zueinander ins reine zu bringen, wird deutlich geworden sein. Aber mit diesem letzten Krieg hat es noch eine besondere Bewandnis. Er ist nicht nur der Krieg der Materialschlachten, sondern auch der verlorene. Damit freilich in ganz besonderem Sinne der deutsche. Den Krieg aus ihrem Innersten heraus geführt zu haben, könnten auch andere Völker von sich behaupten. Ihn aus dem Innersten verloren zu haben, nicht. Das Besondere an der gegenwärtigen letzten Phase jener Auseinandersetzung mit dem verlorenen Krieg, die Deutschland seit 1918 so schwer erschüttert, ist nun, daß gerade sein Verlust für die Deutschheit in Anspruch genommen wird. Die letzte Phase, so darf man sagen, weil diese Versuche, den Verlust des Krieges zu bewältigen, eine deutliche Gliederung zeigen. Sie begannen mit dem Unternehmen, die Niederlage durch ein hysterisch ins Allmenschliche gesteigertes Schuldbekenntnis in einen inneren Sieg zu pervertieren. Diese Politik, die dem untergehenden Abendlande ihre Manifeste mit auf den Weg gab, war die getreue Widerspiegelung der deutschen „Revolution“ durch die expressionistische Avantgarde. Dann kam der Versuch, den verlorenen Krieg zu vergessen. Das Bürgertum legte sich schnaufend aufs andere Ohr, und welches Kissen war da weicher als der Roman? Die Schrecken der erlebten Jahre wurden zur Daunenfülle, in der jede Schlafmütze ihren Abdruck leicht hinterlassen könnte. Was nun das letzte Unternehmen, mit dem wir es hier zu tun haben, von den früheren abhebt, das ist die Neigung, den Verlust des Krieges ernster zu nehmen als diesen Krieg selbst. — Was heißt, einen Krieg gewinnen oder verlieren? Wie auffallend in beiden Worten der Doppelsinn. Der erste, manifeste meint gewiß den Ausgang, der zweite aber, der den eigentümlichen Hohlraum, Resonanzboden in ihnen schafft, meint ihn ganz, spricht aus, wie sein Ausgang für uns seinen Bestand für uns ändert. Er sagt: der Sieger behält den Krieg, dem Geschlagenen kommt er abhanden; er sagt: der Sieger schlägt ihn zum Seinigen, macht ihn zu seiner Habe, der Geschlagene besitzt ihn nicht mehr, muß ohne ihn leben. Und nicht nur den Krieg so schlechthin und im allgemeinsten, sondern jeden geringsten seiner Wechselfälle, jeden subtilsten seiner Schachzüge, jede entlegenste seiner Aktionen. Einen Krieg gewinnen oder verlieren, das greift, wenn wir der Sprache folgen, so tief in das Gefüge unseres Daseins ein, daß wir damit auf Lebenszeit an Malen, Bildern, Funden reicher oder ärmer geworden sind. Und da wir einen der größten der Weltgeschichte, einen Krieg verloren, in dem die ganze stoffliche und geistige Substanz des Volkes gebunden war, so mag man erlauben, was dieser Verlust bedeutet.

Gewiß kann man denen um Jünger nicht vorwerfen, sie hätten es nicht erlauben. Wie traten sie aber dem Ungeheuren entgegen? Sie haben nicht aufgehört, sich zu schlagen. Sie haben den Kultus des Krieges noch zelebriert, wo kein wirklicher Feind mehr stand. Sie waren den Gelüsten des Bürgertums, das den Untergang des Abendlandes herbeisehnte, wie ein Schüler an die Stelle einer falsch gerechneten Aufgabe einen Klecks, gefügig, Untergang verbreitend, Untergang predigend, wohin sie kamen. Das

Verlorene auch nur einen Augenblick sich gegenwärtig-anstatt verbissen es fest-halten zu wollen, war ihnen nicht gegeben. Sie haben immer zuerst und immer am erbittertsten gegen die Besinnung gestanden. Sie haben die große Chance des Besiegten, die russische, den Kampf in eine andere Sphäre zu verlegen, versäumt, bis der Augenblick verpaßt war und in Europa die Völker wieder zu Partnern von Handelsverträgen gesunken waren. „Der Krieg wird verwaltet, nicht mehr geführt“, meldet beschwerdeführend einer der Verfasser. Das sollte durch den deutschen Nachkrieg korrigiert werden. Dieser Nachkrieg war im gleichen Maße Protest gegen den ihm vorangegangenen wie gegen das Zivil, dessen Siegel man auf jenem erblickte. Vor allem sollte das verhaßte rationale Element dem Kriege genommen werden. Und gewiß, diese Mannschaft badete in den Dämpfen, die dem Rachen des Fenriswolfs entstiegen. Aber sie konnten den Vergleich mit den Gasen der Gelbkreuzgranaten nicht aufnehmen. Vor dem Hintergrund des Kommißdienstes in Militär-, der ausgepowerten Familien in Mietkasernen bekam dieser urgermanische Schicksalszauber einen fauligen Schimmer. Und ohne ihn materialistisch zu analysieren, konnte auch damals das unverdorbene Gefühl eines freien, wissenden, wahrhaft dialektischen Geistes, wie jener Florens Christian Rang es war, dessen Lebenslauf mehr Deutschtum ausprägt als ganze Heerhaufen dieser Verzweifelten, sich mit bleibenden Sätzen ihnen entgegenstellen. „Die Dämonie des Schicksal-Glaubens, daß Menschen-Tugend umsonst ist —, die finstere Nacht des Trotzes, der den Sieg der Lichtmächte im Götterweltbrand zerlodert . . . , die scheinbare Willens-Herrlichkeit dieses Schlachtentod-Glaubens, der das Leben nicht achtend hinwirft für die Idee —, diese wolkenschwangere Nacht, die uns schon Jahrtausende überlagert und statt Sternen nur Blitze zu Wegkündern gibt, betäubende, verwirrende, nach denen Nacht nur um so dunkler uns stickt: diese grauenvolle Weltansicht des Welt-Tods statt Welt-Lebens, die sich in der deutschen Idealismus-Philosophie das Grauen mit dem Gedanken erleichtert, daß hinter den Wolken ja Sternhimmel sei, diese deutsche Geistes-Grundrichtung ist zutiefst willenlos, meint nicht, was sie sagt, ist ein Verkriechen, eine Feigheit, ein Nicht-wissen-wollen, Nicht-leben-, aber auch Nicht-sterben-wollen . . . Denn das ist die deutsche Halbstellung zum Leben: es wegwerfen zu können, wenn es nichts kostet, in einem Augenblick des Rausches die Hinterbliebenen versorgt und dies kurzlebige Opfer mit ewiger Gloriele umstrahlt.“ Wenn es aber dann im gleichen Zusammenhange heißt: „Zweihundert sterbensbereite Offiziere hätten genügt, in Berlin die Revolution niederzuwerfen — entsprechend an allen Orten —, aber es fand sich nicht einer. Eigentlich hätten ja wohl viele gerne gerettet, aber uneigentlich, das ist wirklich, wollte keiner so sehr, daß er den Anfang machte, sich zum Führer aufwarf, oder als einzelner vorging. Lieber ließen sie sich auf der Straße die Achselstücke abreißen“ —, wenn so zu lesen steht, wird denen um Jünger die Sprache vielleicht verwandt klingen. Soviel ist sicher, wer das geschrieben hat, der kennt aus eigenster Erfahrung Haltung und Überlieferung derer, die sich hier zusammengefunden haben. Und vielleicht teilte er solange ihre

Feindschaft gegen den Materialismus, bis sie sich die Sprache der Materialschlacht schuf.

Wenn zu Anfang des Krieges der Idealismus von Staats und Regierung wegen geliefert wurde, so war die Truppe je länger je mehr auf Requisition angewiesen. Immer finsterner, tödlicher, stahlgrauer wurde ihr Heroismus, immer entlegener und nebelhafter die Sphäre, aus denen noch Glorie und Ideal winkten, immer starrer die Haltung derer, die sich weniger als Truppen des Weltkriegs, denn als Vollstrecker des Nachkriegs fühlten. „Haltung“ — in all ihren Reden das dritte Wort. Wer würde leugnen, daß die soldatische eine ist. Sprache aber ist der Prüfstein für eine jede und ganz und gar nicht nur, wie man gern annimmt, für die des Schreibenden. Bei denen, die sich hier verschworen haben, besteht sie die Probe nicht. Mag Jünger es den adligen Dilettanten des siebzehnten Jahrhunderts nachsprechen, die deutsche Sprache sei eine Ursprache — wie das gemeint ist, verrät der Zusatz, als solche flöße sie der Zivilisation, der Welt der Gesittung, ein unüberwindliches Mißtrauen ein. Wie aber kann deren Mißtrauen sich mit dem seiner Landsleute messen, wenn man ihnen den Krieg als einen „mächtigen Revisor“ vorstellt, der der Zeit ihren „Puls fühlt“, ihnen verwehrt, einen „geprüften Schluß“ „auszuräumen“, ihnen zumutet, ihren Blick für „Ruinen“ „hinter leuchtenden Firnis“ zu schärfen. Aber beschämender als solche Verstöße ist in diesen so zyklisch gemeinten Gedankenbauten eine Glätte der Fügung, die jeden Leitartikel zieren würde und peinlicher als die Glätte der Fügung ist die Mittelmäßigkeit der Substanz. „Die Gefallenen“, erzählt man uns, „gingen, indem sie fielen, aus einer unvollkommenen Wirklichkeit in eine vollkommene Wirklichkeit, aus dem Deutschland der zeitlichen Erscheinung in das ewige Deutschland ein.“ Das der zeitlichen Erscheinung ist ja notorisch, um das ewige stünde es aber schlecht, wären wir für sein Bild auf das Zeugnis derer, die es so zungenfertig ablegen, angewiesen. Wie billig haben sie das „feste Gefühl der Unsterblichkeit“, die Gewißheit, man habe „die Schrecken des letzten Krieges ins Fürchterliche gesteigert“, die Symbolik des „nach innen siedenden Bluts“ erstanden. Sie haben, bestenfalls, den Krieg geschlagen, den sie hier feiern. Wir werden aber einen nicht gelten lassen, der vom Kriege spricht und nichts kennt als Krieg. Wir werden, radikal auf unsere Weise, fragen: Wo kommt ihr her? Und was wißt ihr vom Frieden? Seid ihr in einem Kinde, einem Baum, einem Tier je auf den Frieden so gestoßen wie im Felde auf einen Vorposten? Und, ohne ihre Antwort abzuwarten: Nein! Nicht, daß ihr dann nicht fähig wäret, den Krieg zu feiern, leidenschaftlicher sogar, als ihr tut. Aber ihn zu feiern wie ihr es tut, wäret ihr nicht fähig. Wie hätte Fortinbras für den Krieg gezeugt? Man kann aus Shakespeares Technik darauf schließen. Wie er die Liebe Romeos zu Julien dadurch im Feuerglanze ihrer Leidenschaft enthüllt, daß er den Romeo von vornherein verliebt, verliebt in Rosalinde, darstellt, so hätte Fortinbras mit einem Lob des Friedens, einem so betörend, schmelzend süßen eingesetzt, daß dann, wenn er am Ende seine Stimme für den Krieg erhebt, sich jeder schauernd eingestehen müßte: Was sind das für gewaltige, namenlose Kräfte, die

diesen von dem Glück des Friedens ganz Erfüllten mit Leib und Seele sich dem Kriege angeloben lassen? — Hier nichts davon. Freibeuter von Fach haben das Wort. Ihr Horizont ist flammend, aber sehr eng.

Was sehen sie in seinen Flammen? Sie sehen — hier können wir uns F. G. Jünger anvertrauen — eine Wandlung. „Es gehen Linien seelischer Entscheidung quer durch den Krieg; der Wandlung des Kampfes entspricht die Wandlung der Kämpfenden. Sie wird sichtbar, wenn man die geschwungenen, schwerelosen, begeisterten Gesichter der Soldaten des August 1914 mit den tödlich ermatteten, hageren, unerbittlich gespannten Gesichtern der Materialschlachtkämpfer des Jahres 1918 vergleicht. Hinter dem Bogen dieses Kampfes, der, steiler gespannt, endlich zerspringt, erscheint, unvergesslich ihr Gesicht, geformt und bewegt von einer gewaltigen geistigen Erschütterung, Station um Station eines Leidensweges, Schlacht um Schlacht, deren jede das hieroglyphische Zeichen einer angestrengt fortarbeitenden Vernichtungsarbeit ist. Hier erscheint jener soldatische Typus, den die hart, nüchtern, blutig und pausenlos abrollenden Materialschlachten durchbildeten. Ihn kennzeichnet die nervige Härte des geborenen Kämpfers, ihn der Ausdruck der einsameren Verantwortung, der seelischen Verlassenheit. In diesem Ringen, das in einer immer tieferen Schicht sich fortsetzte, bewährte sich sein Rang. Der Weg, den er ging, war schmal und gefährlich, aber es war ein Weg, der in die Zukunft führt.“ Wo immer man in diesen Blättern auf genaue Formulierungen, echte Akzente, stichhaltige Begründungen stößt, ist es die Wirklichkeit, die hier getroffen, die von Ernst Jünger als total mobilgemachte angesprochen, von Ernst von Salomon als die Landschaft der Front gefaßt ist. Ein liberaler Publizist, der vor kurzem diesem neuen Nationalismus unter dem Stichwort „Heroismus aus langer Weile“ beizukommen suchte, hat, das sieht man hier, etwas zu kurz gegriffen. Jener Soldatentypus ist Wirklichkeit, ist ein überlebender Zeuge des Weltkriegs und es war eigentlich die Landschaft der Front, seine wahre Heimat, die im Nachkrieg verteidigt wurde. Diese Landschaft zwingt zum Verweilen. Man soll es mit aller Bitternis aussprechen: Im Angesichte der total mobil gemachten Landschaft hat das deutsche Naturgefühl einen ungeahnten Aufschwung genommen. Die Friedensgenien, die sie so sinnlich besiedeln, sind evakuiert worden und soweit man über den Grabenrand blicken konnte, war alles Umliegende zum Gelände des deutschen Idealismus selbst geworden, jeder Granatrichter ein Problem, jeder Drahtverhau eine Autonomie, jeder Stachel eine Definition, jede Explosion eine Satzung, und der Himmel darüber bei Tag die kosmische Innenseite des Stahlhelms, bei Nacht das sittliche Gesetz über ihr. Mit Feuerbändern und Laufgräben hat die Technik die heroischen Züge im Antlitz des deutschen Idealismus nachziehen wollen. Sie hat geirrt. Denn was sie für die heroischen hielt, das waren die hippokratischen, die Züge des Todes. So prägte sie, tief durchdrungen von ihrer eigenen Verworfenheit, das apokalyptische Antlitz der Natur, brachte sie zum Verstummen und war doch die Kraft, die ihr die Sprache hätte geben können. Der Krieg in der metaphysischen Abstraktion, in der der neue Nationalismus sich

zu ihm bekennt, ist nichts anderes als der Versuch, das Geheimnis einer idealistisch verstandenen Natur in der Technik mystisch und unmittelbar zu lösen, statt auf dem Umweg über die Einrichtung menschlicher Dinge es zu nutzen und zu erhellen. „Schicksal“ und „Heros“ stehen wie Gog und Magog in diesen Köpfen, ihre Opfer sind nicht allein Menschen-, sondern auch Gedankenkinder. Alles Nüchterne, Unbescholtene, Naive, was über die Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen erdacht wird, wandert in den abgenutzten Schlund dieser Maulgötzen, die mit dem Rülpsen der 42-cm-Mörser darauf erwidern. Manchmal kommt die Verspannung des Heroentums mit der Materialschlacht die Verfasser ein wenig hart an. Aber durchaus nicht alle und nichts ist kompromittierender als die weinerlichen Exkurse, mit denen hier die Enttäuschung über die „Form des Krieges“, den „sinnlosen mechanischen Materialkrieg“ laut wird, dessen die Edlen „offenbar müde geworden“ waren. Wo aber einzelne es versuchen, den Dingen ins Auge zu sehen, wird am deutlichsten, wie sehr für sie der Begriff des Heroischen unter der Hand sich verwandelt hat, wie sehr die Tugenden der Härte, der Verslossenheit, der Unerbittlichkeit, die sie feiern, in Wahrheit weniger solche des Soldaten als des bewährten Klassenkämpfers sind. Was sich hier unter der Maske erst des Freiwilligen im Weltkrieg, dann des Söldners im Nachkrieg, herabgebildet, ist in Wahrheit der zuverlässige faschistische Klassenkrieger, und was die Verfasser unter Nation verstehen, eine auf diesen Stand gestützte Herrscherklasse, die niemanden und am wenigsten sich selber Rechenschaft schuldig, auf steiler Höhe thronend, die Sphinxzüge des Produzenten trägt, der sehr bald der einzige Konsument seiner Waren zu sein verspricht. Mit diesem Sphinxantlitz steht die Nation der Faschisten als neues ökonomisches Naturgeheimnis neben dem alten, das in ihrer Technik, weit entfernt sich zu lichten, seine drohendsten Züge herauskehrt. Im Parallelogramm der Kräfte, welches beide — Natur, Nation — hier bilden, ist die Diagonale der Krieg. Es ist verständlich, daß für den besten und durchdachtesten unter den Aufsätzen dieses Bandes die Frage der „Bändigung des Krieges durch den Staat“ entsteht. Denn der Staat spielt in dieser mystischen Kriegstheorie von Haus aus nicht die geringste Rolle. Man wird die Bändigerrolle keinen Augenblick im pazifistischen Sinne verstehen. Es wird hier viel mehr vom Staate gefordert, den magischen Kräften, die er in Kriegsläufen für sich mobilisieren muß, bereits in seinem Bau und seiner Haltung sich anzupassen und würdig zu zeigen. Es werde ihm andernfalls nicht gelingen, den Krieg seinen Zwecken tauglich zu machen. Das Versagen der Staatsmacht angesichts des Krieges steht für die, die sich hier zusammengefunden haben, am Anfang ihres selbständigen Denkens, die Formationen, die bei Kriegsende zwitterhaft zwischen ordensartigen Kameradschaften und regulären Vertretungen der Staatsmacht standen, konsolidierten sich baldigst als unabhängige staatslose Landsknechtshaufen, und die Finanzkapitäne der Inflation, denen der Staat als Garant ihres Besitzes fraglich zu werden begann, haben das Angebot solcher Haufen, die durch Vermittlung privater Stellen oder der Reichswehr jederzeit greifbar wie Reis oder Kohlrüben anrollen konn-

ten, zu schätzen gewußt. Noch die vorliegende Schrift ähnelt dem ideologisch phrasierten Werbesprospekt eines neuen Typus von Söldnern oder besser von Kondottieren. Freimütig erklärt einer unter ihren Verfassern: „Der Soldat des Dreißigjährigen Krieges verkaufte sich mit Leib und Leben, und das ist immer noch edler, als wenn man nur Gesinnung oder Talent verkauft.“ Wenn er dann freilich fortfährt, der Landsknecht des deutschen Nachkriegs habe sich nicht verkauft, sondern sich verschenkt, so ist das nach Maßgabe der Bemerkung des gleichen Autors, über den vergleichsweise hohen Sold dieser Trupps zu verstehen. Ein Sold, der das Haupt dieser neuen Krieger ebenso hart wie die technischen Notwendigkeiten des Handwerks prägte: Kriegsingenieure der Herrscherklasse, bilden sie das Pendant der leitenden Angestellten im Cut. Weiß Gott, daß ihre Führergeste ernst zu nehmen, ihre Drohung nicht lächerlich ist. Im Führer eines einzigen Flugzeugs mit Gasbomben vereinigen sich alle Machtvollkommenheiten, dem Bürger Licht und Luft und Leben abzuschneiden, die im Frieden unter tausend Bürovorsteher verteilt sind. Der schlichte Bombenwerfer, der in der Einsamkeit der Höhe, allein mit sich und seinem Gott, für seinen schwer erkrankten Seniorchef, den Staat, Prokura hat, und wo er seine Unterschrift hinsetzt, da wächst kein Gras mehr — das ist der „imperiale“ Führer, der den Verfassern vorschwebt.

Nicht ehe Deutschland das medusische Gefüge der Züge, die ihm hier entgegneten, gesprengt hat, kann es eine Zukunft erhoffen. Gesprengt — besser vielleicht gelockert. Das soll nicht heißen, mit götigem Zuspruch oder mit Liebe, die hier nicht am Ort sind; es soll auch nicht der Argumentation, dem überredungsgeilen Debattieren den Weg bereiten. Wohl aber hat man alles Licht, das Sprache und Vernunft noch immer geben, auf jenes „Urerlebnis“ zu richten, aus dessen tauber Finsternis diese Mystik des Weltentods mit ihren tausend unansehnlichen Begriffsfüßchen hervorkrabbelt. Der Krieg, der sich in diesem Licht enthüllt, ist der „ewige“, zu welchem diese neuen Deutschen beten, so wenig wie der „letzte“, von welchem die Pazifisten schwärmen. Er ist in Wirklichkeit nur dies: Die eine, fürchterliche, letzte Chance, die Unfähigkeit der Völker zu korrigieren, ihre Verhältnisse untereinander demjenigen entsprechend zu ordnen, das sie durch ihre Technik zur Natur besitzen. Mißglückt die Korrektur, so werden zwar Millionen Menschenkörper von Gas und Eisen zerstückt und zerfressen werden — sie werden es unumgänglich — aber selbst die Habitués chthonischer Schreckensmächte, die ihren Klages im Tornister führen, werden nicht ein Zehntel von dem erfahren, was die Natur ihren weniger neugierigen, nüchterneren Kindern verspricht, die an der Technik nicht einen Fetisch des Untergangs, sondern einen Schlüssel zum Glück besitzen. Von dieser ihrer Nüchternheit werden sie den Beweis im Augenblick geben, da sie sich weigern werden, den nächsten Krieg als einen magischen Einschnitt anzuerkennen, vielmehr in ihm das Bild des Alltags entdecken und mit eben dieser Entdeckung seine Verwandlung in den Bürgerkrieg vollziehen werden in Ausführung des marxistischen Tricks, der allein diesem finsternen Runenzauber gewachsen ist.

Ronald Wiegand
**„Herrschaft“ und
„Entfremdung“**

Zwei Begriffe für eine Theorie über den
Faschismus

„Herrschaft“

Freiheit wird zu einem Begriff an der Stelle, wo ihre Abwesenheit, ihr Mangel nicht mehr auf die Notwendigkeiten des Naturzusammenhanges sich zurückführen läßt, wo sie vielmehr in der erzwungenen Unterwerfung unter den Willen und Befehl anderer *Menschen* negativ erfahren wird. Unfreiheit, als die andere Seite der Freiheit, läßt sich genauer bezeichnen durch den Begriff der Herrschaft.

Als *personale* Herrschaft enthält dieser Begriff die Unterwerfung oder Dienstbarmachung von Menschen mit den Mitteln des physischen Zwanges und der Gewalt. Er ist aber darauf nicht zu beschränken. Die äußere, unmittelbare Herrschaft kann zurücktreten und als latente Drohung den gegebenen Befehlen ihren Nachdruck verleihen, ja selbst die Befehle und Verbote brauchen nicht bei jeder Gelegenheit neu ausgesprochen zu werden, sondern können sich zu einem System von institutionalisierten und tradierten Werten und Normen verfestigen, die von den Menschen so weit eingelernt und verinnerlicht werden, daß sie ihnen schließlich nicht mehr als ein von außen kommender Zwang, sondern als die Stimme ihres Gewissens erscheinen. Herrschaft wird *abstrakt*. Die historisch überkommenen Eigentumsverhältnisse erscheinen nicht mehr als das, was sie sind, nämlich Resultat historisch zurückliegender Macht- und Klassenkämpfe; sie werden vielmehr als das logische Ergebnis der natürlichen oder gottgewollten Notwendigkeit dargestellt und verstanden. In der Tat ist es schwierig, in der industriellen Tauschgesellschaft von heute zu erkennen, wie durch die scheinbar rein sachlichen Beziehungen des Tauschmechanismus hindurch dennoch Herrschaft sich vermittelt, ohne daß sie mehr zu fürchten hätte als die Launen des Marktes, von dem sie freilich unterm Kapitalismus mehr abhängt als ihr lieb ist.

Die historischen Formen der Herrschaftsordnungen haben gewechselt. In der Entfaltung des Begriffs von Herrschaft von der äußeren, unmittelbaren, personalen Herrschaft zu ihren abstrakten Äußerungen, wo sich menschliche Beziehungen in die Beziehung zu Sachen zu verwandeln scheinen und sich Herrschaft durch die Eigentumsverhältnisse hindurch vermittelt („Schutz des Privateigentums“ ist unterm Kapitalismus ein synonyme Ausdruck für „Klassenherrschaft“) — in dieser Begriffsentfaltung ist zugleich die Richtung des historischen Prozesses angedeutet. Der Fort-

schritt, der in dem Wandel der historischen Herrschaftsordnungen liegt, ist aus dem Zusammenhang zwischen der menschlichen Naturbeherrschung und der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu erklären.

In einer Gesellschaft, in der die Möglichkeiten des Menschen (worunter sowohl die Menge des gesellschaftlichen Reichtums an Produktionsmitteln als auch der Umfang des technischen Wissens zu verstehen sind) zur restlosen Befriedigung der Bedürfnisse nicht ausreichen, vermag Herrschaft insofern ein Moment von Notwendigkeit für sich zu reklamieren, als der allgemeine Verbrauch des in gesellschaftlicher Arbeitsteilung erstellten Produktionsergebnisses nur der Verallgemeinerung des *Mangels* gleichkäme und es nicht mehr erlaubte, jenen Teil von Individuen vom Produktionsprozeß freizustellen, der — wie willkürlich und zufällig auch immer — die Kenntnis der Naturgesetze und ihre Nutzbarmachung für die bessere Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse vorantreibt. Begriffe wie Sklavenwirtschaft, Feudalismus, Kapitalismus bezeichnen demnach stets zweierlei: historisch fixierbare Herrschaftsordnungen und zugleich die jeweils erreichte gesellschaftliche Organisation der technischen Naturbeherrschung. Herrschaft kann damit bestimmt werden als der erzwungene Verzicht der Produzenten auf die restlose Aneignung des von ihnen insgesamt erstellten Produkts. Dieser Verzicht hat sein gerechtes Maß an der jeweils erreichten Produktivität der menschlichen Arbeitskraft, bzw. am jeweiligen Stand der wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten.

Es ist leicht einzusehen, daß eine gegebene Produktionsordnung — was unter der Bedingung knapper Mittel das gleiche meint wie Herrschaftsordnung — die Tendenz haben wird, hinter den technischen Fortschritten, d. h. dem Produktivitätszuwachs, zurückzubleiben, da das wachsende Mehrprodukt den Herrschenden zufließt und somit die Erhaltung der gegebenen Herrschaftsordnung in ihrem Interesse liegt. — Für die Beherrschten jedoch bedeutet dies einen zusätzlichen Verzicht, der nicht mehr durch die natürlichen Notwendigkeiten gerechtfertigt ist. Das Bewußtsein von Unterdrückung wird deshalb mit der Möglichkeit ihrer Einschränkung zunehmen und sich schließlich in Revolutionen zu entladen suchen, die Herrschaft zumindest auf ihr ‚natürliches‘ Maß zu reduzieren streben.

Wenn jedoch heute die teilweise Verwirklichung der Emanzipation von Herrschaft als die Aufhebung von Herrschaft schlechthin proklamiert wird und dem noch der Umstand entgegenkommt, daß der anonyme Marktmechanismus zur ideologischen Verhüllung der nicht mehr personal faßbaren Herrschaft beiträgt, so ist demgegenüber an der Kategorie der Herrschaft festzuhalten deshalb, weil das revolutionäre Aufbäumen der Unterdrückten sich noch stets gegen Herrschaft als solche gerichtet hat und nicht etwa nur gegen ein Maß an ‚zusätzlicher‘ Herrschaft, die im einzelnen von ‚notwendiger‘ Herrschaft nicht zu unterscheiden wäre. Faktisch ist freilich noch jede Revolution, auch die von 1789, auf das Maß natürlicher Notwendigkeit und darüber hinaus reduziert und die im ersten Anlauf gewonnene Freiheit wieder eingeschränkt worden. Die Hoffnung auf restlose Abschaffung von Herrschaft findet ihr Recht in dem

vor unseren Augen stattfindenden Fortschritt von Wissenschaft und Technik, dessen Ausmaß noch vor 60 Jahren schwerlich abzuschätzen war. Angesichts der gewaltigen und noch täglich wachsenden Möglichkeiten der Menschen würde dagegen der Verzicht auf jene Perspektive der Hoffnung Herrschaft uneingeschränkter als je zuvor auf den Thron heben.

Diese Gefahr besteht ohnehin. Wenn zuvor, gesagt wurde, daß das Bewußtsein von Unterdrückung mit der Möglichkeit ihrer Einschränkung zunimmt, so erhellt, daß sich der uneingeschränkte Herrschaftsanspruch nur sichern läßt mit Mitteln, deren Wirksamkeit und Ausmaß nicht hinter den Möglichkeiten des technischen Fortschritts zurückstehen darf. Die Verhältnisse werden dabei durch den Umstand kompliziert, daß „die Herrschenden“ kaum mehr als eine auf bestimmte Personen begrenzte Gruppe festzumachen sind. Schon das Ausmaß des technischen Apparats, der zur physischen Reproduktion der Gesellschaft heute notwendig ist, macht es schwer, hinter oder in den sachlichen Anforderungen seiner Bedienung und den darin enthaltenen Hierarchien von Kompetenzen noch das historische Resultat gesellschaftlicher Machtkämpfe zu erkennen. Darüber hinaus bedarf es zur Lösung von Informationsproblemen und zur Verwaltung der industriellen Großgesellschaften bürokratischer Apparate einer Größe und Verzweigkeit, die ohne geschichtliches Vorbild sind. Die Ausdehnung dieser staatlichen, industriellen und kommerziellen Verwaltungsinstitutionen nimmt dabei noch ständig zu, während die Zahl der mit der rein physischen Produktion befaßten Arbeitskräfte mit der fortschreitenden Mechanisierung und Rationalisierung zurückgeht. Wie die industrielle Produktion schon längst nicht mehr von den Wünschen und Bedürfnissen der individuellen Verbraucher gesteuert wird, sondern von sich aus für die Errichtung neuer Produktionszweige neue Bedürfnisse vorweg schafft und manipuliert, ebenso haben sich die einzelnen Bürokratien gegenüber ihren ursprünglichen Zwecken verselbständigt und ein Selbsterhaltungsinteresse entfaltet, vor dem alle äußeren Zwecke zu bloßen Mitteln degradiert sind. Keine Instanz findet sich mehr, die die Institutionen und die von ihnen verfolgten Zwecke noch auf ihre Rechtfertigung vor dem gesellschaftlichen Ganzen wirksam zu befragen vermöchte. Hoffnung scheint somit nur noch bei den Individuen selbst zu liegen.

Der einzelne aber findet sich von der Gesellschaft in gleichem Maße bedroht wie er von ihr abhängt. Unterdrückung, die er als personale allenfalls von seinem direkten Vorgesetzten erfährt, vermag er diesem als einem gleichfalls Abhängigen kaum anzulasten und so gibt er sie hilflos an solche weiter, von denen er in der gesellschaftlichen Hierarchie nichts zu fürchten hat. Das Gefühl der Unsicherheit und die Ohnmacht gegen die „von oben kommenden Befehle oder Anweisungen setzt sich um in Aggression und sucht nach Opfern, an denen die eigene Stärke doch noch bestätigt werden kann. Zugleich trägt diese Aggression zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsordnung bei, da sie das revolutionäre Potential aufs gesellschaftlich ohnmächtige Objekt ablenkt und an ihm sich abarbeiten läßt. Paradox läßt sich am Ausmaß

der Judenvernichtung unterm Nationalsozialismus ablesen, welches Maß an Freiheit bereits möglich wäre, da sie doch nur durch millionenfaches Morden noch weiter sich verweigern läßt.

Die reale Schwäche der Juden in einer Gesellschaft, von der sie physisch und geistig abhingen, machte sie zum geeigneten Objekt der Verfolgung durch die ‚Volksgemeinschaft‘, die darin ihre Selbstbestätigung und Integration fand. Die Verfolgung hatte ihre Rationalisierung daran, daß die Juden der heimlichen Weltverschwörung verdächtigt und ihnen jene Herrschaft zugeschoben wurde, die sich in dem anonymen Apparat industrieller und staatlicher Bürokratien nicht namhaft machen ließ, da doch selbst die sichtbaren Führungsspitzen sich abhängig zeigten von den Interessen der gesellschaftlichen Parteien und Institutionen. Antisemitismus läßt sich nicht als ein billiger Trick der Nazis abtun, mit dem sie die Massen hinters Licht geführt hätten, um selbst an die Macht zu kommen. In ihm reagiert vielmehr das unterdrückte Subjekt auf das Fortdauern einer Herrschaftsordnung, die ihre Legitimation längst in den Wirtschaftskrisen verloren hat, in der aber Herrschaft so abstrakt geworden, so sehr im System selbst aufgehoben ist, daß sie vom durchschnittlichen Bewußtsein kaum mehr dingfest zu machen ist und mit der Aggression gegen ein fiktives ‚Draußen‘ beantwortet wird. Dem Nationalsozialismus gebührt freilich das Verdienst, gezeigt zu haben, wie sich das aggressive Potential als Vehikel benutzen läßt, um desto besser zu herrschen über die, deren Antisemitismus doch gerade gegen Herrschaft protestierte. Am reibungslosen Funktionieren der Bürokratie unterm Nationalsozialismus auch dort, wo sie in den Dienst der Vernichtung gestellt wurde, ist abzulesen, wie wenig sich auf die Wirksamkeit bloß individuellen Widerstandes setzen läßt. Die Gefahr der Wiederholung besteht, solange die Existenz des aggressiven Potentials — gleichgültig gegen wen — das Fortdauern von Herrschaft anzeigt.

„Entfremdung“

Der im Begriff der Entfremdung gemeinte Zusammenhang mag zur Erklärung des Antisemitismus ebenso beitragen, wie der Antisemitismus als ein — verfehlt — Versuch gedeutet werden kann, Entfremdung gewaltsam zu überwinden. Der Begriff selbst ist gewissermaßen ein psychologisches ‚Nebenprodukt‘ der am Leitfaden des liberalen Konkurrenzmodells durchgeführten historisch-systematischen Analyse der kapitalistischen Warenwirtschaft. Durch ihn soll in Erinnerung gebracht und gehalten werden, daß die historische Entfaltung des Kapitalismus nicht nur als ein Prozeß zunehmenden Warentausches, sondern zugleich als ein Prozeß zunehmender Arbeitsteilung zu sehen ist. Entfremdung ist demnach ein kritischer Begriff, durch den aufgezeigt werden soll, daß der Zusammenhang von Arbeitsteilung, Tauschprozeß und allseitiger Befriedigung der gesellschaftlichen und der individuellen Bedürfnisse den Menschen aus dem Blick geraten kann, obwohl doch alles Wirtschaften seinen vernünftigen Sinn nur an dem Ziel der Bedürfnisbefriedigung haben kann, an ihm sich zu orientieren und zu rechtfertigen hätte.

Entfremdung als eine Art gesellschaftlicher Selbstvergessenheit läßt sich sowohl in der Sphäre des Tauschens als auch in der Welt der Arbeit festmachen. Tauschwirtschaft und Arbeitsteilung sind zunächst nur zwei Seiten einer Sache: wenn die einzelnen Wirtschaftseinheiten (Individuen, Familien, Betriebe oder auch Nationen) nicht jeweils die ganze Skala der von ihnen benötigten Gebrauchsgüter selbst herstellen, sondern sich auf wenige oder einzelne Produkte beschränken, so geht daraus die Notwendigkeit des Tauschens unmittelbar hervor. Getauscht wird allerdings im Kapitalismus nicht mehr direkt (Naturaltausch), sondern auf dem Umweg über Geld. Nun ließe sich Geld durchaus als eine Ware unter anderen interpretieren, die lediglich bevorzugt wird, weil sie leicht zu transportieren und nahezu beliebig teilbar ist. Die Bedeutung des Geldes im und für den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß reicht jedoch wesentlich weiter. So bildet sich einmal ein Geld- und Kreditwesen heraus, das die mit der im einzelnen und im ganzen steigenden Produktion zugleich anwachsenden Geldströme sammelt und lenkt und das gegenüber der Produktionssphäre zu einiger Selbständigkeit gelangt; ferner neigen die unselbständig Beschäftigten und auch die mittelständischen Gewerbetreibenden auf Grund der sog. ‚Geldillusion‘ dazu, ihre Ersparnisse auf Sparkonten anzulegen, d. h. das Geld als Wertaufbewahrungsmittel zu verwenden; vor allem aber fungiert das Geld theoretisch über die Preise (die in Geldgrößen ausgedrückt werden) als ein Steuerungsmittel für den Produktionsprozeß. Dieser wird also oberhalb der betrieblichen Ebene (Betrieb dabei in einem weiten Sinn genommen) nicht bewußt und administrativ gelenkt, sondern verläuft — bei prinzipiell unvollständiger Information der einzelnen Teilnehmer — nach einem ‚trial-and-error‘-System oder nach der Art eines Spieles mit bestimmten Spielregeln. Dies kann und soll hier nicht näher ausgeführt werden.

Weil es jedoch im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß — und zwar gerade je liberaler er verläuft, d. h. je näher er dem unterstellten Konkurrenzmodell tatsächlich kommt — keine Instanz gibt, die für das Funktionieren und noch mehr für das Nicht-Funktionieren dieses Prozesses verantwortlich zu machen wäre (Ansätze zu einer konjunkturbewußt eingesetzten Finanzpolitik gibt es in den angelsächsischen Ländern erst seit der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre), nimmt der anonyme Marktmechanismus für den Betrachter den Charakter von ‚Naturgesetzlichkeit‘ an. Das Schwanken der Preise wird nicht als Ergebnis der — auf Grund vieler einzelner menschlicher Entscheidungen — wechselnden Verteilung von Produktionsfaktoren auf die einzelnen Produkte und Produktionsabteilungen durchschaut, sondern als blindes Schicksal empfunden. Eigentlich menschliche Beziehungen erscheinen danach als die Beziehungen von Sachen, nämlich von Preisen, untereinander. Dem steht dann eine ‚Vermenschlichung sachlicher Beziehungen‘ gegenüber, die u. a. mit Hilfe pseudowissenschaftlicher Verschwörertheorien dennoch diejenigen dingfest machen will, die ‚hinter den Kulissen arbeiten‘, d. h., die den Prozeß bewußt steuern. Dieses Motiv dürfte auch hinter dem Antisemitismus stehen und somit zum Heraufkommen des Nationalsozialismus beigetragen haben.

Insbendere der deutsche Mittelstand — in Geldillusion befangen — hatte seine Ersparnisse weitgehend auf Sparkonten angelegt. Die historisch bedingte Häufung von Juden im Geld- und Kreditwesen mag dann dazu beigetragen haben, daß man in ihnen die ‚heimlichen Strippenzieher‘ der Inflation sah, unter der doch in Wahrheit auch und gerade die Banken zu leiden hatten.

Stellt der zur Weltanschauung gewordene Antisemitismus somit den irrationalen Versuch dar, den fremd und bedrohlich gewordenen — eben entfremdeten — Zusammenhang des gesellschaftlichen Ganzen mit Gewalt wieder durchschaubar zu machen, so erklärt das freilich noch nicht das Ausmaß und die Mächtigkeit, die er im Nationalsozialismus angenommen hat. Eine Erklärung dafür, daß es schließlich zur sog. ‚Endlösung der Judenfrage‘ in den Massenvernichtungslagern kommen konnte, mag darin liegen, daß mit dem historischen Anwachsen des technischen Reichtums (des materiellen Geräts ebenso wie des instrumentellen Wissens) die ‚Machbarkeit‘ von Gesellschaft nicht allein in rationaler Richtung zugenommen hat. Nicht nur die Sphäre des Tauschs, auch der Produktionsprozeß unterliegt der Entfremdung. War noch in der Manufakturperiode der Zusammenhang zwischen Produktion und Verbrauch für die in der Herstellung von einzelnen Produkten Beschäftigten einigermaßen zu durchschauen und konnten sie sich demnach vom Ziel der Produktion her für die Güte der Produkte verantwortlich fühlen, so ist inzwischen die arbeitsteilige Zerlegung der Produkte und die Auffächerung der Tätigkeiten in spezialisierte Funktionen so weit fortgeschritten, daß die einzelnen die Bedeutung ihrer Tätigkeit für den Verbraucher, also auch für sich selbst, kaum mehr abzuschätzen vermögen. Wo aber dieser Zusammenhang verlorengeht, da bleibt vom handwerklichen Stolz ins eigene Werk nur die ‚Gewissenhaftigkeit‘ des isolierten Arbeitsvorganges zurück, da wird aus der Verantwortung für das eigene Tun eine abstrakte Pflichterfüllung, die mit der Disposition über das Was des eigenen Handelns auch das Gefühl der Verantwortung verliert, soweit es das bloße Funktionieren übersteigt. Es handelt sich hierbei um eine bekannte und weitverbreitete Erscheinung, die sich durch alle Berufe zieht bis hin zu den sog. Spezialisten, bei denen sich hochgradige Bildung auf einem genau umgrenzten Gebiet durchaus mit unreflektiert hingenommenen Vorurteilen auf anderen Gebieten verträgt. Diese ‚Befreiung‘ der meisten Arten von Arbeit von der Möglichkeit bewußter Verantwortung vor dem gesellschaftlichen Ganzen ist technologisch rationell und politisch bedenklich: noch immer gilt eine allgemeine Ausbildung, die über das zur Ausübung einer speziellen Arbeitsfunktion benötigte Maß an Wissen hinausgeht, im Grunde als unrentabel. Die Folge ist nicht nur das faktisch vorhandene Bildungsgefälle, sondern eine Zerstückelung, ein Schubfachcharakter des Wissens, an dem das Bewußtsein um das Aufgehen der isolierten Funktionen im gesellschaftlichen Ganzen ausgeklammert bleibt. Darin spiegelt sich freilich nur wider, daß die Gesellschaft unterm Kapitalismus tatsächlich zu keinem Bewußtsein von sich selbst gelangt, insofern die Richtung ihrer Entwicklung stets nur post festum als Resultante partikularer Entschei-

dungen zu bestimmen ist. Diesem Zustand will der Nationalsozialismus ein Ende setzen, indem er es den Juden heimzahlt.

Wenn auch der Antisemitismus allein sicherlich nicht ausreicht, um die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu erklären, so ist er doch dabei von zentraler Bedeutung. Zugleich aber muß der Antisemitismus die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuschen. Es ist zu vermuten, daß sich die Wut der Pogrome zu einem Teil bereits aus der Anstrengung speist, die Ahnung von ihrer ganzen Vorgeblichkeit zu unterdrücken; vorgeblich sind sie, weil durch Pogrome an den Juden die Ursachen der Wut unberührt bleiben. Durch das irrationale Dreinschlagen soll die Schuld der Juden doch noch ‚wahr‘ gemacht und zugleich das eigene Denken erspart werden. Das entfremdete Bewußtsein wird nunmehr absichtlich perpetuiert, weil es vor der eigenen Verantwortlichkeit schützt. Dieses Motiv wird beherrschend bei den mit der ‚Endlösung der Judenfrage‘ unmittelbar Beschäftigten, sei es in den Konzentrationslagern selbst oder in den vorgeschalteten bürokratischen Instanzen oder bei den Transporten in die Lager. Angesichts des für sie offen zutage liegenden Unrechts beschwichtigten sie ihre Skrupel mit dem Gedanken an eine Pflichterfüllung, die ihren Inhalt nur mehr am perfekten Funktionieren gemäß dem Befehl ‚von oben‘, nicht mehr aber am letztendlichen Zweck ihres Tuns hat. Schuld freilich trägt jeder, der am arbeitsteiligen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft teilhat, ohne sich um dessen vernünftige Einrichtung zu kümmern.

Urs Müller-Plantenberg **Neuere Literatur über den Faschismus**

Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. Piper-Verlag, München 1963 (633 S., Ln., 35.— DM).

Gisevius, Hans Bernd: Adolf Hitler, Rütten & Loening Verlag, München 1963 (565 S., Ln., 28.— DM).

Bullock, Alan: Hitler — Eine Studie über Tyrannie. Fischerbücherei, Bd. 583/4 u. Bd. 585/6, 1964 (je 4.40 DM).

Fest, Joachim C.: Das Gesicht des Dritten Reiches — Profile einer totalitären Herrschaft. Piper-Verlag, München 1963 (513 S., Ln., 22.— DM).

Hilberg, Raul: The Destruction of the European Jews. Quadrangle Books, Chikago 1961 (788 S., Ln.).

„Hitler war nicht weniger ein europäisches als ein deutsches Phänomen. Die Umstände und die Mentalität, die er ausbeutete, die malaise, deren Symptom er war, beschränkten sich nicht auf ein einziges Land, obwohl sie in Deutschland stärker in Erscheinung traten als anderswo. Hitlers Sprache war die deutsche, aber die Gedanken und Empfindungen, denen er Ausdruck gab, waren universeller verbreitet.“

Man möchte kaum glauben, daß diese Sätze aus dem Epilog der Hitler-Biographie von Alan Bullock schon 1953 geschrieben wurden, hatte doch der II. Weltkrieg die Sicht immer mehr auf das nationalsozialistische Deutschland gelenkt und so der wissenschaftlichen Forschung der Nachkriegsjahre eindeutig den Weg gewiesen, den Weg der Abkehr von jeder Art eines einheitlichen Faschismusbegriffs. Dieser Weg war um so bequemer zu gehen, als sich der historischen, politischen und soziologischen Wissenschaft die Chance bot, mit der Übernahme des Totalitarismusbegriffs Anschluß an die politischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges zu gewinnen.

Heute scheint die Zeit dafür reif zu sein, daß die Wissenschaft über den Kalten Krieg triumphiert und sich wieder nüchtern ihren Gegenständen zuwendet. Dem vierzigjährigen Historiker und Philosophen Ernst Nolte kommt das Verdienst zu, hier mit seinem Buch „*Der Faschismus in seiner Epoche*“ als einer der ersten eine Bresche geschlagen zu haben. Es ist vielleicht nicht zufällig, daß ein solches Buch nicht innerhalb des normalen Wissenschaftsbetriebes, sondern als Ergebnis unabhängiger Forschung zustandekam. Nur so mag es wohl Nolte auch möglich gewesen sein, die Grenzen der wissenschaftlichen Disziplinen zu mißachten und zu überschreiten und die konkrete Anschauung des historischen Materials mit der philosophischen Anstrengung des Begriffs zu verknüpfen. Ob ihm das gedankt wird, bleibt vorläufig noch die Frage. Die Philosophen und Politologen könnten nur all zu schnell die Zuständigkeit der Historiker betonen, diese wiederum, zumeist der bloßen Erzählung verschworen, könnten zu zeigen versuchen, wie gerade wegen des Anspruchs, über das Erzählen zum Begreifen vorzustößen, die Auswahl und Gewichtung der Details an ihren Maßstäben nicht mehr zu messen ist, Nolte daher den Boden ihrer Wissenschaft verläßt.

Wenn vom Faschismus in seiner Epoche gesprochen wird, so gilt es nicht nur, einen Begriff von Faschismus zu entwickeln — die Aufgabe, die sich das ganze Buch setzt —, sondern auch die Epoche zu kennzeichnen, in der der Faschismus zur charakteristischen Erscheinung werden konnte. Nolte nennt sie zunächst die Epoche der Weltkriege, genauer: die Epoche, „in der Europa durch das Wiederrücktreten der eben aufgetauchten ‚Flügelmächte‘ noch einmal als Weltmittelpunkt angesehen werden kann“ (S. 28). Später kann diese formale Kennzeichnung durch eine mehr materiale abgelöst werden: Epoche der Weltkriege soll „jene Periode heißen, in der die Kriegs- und Kommunikationsmittel stark genug waren, um ein die ganze Erde erfassendes Ringen möglich zu machen, aber doch noch schwach genug, um von einer beträchtlichen Anzahl insbesondere führender Menschen bejaht und als Mittel der Politik eingesetzt werden zu können“ (S. 510). Wenn Hitler auch als die zentrale Gestalt dieser und nur dieser Epoche erscheint, so will Nolte doch nicht den Nationalsozialismus von den Erscheinungen isolieren, denen er sich stets für verwandt erklärte.

Mit der Forderung nach einem einheitlichen Begriff von Faschismus stellt sich dann aber die Frage nach der Methode der Untersuchung. Eine kurze Übersicht über die verschiedenen Faschismus-Theorien — die sozialistische und

die kommunistische, die politisch-liberale und die transpolitisch-metaphysische, die christlich-kirchliche und die konservative, die psychoanalytische und die soziologische — läßt Nolte zu dem Schluß kommen, daß jede dieser Blickweisen trotz ihrer aufschließenden Kraft doch eigentlich begrenzt sei. So versucht er es zunächst mit der typologisch-klassifikatorischen Methode, die ihm eine erste Definition des Faschismus gestattet:

„Faschismus ist Antimarkxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“ (S. 51)

„Radikal entgegengesetzt und doch benachbart“, „nahezu identisch und doch charakteristisch umgeprägt“ — das sind Worte, die zunächst merkwürdig verschwommen erscheinen, im Verlauf der Darstellung aber doch einen sehr konkreten Sinn erhalten; Nolte zeigt beispielsweise, wie kaum vorher ein nichtmarxistischer Wissenschaftler, welcher Unterschied besteht, wenn sozialistische und faschistische Massen auf die Straße gehen: beide sind als Massen das Schreckbild des friedlichen Bürgers, aber das eine Mal als oft mühsame Demonstration proletarischer Solidarität, das andere Mal als Orgie sich selbst feiernder Gewalt. Bereits hier ist eine Widerlegung des Totalitarismusbegriffs möglich, der in seiner Formalität „die Unterschiedlichkeit der Situationen, der Zwecksetzungen und der jeweiligen Substrate (Völker, Klassen)“ (S. 34) nicht begreifen läßt.

Nolte unterscheidet typologisch drei Stufen der faschistischen Entwicklung als die interessantesten und wesentlichsten: die Action française als Frühfaschismus, den italienischen Faschismus als Normalfaschismus und den Nationalsozialismus als Radikalfaschismus. Die typologische Methode erweist sich jedoch schließlich als unbrauchbar, wenn es darum geht, den Faschismus darstellend zu begreifen. Nolte greift zur phänomenologischen Methode; die Faschismen sollen verstanden werden, wie sie sich von sich aus darstellen. Die Methode „wäre also entgegengesetzt sowohl einer bloß konstatierenden Beschreibung von Vorgängen wie einer von außen kommenden Kritik“ (S. 53). „Nicht mehr ein von außen eingreifender Gedanke setzt, wie bei der typologischen Methode, den Gegenstand in Bewegung; es ist dessen eigener Impuls, der spürbar und nachvollziehbar wird.“ (S. 57)

Drei nur schwer aufzuwiegende Grundmängel jedoch ergeben sich bei dieser Methode:

1) Die materialen Ursachen des Faschismus müssen in den Hintergrund treten. Sie lassen sich nur aus der Beschreibung des epochalen Hintergrunds erschließen. Der „Rückgang auf die Tendenzen des Kapitals“ (Horkheimer) wird versperrt.

2) Die Ausrichtung an der Selbstdarstellung der Faschisten muß den Blick vornehmlich auf die Führer Maurras, Mussolini und Hitler lenken. „In der Führerbewegung kann nur der Führer verbindliche Aussagen machen.“ (S. 54). Der Führer ist bei Nolte zwar immer auch Ausdruck, Medium, Verkörperung des Ganzen, und Nolte geht auch nie so weit, die Entstehung des Faschismus vom Zufall der

Existenz des jeweiligen Führers abhängig zu machen; andererseits verlangt die Methode, daß weite Strecken der Darstellung zu Biographien der Führer werden.

3) Das von der Methode her notwendige und im Zentrum auch berechnete Ernstnehmen der faschistischen Ideologie muß deren immer auch zugleich propagandistisch-instrumentalen Charakter zurücktreten lassen. Nicht die lebendige Verflochtenheit von Realem und Ideologischem, sondern der Zynismus, der sich in ihrem Widerspruch manifestiert, wäre stärker zu betonen.

Nichtsdestotrotz gelangt Nolte bei seiner Darstellung, die jeweils über Vorläufer, Geschichte, Praxis und Doktrin der angegebenen drei Faschismen unterrichtet und gerade auch bei Vergleichen den Horizont erweitert, zu einer großen Zahl wertvoller Erkenntnisse.

Ein großes Verdienst besteht schon darin, die Action française, „das missig link, das den Faschismus als Stadium in einem übergeordneten und weit älteren Ringen anschaulich zur Erscheinung bringt“ (S. 58), hierzulande bekanntzumachen. Hier wird der ganze Strom gegenrevolutionären Denkens seit 1789, der Traditionalismus von de Maistre und de Bonald, der sich enttäuscht gegen sich selbst wendende Liberalismus von Comte, Renan und Taine und schließlich der radikale Konservatismus von Drumont und Barrès, in dem der Antisemitismus einheitstiftende Funktion gewinnt, in paradoxer Weise verschmolzen und zur Grundlage einer durchaus modernen politischen Praxis gemacht. Die dauernde und ungestrafte Herausforderung der Staatsgewalt, die seit der Dreyfus-Affaire in einer Verbindung von verbaler Gewalttätigkeit und offenem Terror geübt wird, nimmt in Frankreich ein halbes Jahrhundert vorher vieles von dem voraus, was die Weimarer Republik von den deutschen Faschisten noch erleben sollte. Das Zentrum und den Ursprung des unsystematischen Systems des Führers Maurras erblickt Nolte in der Angst vor der Zerstörung des Schönen, d. h. der Kultur, die in Maurras' ästhetisch-kosmologischer Konzeption von „Ordnung“ der gesellschaftlichen Ungleichheit bedarf. Nietzsches Kampf gegen die „Gesamtentartung“ meint im Grunde dasselbe. Während Nietzsche aber unpolitisch radikal bleibt, zieht Maurras die politische Konsequenz und eröffnet den literarischen und politischen Kampf gegen Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Liberalismus, Sozialismus und Pazifismus, Judentum und wissenschaftliche Neugierde mit bis dahin unbekannter Radikalität und Brutalität. Nolte schließt:

„Maurras bedeutet . . . die bedingungslose Verteidigung des autark-souveränen, kriegerischen, aristokratischen Staates des Ancien régime als Paradigma für alle französischen Zeiten“ (S. 189).

Wesentliche Teile dieser Zusammenfassung nimmt Nolte später in der Definition des Radikalfaschismus Hitlerscher Prägung wieder auf, während er am italienischen Normalfaschismus mehr Züge des Pragmatischen und Spontanen aufweist. Die intellektuelle Biographie Mussolinis, auf die Nolte viel Mühe verwendet hat und in der er ein eigenartiges Zusammenströmen von Lebensphilosophie und voluntaristisch gefärbtem Marxismus entdeckt, wird ge-

schickt in die allgemeine Geschichte des italienischen Faschismus verwoben. Dabei erscheint die faschistische Praxis als die Prämisse des Gedankens, Faschismus selbst als „gewalttätige Miliz des Bürgertums in einem westeuropäischen Land von alter bürgerlicher Tradition, doch erst mäßiger industrieller Entwicklung, gegen den unmöglichen Revolutionsversuch des Proletariats“, als „überschießende Reaktion, die sich selbst feiert, gegen die Tat des Schwächeren“ (S. 340).

Die Stärke der Darstellung des Nationalsozialismus liegt nicht so sehr bei den in ihrer Bedeutung wohl etwas überschätzten Neuentdeckungen als vielmehr darin, daß die bekannten Fakten durch den steten Vergleich mit der Geschichte und Praxis des italienischen Faschismus unter einem bisher unbekanntem Blickwinkel gesehen werden. Die Auswahl der charakteristischen Details ist hier besonders gelungen und fördert auch das Unvergleichbare zutage: die Radikalität des Vernichtungswillens, der im „Juden“ den „Drahtzieher der Geschehnisse der Menschheit“ (Hitler) und damit den Geschichtsprozeß selbst treffen soll. Auf einer höheren Stufe als zuvor, nämlich nun auch inhaltlich, wird jetzt noch einmal dem Totalitarismusbegriff sein Recht bestritten:

„Die Erfahrung scheint ebenso wie das Nachdenken zu zeigen, daß das Schritthalten mit der industriellen Entwicklung unter ungünstigen Voraussetzungen die einzige große gesellschaftliche Aufgabe ist, die heute mit Enthusiasmus und daher auf totalitäre Weise geleistet werden muß. Das heißt: Unter bestimmten Umständen muß jene vielfach verdeckte und doch alles beherrschende technisch-ökonomische Revolution, die bis 1918 ein scheinbar partikulares Phänomen war und sich überall in mehr oder weniger liberalen Formen vollzog, politische Gestalt gewinnen und jegliches sich totalitär unterwerfen. Es ist die bolschewistische Revolution von 1917, die diesen welthistorischen Punkt bezeichnet. Sie begründet ein Gebilde, das jene Entwicklung in grundsätzlich anderer Form, eben totalitär vollzieht — und sich unter entsetzlichen Begleiterscheinungen, gegen ungeheure Widerstände der Aufgabe gewachsen zeigt . . . Die Sowjetunion mußte totalitär sein, und daher brauchte ihr Telos nicht der Krieg zu sein. Eine Industriemacht dagegen, die in der ersten Reihe der Entwicklung stand, konnte in Hitlers Epoche nichts anderes wollen als den Krieg, wenn sie sich einer totalitären Anstrengung unterzog“ (S. 470 f.).

Die Untersuchung der Lehre Hitlers im Zusammenhang führt Nolte schließlich zu einer zweiten Definition von Faschismus, die sich unzweideutig allerdings nur auf die radikalfaschistische Gestalt beziehen läßt. Auch bei Hitler nennt Nolte als Grundempfindung die Angst, allerdings nicht mehr die Angst ob der Fragilität des Schönen, sondern „die nackte Existenzangst des österreichischen Alldeutschen“ (S. 486), die Angst vor der Ausrottung Deutschlands durch „den“ Juden in all seinen historischen Erscheinungsformen. Unbedingte Souveränität, ewiger Krieg und absolutes Herrenrecht werden ihm zu alles beherrschenden, von der Natur vorgeschriebenen Gesetzen des Handelns. Nolte formuliert schließlich:

„Der Nationalsozialismus war der Totenkampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe“ (S. 507).

Damit wird der Faschismus in den größeren Zusammenhang der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft gestellt: Nach der langen Epoche der liberalen Philosophien, die an die Stelle der partikularen Realität eine universale Gesellschaft setzen wollten, die sicher ohne Krieg und möglichst ohne Inneren Antagonismus auskommen sollte, bedeute der Faschismus das erste Phänomen, wo diese „partikulare Realität sich und nur sich selbst will“ (S. 509). Er sei ihr Totenkampf gewesen, weil in der Welt nach 1945 die Macht der bisher souveränen Staaten zu groß, die Gewalt des Krieges zu mächtig, die gesellschaftlichen Differenzierungen zu umfassend seien, „als daß Souveränität, Krieg und Herrschaft fortexistieren könnten“ (S. 510), wenn sich auch hier mehr ein Formwandel als eine Beseitigung dieser Prinzipien vollzogen habe. Nolte wertet den grundlegenden Wandel in der liberalen Philosophie, den er doch bei seiner Behandlung der Action française analysiert, nicht als Ausdruck einer sich in der Sphäre der Produktion vollziehenden Veränderung. Diese Blindheit gegenüber den ökonomischen Tendenzen läßt ihm entgehen, daß „die sich selbst wollende partikulare Realität“ bereits im Imperialismus angelegt ist, als der frühbürgerliche, jakobinische Nationalismus sich unter dem Druck ökonomischer Notwendigkeiten in sein ethnozentrisches Gegenteil verkehrt. Die Frage, ob Nolte nicht die Rationalität der spät-kapitalistischen Gesellschaft in ihrem Umgang mit sich selbst überschätzt, kann nur die weitere Geschichte beantworten.

Nolte beschließt sein Buch mit einem Kapitel über den Faschismus „als transpolitische Phänomen“. In diesem Kapitel versucht er, auf einer neuen Ebene die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer faschistischen Krise zu begreifen und so schließlich zu einem dritten, „transpolitischen“ Begriff von Faschismus zu kommen. Diese dritte Bestimmung lautet kurz: Faschismus ist zu verstehen als „Widerstand gegen die Transzendenz“. Dagegen, daß Nolte Begriffe aus der theologisch-existenzphilosophischen Sprache, in der er sich einmal heimlich gefühlt hat — er war Schüler Heideggers —, entlehnt und sie für seine Zwecke charakteristisch umprägt, wäre eigentlich nichts zu sagen. Schlimm ist nur, daß er dem Begriff „Transzendenz“, bevor er ihn in einem ganz spezifischen Sinne historisch-soziologisch faßt, eine allgemeinere, unhistorisch-anthropologische Bedeutung beläßt, schlimm deshalb, weil dies zu grotesken Mißverständnissen Anlaß geben muß. Wenn „Transzendenz“ als „neutraler Strukturbegriff“ (S. 518) allgemeinsten Art definiert wird als „rückgewendeter begegnenlassender Ausgriff zum Ganzen“ (ebd.), so ist damit nichts gewonnen. Erst wenn Nolte der „theoretischen Transzendenz“, dem „Hinausgreifen des Denkens über alles Gegebene und Gebbare in Richtung eines absoluten Ganzen“ (S. 520), die „praktische Transzendenz“ als konkrete historische Erscheinung, nämlich als praktisches Vorwärtstreiben, zum ersten Mal fühlbar in der bürgerlichen Gesellschaft, gegenüberstellt, wird der Sinn des Begriffs in etwa deutlich. Marx erscheint dann als derjenige, der in der proletarischen

Revolution die Chance der praktischen Transzendenz entdeckt, sich ihrer selbst bewußt zu werden und so die theoretischen Transzendenz dem Absterben zu weihen. Nietzsches ganzes Denken stellt sich dann als radikaler, von der Logik der eigenen Konsequenzen unerbittlich getriebener Gezug gegen die Marxsche Konzeption dar:

„Nietzsche ist nicht in einem banalen Sinne der geistige Vater des Faschismus. Aber er bringt als erster und in umfassendster Weise jenes spirituelle Zentrum zu Wort, auf das hin aller Faschismus gravitieren muß: den Angriff auf die praktische und die theoretische Transzendenz . . . Dem politischen radikalen Antimarxismus des Faschismus hat Nietzsche Jahrzehnte zuvor das geistige Urbild gegeben“ (S. 534 f.).

In Max Weber verkörpert sich für Nolte noch einmal der zögernde Mut zur bürgerlichen Gesellschaft, wenngleich sein Schwanken bereits „den tiefgreifenden Wandel der geistigen Atmosphäre, der den Faschismus begünstigte“ (S. 540), anzeigt.

In einem letzten Ausblick auf die Zukunft versucht Nolte die bürgerliche und die sozialistische Gesellschaft gegen den Faschismus abzugrenzen und sie zugleich in ihrem Ziel zu versöhnen. Der Faschismus bedeute, als „Widerstand gegen die praktische Transzendenz und Kampf gegen die theoretische Transzendenz in einem“, „die zweite und schwerste Krise der liberalen Gesellschaft, da er auf ihrem eigenen Boden zur Herrschaft gelangt und in seiner Radikalform ihr Wesen auf die vollständigste und wirksamste Weise verneint, die überhaupt denkbar ist“ (S. 544). Das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, die nie erahnte Entfaltung der praktischen Transzendenz, die die überlieferten Formen der theoretischen Transzendenz nicht verdränge, finde sich teilweise im Bolschewismus wieder: dieser sei die bisher entschiedenste Bejahung der praktischen Transzendenz, d. h. der materiellen Produktion. Beider Ziel aber — und erst durch dessen Erreichen sei die Grenzlinie zu einem postfaschistischen Zeitalter überschritten — sei die Verwirklichung der universalen Natur des Menschen. Daß Nolte so die sozialistische und die bürgerliche Gesellschaft in ihren Zielen gleichsetzen kann, läßt offenbar werden, daß er den Faschismus zwar als Krise der „liberalen Gesellschaft“ nicht aber als „legitimes Kind des Liberalismus“ (Horkheimer, 1939) betrachtet. Noch einmal wird hier die Vernachlässigung der Bedeutung der Produktionsverhältnisse bemerkbar, die die historische Entwicklung des Liberalismus bis hin zum gewalttätigen Imperialismus außer acht läßt.

* * *

Adolf Hitler war die zentrale Gestalt der Epoche des Faschismus. Sein Tod bedeutete das Ende dieser Epoche, wenn auch noch nicht das Verschwinden des Faschismus. Es ist deshalb verständlich, daß das Bestreben, die faschistische Vergangenheit Europas zu bewältigen, nach dem Krieg immer wieder zur Beschäftigung mit der Person und dem Leben Hitlers drängte. In der Bundesrepublik Deutschland wurde und wird allerdings die notwendige Strenge und Sachlichkeit der Diskussion über Hitler stärker als anderswo in Frage gestellt durch die politischen und psychologischen Interessen, die bei dem Verlangen, durch

die Analyse Hitlers eine Erklärung des eigenen Versagens zu erhalten, eine Rolle spielen. Wenn Hitler 1932 von 13 Millionen Menschen gewählt wurde, wenn in der Zeit seiner größten Erfolge zwischen 1938 und 1941 sicher die große Mehrheit der Deutschen hinter ihm stand, dann war es im Nachkriegsdeutschland ein dringendes Bedürfnis, sich durch Dämonisierung Hitlers der eigenen Verantwortung zu entziehen. Wenn die Gesellschaftsordnung, auf deren Boden Hitler zur Macht gekommen war, beibehalten werden sollte, dann mußte sein Aufstieg zum schicksalhaften Unglücksfall gemacht werden.

Wenn heute mehr und mehr versucht wird, der Dämonisierung Hitlers zu begegnen, so wird dabei leider nur allzuoft: das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Eine „Objektivität“, die sich in der Aneinanderreihung isolierter Fakten erschöpft und jede begriffliche Durchdringung mit dem Hinweis darauf, daß dem Betrachter selbst das Urteil zukomme, nicht nur sich selbst versagt, sondern ihr auch das Recht streitig macht, kann nur fragwürdig sein. Percy Ernst Schramms Hitlerdarstellung etwa, die über weite Strecken den Eindruck macht, als entstamme sie einer elektronischen Datenverarbeitungsmaschine, kann nur jener quantifizierenden, in jedem Sinne banalen Betrachtungsweise Vorschub leisten, die, „Positives“ und „Negatives“ symmetrisch verteilend, ausgleichende Gerechtigkeit herzustellen sucht und damit den Blick aufs Ganze verstellt.

Auch in der ersten größeren deutschen Hitlerbiographie von Hans Bernd Gisevius („*Adolf Hitler*“) wird dieses Streben nach „Objektivität“ spürbar, wenn auch auf andere Weise. Gisevius will mit der Schwarz-Weiß-Malerei über Hitler aufhören, in ihm nicht mehr nur einen Verrückten, Hysteriker, Teppichbeißer und Massenmörder sehen, kurz: zeigen, daß alles „verteufelt menschlich“ zugegangen sei. Dabei zerstört er Tabus, die für aufmerksame Betrachter längst keine mehr waren und sind. In der Verachtung der Massen kommt Gisevius dem Helden seiner Erzählung nahe. Die Darstellung konzentriert sich vornehmlich auf Hitler persönlich. In der spannenden Schilderung der Atmosphäre, die Gisevius teilweise selbst miterlebt hat, übertrifft er vieles, was vorher geschrieben worden ist. Die erzeugte Spannung hilft dem Leser auch über die Unzulänglichkeiten der feuilletonistischen Sprache hinweg. Sie konzentriert jedoch sein Interesse auf die Frage, ob es nicht an diesem oder jenem Punkt der Geschichte auch ganz anders hätte kommen können, und lenkt ihn so von dem Versuch, den Faschismus zu begreifen, ab.

Anders Alan Bullock, dessen jetzt auch in Taschenbuchformat erschienene Hitlerbiographie („*Hitler — Eine Studie über Tyrannei*“) aus dem Jahre 1953 wohl immer noch die beste ist. Nolte hat die Vereinigung dreier Grundzüge im Wesen Hitlers, — des infantilen, des monomanen und des mediumistischen —, die Voraussetzung dafür genannt, daß er zum Zerrspiegel seiner Zeit werden konnte, zu einem Magneten, der gewisse extreme Züge der Epoche anzog, um sie noch extremer zu machen. Bullocks Biographie liest sich wie eine ausführliche historische Explikation dieser These. Am Ende wird deutlich, welcher Zug der extremste der Epoche war: die Selbstvernichtung, in der

die 150 Jahre alte liberale bürgerliche Ordnung des die Welt beherrschenden Europas ihr Ende fand.

Das wenige, was hier über Bullock gesagt wurde, läßt sich auch über die 100 Seiten des Buches von Joachim C. Fest („Das Gesicht des Dritten Reiches — Profile einer totalitären Herrschaft“) sagen, die sich mit Adolf Hitler beschäftigen. Im zweiten und dritten Teil des Buches, das seine Entstehung einer Sendereihe des RIAS verdankt, hat Fest sich mit der psychischen Struktur der wichtigsten Helfer Hitlers befaßt. Die Aufgabe, die sich Fest gestellt hat, ist „die Darstellung mehr oder minder typischer, am nationalsozialistischen Beispiel demonstrierter Varianten des totalitär anfälligen Menschen“ (§. 10). Die trotz aller Kürze sehr instruktiven Studien über Göring, Goebbels, Heydrich, Himmler, Bormann, Röhm, Papen, Rosenberg, Ribbentrop, Heß, Speer, Frank, Schirach, Höß, das Offizierskorps, die Professorenschaft und schließlich über die Rolle der Frau im Dritten Reich liefern zusammen eine Psychologie der Unterwerfung unter die Macht um der Macht willen. Das Auf und Ab der Figuren innerhalb der Hierarchie macht klar, worauf es dabei ankam: „die nationalsozialistische Herrschaftswirklichkeit hatte Raum für jede zynische Ideologieverachtung, die sich mit Machtwillen paarte, dagegen nicht für den Willen zur Ideologie, der mit der Verachtung der Macht einherging“ (S. 227). Die deutlichsten Beispiele dafür sind der Triumph des Propagandisten Goebbels über den Ideologen Rosenberg und der Aufstieg Bormanns.

An wenigen Stellen wird Fest von seinem Bestreben, das Typische hervorzuheben, dazu verleitet, einzelne Wesenszüge in ihrer Bedeutung zu übersteigern, die drastischen Beispiele zu wählen, wo weniger drastische repräsentativer wären. Typisieren steht ohnehin immer in der Gefahr, zum Karikieren zu werden. Ärgerlicher ist aber, daß Fest immer neu seinen Ausgangspunkt beim Begriff des Totalitarismus wählt, den er von Hannah Arendt übernimmt. Wer seine Profile aufmerksam studiert, kann nämlich finden, daß dieser Begriff nichts erhellt, wo der Nationalsozialismus zum bloßen Beispiel für „Totalitarismus“ überhaupt gemacht wird. In der konkreten Ausführung hat Fest seine falsch gestellte Aufgabe verfehlt und das Richtige getroffen.

* * *

Seit dem Eichmannprozeß in Jerusalem ist die Aufmerksamkeit nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der gesamten Weltöffentlichkeit auf den mit dem Tarnwort „Endlösung“ bezeichneten Versuch der vollständigen Ausrottung der Juden Europas gelenkt worden. Die kritische Auseinandersetzung über dieses Thema hat lange Zeit darunter gelitten, daß die Aufgabe der juristischen Bewältigung den Anstoß gegeben hatte und damit auch den Weg der Forschung wies. Im Vordergrund stand und steht die Frage nach der persönlichen Schuld der einzelnen Beteiligten und nach den Maßstäben, an denen sie zu messen sei. So trägt etwa Gerald Reitlingers Buch „Die Endlösung“, geschrieben 1953, über weite Strecken den Charakter eines Plädoyers; hier wird für jeden der führenden Beteiligten die Frage nach dem Punkt gestellt, an dem er seine Entscheidung zum Verbrechen vollzog.

Innerhalb der schon fast unüberschaubaren Literatur über die „Endlösung“ hat nun ein Büchlein von Hannah Arendt („*Eichmann in Jerusalem*“) schon deshalb große Empörung ausgelöst, weil es das Problematische an dieser Fragestellung hervorhob. Der Diskussionsbeitrag Hannah Arendts, der jetzt auch in deutscher Sprache erscheinen soll, muß mindestens deshalb begrüßt werden, weil er die Aufmerksamkeit auf ein anderes Buch lenkt, auf das Hannah Arendt sich vornehmlich stützt und dessen Thesen sie, sicher verkürzt und sicher auch vereinfacht, vertritt. Gemeint ist Raul Hilbergs „*The Destruction of the European Jews*“ aus dem Jahre 1961, hierzulande noch fast unbekannt. Es hat den Anschein, als ob die Angriffe gegen Hannah Arendt sich eigentlich gegen Hilberg richteten, der seine Thesen allerdings weniger leicht angreifbar vorträgt.

Hilbergs Haupt Gesichtspunkt ist die Frage, wie es der deutschen Bürokratie gelingen konnte, den Vernichtungsprozeß so wirksam in Gang zu setzen und dabei alle administrativen und psychologischen Hindernisse sowohl bei sich selbst als auch bei den jüdischen Opfern zu überwinden; wie diese Bürokratie organisiert sein mußte, um diese Aufgabe lösen zu können. Die Gliederung des Buches ergibt sich aus der Struktur des Vernichtungsprozesses selbst: Soll eine zerstreute Gruppe wirkungsvoll vernichtet werden, so bedarf es nacheinander der Definition, der Expropriation und der Konzentration der Opfer. Hilberg beschreibt zunächst das allgemeine politische Klima, in dem der Vernichtungsprozeß einsetzte, gibt dann eine erste allgemeine Übersicht über den Gesamtverlauf des Prozesses, registriert exakt die Organisationsprinzipien der beteiligten Bürokratien (Ministerien, Militär, Wirtschaft und Partei), um schließlich in aller Breite die drei genannten Vorstufen der Vernichtung und die Vernichtung selbst zu analysieren.

Hilberg geht grundsätzlich davon aus, daß die Bürokratie während der Vorstufen der Vernichtung noch keinen generellen Plan zur Vernichtung hatte, sogar nicht einmal eine eindeutige Übersicht über ihre eigenen Aktionen. Trotzdem gehört bereits die Definition der Opfer, an der sich hauptsächlich die Bürokraten des Innenministeriums, der Reichskanzlei, des Justizministeriums und der Rechtsprechung beteiligten, notwendig als erster Schritt zum Vernichtungsprozeß hinzu: „Als in den frühen Tagen des Jahres 1933 der erste Staatsbeamte die erste Definition eines ‚Nichtariers‘ in eine staatliche Verordnung schrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt“ (S. 669). Entlassungen, Arierisierungen, besondere Vermögenssteuern, Sperrung von Geldern, Zwangsarbeit und Lohnregulierungen, spezielle Einkommenssteuern und schließlich Hungermaßnahmen bilden die zweite Stufe, die Hilberg unter dem Stichwort Expropriation zusammenfaßt. Die letzte Stufe, außer in Polen, Böhmen und Mähren schon mit dem eindeutigen Ziel der Vernichtung, war dann die Konzentration der Opfer.

Im zweiten Teil seines Buches behandelt Hilberg die Vernichtung selbst: die Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen in den von der deutschen Armee eroberten Gebieten der Sowjetunion, die Deportationen aus den besetzten Ländern und den Satellitenstaaten in die Vernichtungslager und die Tätigkeit dieser Lager selbst.

Die wichtigsten Thesen werden zusammenfassend im ersten Kapitel des Schlußteils aufgestellt, das die Überschrift „Reflections“ trägt. Sie sollen kurz referiert werden.

Nicht ihrer Struktur, sondern nur ihrer Funktion nach unterschied sich die Vernichtungsmaschinerie von der organisierten deutschen Gesellschaft, sie „war die organisierte Gesellschaft in einer ihrer speziellen Rollen“ (S. 640). Bei genauerem Zusehen erweist sie sich als ein bemerkenswerter Querschnitt der deutschen Bevölkerung und insbesondere der gesamten Bürokratie. Nur nach der Überwindung außerordentlicher administrativer und psychologischer Schwierigkeiten und Hindernisse konnte die Bürokratie die Judenvernichtung ins Werk setzen. Dabei war die Vernichtungsmaschinerie „eine lockere Organisation von Halbtagsarbeitern“, durch Kriegsvorbereitungen und den Krieg selbst schon aufs äußerste angestrengt. Die Durchführung der Vernichtung war nur bei größtmöglicher Effektivität zu schaffen. In ihrem Verlauf fielen die finanziellen Gewinne, wuchsen die Ausgaben: „Der Vernichtungsprozeß orientierte sich nicht an den Kosten, sondern an der Leistungsfähigkeit. Der Kern war nicht Geld, sondern Zeit“ (S. 644).

Die psychologischen Schwierigkeiten waren noch größer als die administrativen. Die Bürokraten waren sich der psychologischen Gefahren für die an den Tötungen beteiligten Männer wohl bewußt und achteten sehr darauf, daß nach Möglichkeit alle persönlich motivierten, spontanen und undisziplinierten Aktionen unterblieben. Sadistische Abscheulichkeiten, Quälereien und Orgien konnten die konsequente Vernichtung nur stören; man war stolz auf die „Menschlichkeit“ und „Anständigkeit“ bei der Durchführung der Vernichtung. Ihre persönlichen moralischen Skrupel überwand die Beteiligten mit einem psychologischen Verteidigungsarsenal, das aus zwei Teilen bestand, dem Verdrängungsmechanismus und dem System der Rationalisierungen.

Die Verdrängung geschah in Stufen. Erst wurden alle von Informationen ausgeschlossen, die nichts zu wissen hatten, dann wurde klargemacht, daß, wer etwas wußte, mitmachen würde; weiter folgte das Verbot aller kritischen Urteile, dann die Beseitigung der Vernichtung als eines Gesprächsgegenstandes und schließlich die Erfindung eines Tarnvokabulars, das selbst in der geheimen Korrespondenz die Erwähnung von Tötungen unnötig machte.

Rationalisierungen mußten zu diesem noch ungenügenden Verdrängungsmechanismus hinzutreten, Rechtfertigungen sowohl des gesamten Vernichtungsprozesses als auch der eigenen persönlichen Beteiligung. Die ersten konzentrierten sich notwendig auf die Juden. Ihre Vernichtung wurde einmal verstanden als ein Krieg gegen das weltherrschaftslüsterne „internationale Judentum“, dann als rechtliches Vorgehen gegen die „jüdische Kriminalität“, schließlich einfach als „hygienische“ Maßnahme gegen das „jüdische Ungeziefer“. Zur Rechtfertigung des eigenen Mittuns reichte das aber noch nicht aus. So berief und beruft man sich auf den Befehlsnotstand, auf die scharf gezogene Trennungslinie zwischen der strengen Pflicht und den persönlichen Gefühlen, auf den Unterschied zwischen der eigenen, noch nicht verbrecherischen Handlung und dem

kriminellen Akt des nächsten Untergebenen, wobei der Trennungsstrich immer wieder verschoben werden konnte, auf die „eigene Machtlosigkeit“ unter Tausenden von Beteiligten, oder schließlich, wo auch das nicht half, auf die allgemeine Dschungeltheorie, nach der Leben und Kampf identisch sind und jeder untergeht, der müde vom Kampf ist.

Hilberg untersucht dann auch die Art, in der die Juden auf den abrollenden Vernichtungsprozeß reagierten. Organisierter Widerstand wie etwa im Warschauer Ghetto geschah äußerst selten und hatte kaum Wirkung; mögliche Fluchtwege wurden auch nur sehr selten genutzt; dennoch verhielten sich die Juden nur wenn es zum Äußersten kam völlig gelähmt: „Wenn wir die ganze Breite jüdischer Reaktionen betrachten, stellen wir deshalb fest, daß die beiden hervorstechenden Züge waren: der Versuch, das Geschehen abzuwenden, und, wenn das fehlschlug, die automatische Erfüllung von Befehlen“ (S. 666). Zu erklären ist das nur aus der zweitausend Jahre alten Erfahrung der Juden, daß ihr Volk trotz aller Verfolgungen nicht vernichtet werden konnte und daß diese beiden Reaktionen immer die wirkungsvollsten gewesen waren. „Die Juden beschäftigten sich konsequent mit ihrem Widerstand in vielfach der gleichen Weise wie die Deutschen mit ihrem Gewissen“ (S. 667). Um aber bei der eigenen Vernichtung überhaupt mitarbeiten zu können, um das Unerträgliche erträglich zu machen, bedurften auch sie der Verdrängungen und Rechtfertigungen. Sie verleugneten vor sich selbst die drohenden Gefahren, sie benutzten ihre eigene Terminologie, um die Visionen des Todes auszulöschen, sie rechtfertigten die Mitarbeit bei den Deportationen weniger mit der möglichen Rettung der Mehrheit und die strikte Erfüllung der Nazibefehle mit dem Argument, daß so unnötiges Leid vermieden würde.

In einem weiteren Kapitel des Schlußteils gibt Hilberg eine historische Übersicht über die geistige, moralische und juristische Bewältigung der „Endlösung“. Weil es den Alliierten zuerst auf die Bestrafung der „Kriegsverbrecher“ ankam, spielte die Judenvernichtung in den Prozessen der Nachkriegszeit von Anfang an eine geringe Rolle. Unter dem Einfluß des wachsenden Ost-West-Gegensatzes wurde die rechtliche Verfolgung noch mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Liste über das Schicksal der Hauptbeteiligten verzeichnet daher viele Namen von Männern, die nie verurteilt bzw. bald wieder freigelassen wurden oder gar heute wieder führende Stellungen in Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einnehmen.

Karl Marx bereits hat in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts das Entscheidende über das Verhältnis der Bürokratie zu ihren eigenen Mitgliedern gesagt: „Die Hierarchie straft den Beamten, insoweit er gegen die Hierarchie sündigt oder eine der Hierarchie überflüssige Sünde begeht; aber sie nimmt ihn in Schutz, sobald die Hierarchie in ihm sündigt; zudem überzeugt sich die Hierarchie schwer von den Sünden ihrer Glieder.“ Wer keine überflüssige Sünde beging, kann heute noch Staatssekretär sein.

Michaela Alth

Erwiderung auf Tombergs Kritik an Adorno¹

Tombergs Adorno-Interpretation beruht auf einem hartnäckigen Mißverständnis: Er weigert sich, Adornos Befund einer stagnierenden Gesellschaft als Diagnose der Wirklichkeit zu erkennen und deutet die theoretischen Konsequenzen dieses „wirklichen“ Zustandes in Idealismus um. Eine solche Diagnose widerspricht nach Tomberg dem Grundgesetz der Marxschen Dialektik, wonach die bürgerliche Gesellschaft der klassenlosen Gesellschaft zutreibt. Sofern Adorno sich auf die Marxsche Dialektik beruft, widerspricht er sich also nach Tomberg, denn diese muß „jeden Stillstand aus der Bewegung der Geschichte als unwahr und innerlich unmöglich bannen“ (T. S. 38, 39). Was aber, wenn die Geschichte diesen faux pas selbst begeht, wenn die Gesellschaft ihre Widersprüche immer erweitert reproduziert, aber zugleich auch die Korrektive, die das Ganze vorläufig am Leben erhalten — um nur ein Beispiel zu nennen: die Krisenpolitik — ? Weil die Widersprüche nicht aufgehoben sind und ihre künstliche Harmonisierung auf Kosten einer möglichen besseren Gesellschaft geht, versteht Adorno die Veränderung der Welt nicht, wie Tomberg meint, als Postulat, sondern als innere Notwendigkeit. Adornos Feststellung, daß die bestehende und die „andere“ Gesellschaft nicht zweierlei Wahrheit haben, ist der Ansatzpunkt seiner Gesellschaftskritik und nicht gelegentliche „Rückkehr“ zur Marxschen Dialektik (T. S. 45). Die Zukunft der vorläufig stabilisierten Gesellschaft ist nur auf Grund der Analyse der Wirklichkeit und nicht auf Grund eines sturen Fortschritts-Dogmatismus vorherzusagen. Ob die gesellschaftlichen Widersprüche das Ende der bürgerlichen Gesellschaft herbeiführen oder ob die eingebauten Korrektive diesen Umschlag endgültig verhindern können, ist gegenwärtig noch kaum abzusehen, Adorno schwankt daher zwischen der einen und der anderen Perspektive: „Unter all den kassierten Sprichwörtern steht auch ‚Druck erzeugt Gegendruck‘: wird jener groß genug, so verschwindet dieser, und die Gesellschaft scheint mit dem tödlichen Ausgleich der Spannungen der Entropie zu-vorkommen zu wollen“ (MM. S. 228). An anderer Stelle sagt er: „Solange die antagonistische Gesamtverfassung währt; solange die Menschen nicht Subjekte der Gesellschaft sind, sondern jene Agenten, deren unwürdigen Stand man heute durch den Begriff der „Rolle“ zu neutralisieren trachtet, solange wird Geschichte sich nicht beruhigen. Selbst äußerste Unterdrückung zwänge das Unversöhnliche vielleicht zwar zum Schweigen, tilgte aber nicht dauernd die darin aufgespeicherte Spannung“ (S. II S. 240).

1 Friedrich Tomberg: Utopie und Negation, Zum ontologischen Hintergrund der Kunsttheorie Theodor W. Adornos. In: DAS ARGUMENT, 5. Jhg. (1963), Nr. 28, S. 36—48.

Ist aber das Ende der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr sicher, so muß die Verschränkung von Fortschritt und Steigerung des Grauens, bei Marx noch Garant der besseren Gesellschaft, zur Drohung permanenten Schreckens werden. Der Unterschied zwischen Adorno und Marx liegt hier in der „Akzentverlagerung“, nicht wie Tomberg nahelegt, in der Sache (T. S. 40). Fortschritt als die „Intensivierung des Immergleichen“ war auch für Marx Gesetz der „Vorgeschichte“, die bis heute kein Ende fand. Die „Geschichte von Klassenkämpfen“ ist genau jene erweiterte Reproduktion der Herrschaft auf jeder neuen gesellschaftlichen Stufe, die Erweiterung jenes Übels, dessen Konstatierung Tomberg bei Adorno (wie schon die Theologen bei Marx) als Theologie auslegt (T. S. 40). Die Hoffnung der „Wende“ liegt bei Adorno wie bei Marx im Einspruch der Ohnmächtigen beschlossen, denn wer anders sollte denn an den Verhältnissen Anstoß nehmen? Die Ohnmächtigen, die ihrer Ohnmacht ins Gesicht sehen könnten, wären übrigens gar nicht so hilflos, wie Tomberg tut (T. S. 42), denn sie sind schließlich in der Überzahl und die Herrschenden sind auf sie angewiesen.

Eine Änderung der Verhältnisse könnte freilich nur durch von der Theorie angeleitete „kleinste Schritte“ geschehen, Voraussetzung einer solchen Veränderung wäre aber die Sehnsucht der Unterdrückten, daß es radikal anders werde. In diesem Zusammenhang zitiert Tomberg Adorno falsch, indem er dort, wo Adorno von dieser Sehnsucht spricht, diese mit einem demnächst verwirklichtbaren Gesellschaftszustand verwechselt. Bei Adorno heißt es: „Gleichgültig, wie die Juden an sich selber beschaffen sein mögen, ihr Bild, als das des Überwundenen, trägt die Züge, denen die totalitär gewordene Herrschaft todfreund sein muß: des Glücks ohne Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein, der Religion ohne Mythos. Verpönt sind diese Züge von der Herrschaft, weil die Beherrschten sie insgeheim ersehnen“ (D. S. 234). Diese Sehnsucht ist übrigens nicht so utopisch, wie Tomberg meint („es ist eine Welt, die es als materielle niemals geben kann“ T. S. 42), denn in einer Gesellschaft, die Überfluß produziert, braucht Glück kein Privileg zu sein, mit der Automation wird die Verknüpfung von Lohn und Arbeit ohnedies immer fragwürdiger und die Aufhebung nationaler Grenzen ist auch nicht unmöglich. Tomberg spürt indessen, daß es hier gar nicht so um diese konkreten Möglichkeiten, sondern um die Sehnsucht nach Glück, Gerechtigkeit und Freiheit geht, aber woran sollten sich jene, die eine bessere Gesellschaft wollen, orientieren, wenn nicht an diesen „Ideen“? Diese Sehnsucht ist Voraussetzung einer kritischen Theorie der Gesellschaft, nicht ihr Ersatz (MM S. 224). Daß Adorno so wenig über mögliche Praxis aussagt, liegt nicht daran, daß er ‚Idealist‘ ist, sondern beruht auf der unheilvollen Verstrickung fortschrittlicher und reaktionärer Tendenzen in unserer Gesellschaft. Die Frage: „Wie ist Neues überhaupt möglich“ (T. S. 46) wäre Hohn in einer Gesellschaft, der man dabei zusehen kann, wie sie das mögliche Neue um der Aufrechterhaltung des Alten willen unterdrückt oder verfälscht, ehe es sich noch entfaltet hat. Zum Beispiel ist das, was Marx noch die „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ nannte, und worin er eine „Durchgangssta-

tion“ zum Sozialismus sah, heute zumindest vorläufig zum Garanten ihrer Aufrechterhaltung geworden. Wenn ein bestimmter „kleinster Schritt“ in einer total vergesellschafteten Gesellschaft letztlich wirklich nützt, ist heute eine unendlich schwierige Frage geworden, die eine frisch-fröhliche Praxis verbietet. Dadurch wird die Theorie vorrangig: wie denn überhaupt das Verhältnis von Theorie und Praxis selbst historisch bedingt ist. Innehalten und Besinnung ist gerade heute in einer „pragmatischen“ Gesellschaft unumgängliche Voraussetzung zur richtigen Praxis. Adorno rät übrigens in diesem Zusammenhang nicht, der Intellektuelle sollte sich „so privat... benehmen“ (T. S. 46) wie die Scham übers Privileg gebietet, sondern weist ihm zunächst die Arbeit an der kritischen Theorie zu: „Die private Existenz, die sich sehnt, der menschenwürdigen ähnlich zu sehen, verrät diese zugleich, indem die Ähnlichkeit der allgemeinen Verwirklichung entzogen wird, die doch mehr als je zuvor der unabhängigen Besinnung bedarf“ (MM S. 33). Die Praxis, die die „Minima Moralia“ fast durchweg behandeln, ist die des privaten Verhaltens. Die „Lehre vom richtigen Leben“ behandelt das was vom Leben in der Konsumsphäre übrig geblieben ist, deshalb läuft jede Betrachtung darauf hinaus, daß es richtige Praxis nicht geben kann: es gibt kein richtiges Leben im falschen. Das Subjekt, das so die Unmöglichkeit privaten Glücks erfährt, wäre auch ohne ökonomische Verelendung reif für die gesellschaftsverändernde Praxis. Daß Adorno Anweisungen für eine solche nicht parat hat, liegt am gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft und vielleicht auch am Mangel einer „Kritik der politischen Ökonomie“ für die Gegenwart.

Tombergs Hoffnung, daß der Fortschritt von woanders kommen könnte, scheint vorläufig ziemlich abwegig. Die Afrikaner, die er gegen Adorno in Schutz nimmt, der ihnen den „faulen Sinn fürs Bewährte“ nachsagt, verdienen diesen Schutz leider nicht. Genauere Kenntnis der afrikanischen Verhältnisse hätten Tomberg sicher von seiner günstigen Prognose abgehalten. Mehr noch als die koloniale Tradition bringt die wirtschaftliche Ohnmacht und die Abhängigkeit von den entwickelten Ländern zustande: Sie erzwingt die geflissentliche Nachahmung der „Erfolge“ der heute mächtigen Länder. Die sozialistischen Länder indessen sind bis heute noch teils mit ihrer Entwicklung, teils mit der Konkurrenz mit dem Westen so beschäftigt, daß sie ihre Chance einer planmäßigen Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse kaum wahrgenommen haben. Der Primat der Produktion über die Menschen zeitigt in Ost und West ähnliche unmenschliche Konsequenzen und Widersprüche: den Ausweg könnten nur die ökonomisch am weitesten entwickelten Länder finden, sie machen die „Weltgeschichte“ (T. S. 47), von der sich Tomberg soviel erhofft.

Abkürzungen:

D = Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947
MM = Minima Moralia, Ffm. 1951
S = Sociologica II, Ffm. 1962
T = Friedrich Tomberg „Zur Kunsttheorie Th. W. Adornos, ARGUMENT 26

Rudolf Klenast

Notstandsverfassung und Grundgesetz (III)

Die Auswirkung der Notstandsgesetze auf die Gesamtstruktur der Verfassung

XI. EXKURS:

Die sog. einfachen Notstandsgesetze

Weniger exponiert als die Notstandsverfassung, haben die sog. einfachen Notstandsgesetze, die mit ihr das „Notstandspaket“ bilden, noch kaum Beachtung gefunden. Daß sie die Verfassung nicht änderten und deshalb ungefährlich seien, mag ein Grund für ihre Behandlung als Nebensache sein, der andere mag darin liegen, daß sie einen solchen Umfang angenommen haben, daß es schwierig ist, eine Übersicht über sie zu bekommen, was dem ganzen Unternehmen — jedenfalls was Gegenstimmen in der Öffentlichkeit betraf — durchaus förderlich war¹.

1) Überblick und Charakterisierung:

Im einzelnen handelt es sich um folgende Gesetze:

A) Bereits erlassene Gesetze:

1. Ges. über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 22. 12. 59 (Sammlung Sartorius Nr. 858)
2. Bundesleistungsges. i. d. F. vom 27. 9. 56 (Samml. Nr. 665)
3. Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsges.) vom 7. 12. 56 (Samml. Nr. 695)
4. Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung (Landbeschaffungsgesetz) vom 23. Febr. 1957 (Sammlung Nr. 690).

B) In Vorbereitung befindliche Gesetze (Entwürfe):

1. Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall (Zivildienstgesetz): Bundestagsdrucksache IV/450
2. Entwurf eines Ges. über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsges.): IV/892
3. Entwurf eines Ges. zur Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft, sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz): IV/893
4. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherungsgesetz): IV/894
5. Entwurf eines Ges. zur Regelung des Aufenthalts im Verteidigungsfall (Aufenthaltsregelungsgesetz): IV/895
6. Entwurf eines Gesetzes über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz): IV/896

¹ Die einzige Gesamtdarstellung der einfachen Notstandsgesetze ist das Memorandum der Vereinigung deutscher Wissenschaftler e. V., das von RIDDER-STEIN unter dem Titel DER PERMANENTE NOTSTAND, 2. Aufl. Göttingen (1963) herausgegeben wurde (zit. Memorandum).

7. Entwurf eines Gesetzes über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz): IV/897

8. Entwurf eines Gesetzes über den Bundesgrenzschutz und die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden: IV/343.

C) Kennzeichnend für die Entwürfe ist, daß ihre Vorschriften nicht nur für den Verteidigungsfall (und den drohenden Angriff) gelten. Fast alle einfachen Notstandsgesetze können angewandt werden, wenn es die Bundesregierung für „notwendig“, „erforderlich“, „dringend erforderlich“ hält². Wie Ridder-Stein betonen, „(ebnet) die Gleichstellung des Verteidigungsfalles mit der Feststellung der Bundesregierung, daß etwas „dringend erforderlich“ sei (...) den Unterschied zwischen (innerstaatlichem) Friedensrecht und Kriegsrecht ein und verstößt damit eklatant gegen ein Grundprinzip jeder freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung im Sinne der tradierten westlichen Demokratie³. Dazu kann die Bundesregierung eine starke Verordnungstätigkeit entfalten, deren Vereinbarkeit mit Art. 80 GG fraglich ist⁴; ferner ist an eine weitgehende Einschränkung von Grundrechten⁵ gedacht. Die Grundkonzeption der Entwürfe geht dahin, einen vielgliedrigen Behördenapparat zu schaffen, der alle Details des Kriegsfalls vorausplanen soll. Er bildet zugleich den Kern einer Organisation, die jeden einzelnen ergreift und zwar oft von mehreren Seiten her: als Wehrpflichtigen, als Zivildienstpflichtigen, als Selbstschutzpflichtigen im Wohnblock, als Selbstschutzpflichtigen im Betrieb, als Besitzer eines Fahrzeugs, als Hauseigentümer, als Unternehmer usw. ... Im Idealfall sind alle Betriebe und alle einzelnen ständig erfaßt und eingeplant, um im Kriegsfall sofort „eingesetzt“ werden zu können⁶. Bestätigt werden diese Ausführungen von Dr. EVEN (CDU), der es als „eine zweite Aufgabe dieser Notstandsvorsorge“ bezeichnet, „daß sie unsere Strategie der Abschreckung noch glaubhafter mache, als das bisher der Fall gewesen ist“⁷.

2) Das Zivildienstgesetz — ein Beispiel eines besonders einschneidenden einfachen Notstandsgesetzes

a) Gegenstand und Umfang

Nach § 3 dieses Gesetzes sind Gegenstand des Zivildienstes „Dienstleistungen nichtmilitärischer Art für lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte, einschließlich der verbündeten Streitkräfte, sowie für Aufgaben im nichtöffentlichen Bereich, die dem Schutz der Zivilbevölkerung oder der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen“⁸. Ferner ist an eine Teilnahmepflicht an Aus-

² Im einzelnen handelt es sich um folgende Bestimmungen: § 4, 3. Alt. 1. V. § 3 I Zivildienstges., § 5 II Ziff. 3 Wirtschaftssicherstellungsges., § 7 II Ziff. 3 Ernährungssicherstellungsges., § 6 II Ziff. 3 Verkehrssicherstellungsges., § 1 II Ziff. 3 Aufenthaltsregelungsges., § 59 Ziff. 2 Selbstschutzges.

³ Memorandum S. 16.

⁴ Ebd. S. 24 ff. und Ridder in Nemitz (Hrsg.), Notstandsrecht und Demokratie, Stuttgart (1963), S. 16.

⁵ Vgl. Memorandum S. 52.

⁶ Ebd. S. 38 ff. (wörtlicher Auszug).

⁷ Siehe Prot. der Bundestagsitzung vom 24. 1. 63 S. 2539 f.

⁸ Zur Verschärfung dieser Bestimmungen gegenüber dem Schröder-Entw. eines sog. Notdienstges. (BT-Drucks. III/1806) vgl. Memorandum S. 23.

bildungsveranstaltungen schon im Frieden gedacht, wobei die Erstausbildung bis zu 200 Stunden oder 28 Tagen betragen kann (vgl. die §§ 3 II i. V. §§ 6, 7). Die Bundesregierung kann gemäß § 4, 3. Alt. die Zivildienstleistungen schon dann fordern, wenn sie festgestellt hat, daß Zivildienstleistungen für die in § 3 I bezeichneten Aufgaben „den Umständen nach dringend erforderlich“ sind. Zivildienstverpflichtet können nach § 9 Männer vom 18. bis zum 65. Lebensjahr und Frauen vom 18. bis zum 55. Lebensjahr werden, wodurch praktisch eine Spartanisierung der Gesamtbevölkerung erreicht werden kann.

b) Zivildienstgesetz und Streik:

Mit der Zivildienstverpflichtung tritt der jeweils Verpflichtete in ein sog. besonderes Gewaltverhältnis⁹, in dem die Grundrechte nur mehr beschränkte Geltung haben. Damit besteht auch die Möglichkeit auf dem Umweg über das Zivildienstgesetz einen Streik auszuschalten ohne ein Streikverbot in die *Notstandsverfassung* aufzunehmen. Dabei braucht nicht einmal ein zuvor verkündeter Zustand äußerer Gefahr vorzuliegen, es genügt, daß die Bundesregierung die Zivildienstleistung „den Umständen nach für dringend erforderlich“ hält. Diese Gefahr wird nicht nur von Gewerkschaftsseite¹⁰ gesehen, auch von Abgeordneten-seite wurde betont, daß es sich um eine „unehrliche Argumentation“ handle, wenn es auf der einen Seite hieße „der Streik sei hier im Gesetz (gemeint ist die *Notstandsverfassung*, d. Verf.) nicht angesprochen, deswegen sei er zulässig. Auf der anderen Seite werde gleichzeitig gesagt: Laßt uns über den Streik nicht sprechen, wenn er kommt, dann haben wir über das Zivildienstgesetz die Möglichkeit die Streikenden zu verpflichten“¹¹.

c) Die Verfassungswidrigkeit des Zivildienstgesetzes

Das Grundgesetz gewährt in seinem Art. 12 I 1 allen Deutschen die freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte. Lediglich die Berufsausübung kann gesetzlich geregelt werden (Abs. 2, S. 2). Weiterhin verbietet es in Art. 12 II 1 den Zwang zu einer bestimmten Arbeit und wendet sich damit gegen spezielle und gegenständlich begrenzte Einzelheranziehungen¹². Eine Ausnahme läßt Art. 12 II GG nur bei einer „herkömmlichen, allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht“. Mit dieser Bestimmung möchte die Bundesregierung das Zivildienstgesetz als verfassungsmäßig rechtfertigen. So weist sie in ihrer Begründung¹³ darauf hin, daß sich das Zivildienstgesetz im Rahmen der Herkömmlichkeit halte, weil „auch eine organische Weiterentwicklung historischer Vorbilder zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse der Gegenwart dem Gesetzgeber durch Art. 12 II 1 GG nicht ver-

⁹ Näheres bei H. Hannover in *Blätter f. dt. und int. Politik* 1963, Heft 11, S. 839 (844). Zum Verhältnis Meinungsfreiheit — bes. Gewaltverhältnis vgl. LÖFLER NJW 64, 1100.

¹⁰ Zur Ablehnung u. a. die Verlautbarung des DGB-Bundesvorstandes, zusammengefaßt in „ARBEIT UND RECHT“ 1962/Heft 7, S. 208; zum Notdienstgesetz schon BRENNER in *Gewerkschaftl. Monatshefte* 1961/Heft 2, S. 70 f.

¹¹ Siehe den Diskussionsbeitrag von DORN (FDP) in *Nemitz aaO.*

¹² So Otto Bachof in *Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte* (1958), Bd. III/1, S. 155 ff. (256).

¹³ BT-Drucks. IV/450 S. 19 I. Sp.

wehrt sei.“ Sie beruft sich dabei auf früher ergangene Gesetze, wie das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916, also mitten im ersten Weltkrieg, sowie auf das Luftschutzgesetz vom 26. 6. 1935 und die Notdienstverordnung vom 15. 10. 1938, die im Dritten Reich erlassen wurden¹⁴. Dieser Auslegung des Begriffs der Herkömmlichkeit kann jedoch nicht gefolgt werden. Schon der Parlamentarische Rat hatte, wie die Entstehungsgeschichte des Artikels zeigt, eine Dienstleistungspflicht nicht mehr einführen wollen¹⁵. Man dachte bei der Einfügung des Begriffes „herkömmlich“ vor allem an Feuerlösch- und Feuerwehrdienst, sowie Deichhilfe, Hand- und Spanndienste, gewisse polizeiliche Pflichten wie Straßenreinigung und Streupflicht¹⁶. Im allgemeinen handelt es sich also um Dienstleistungspflichten innerhalb des engen gemeindlichen Rahmens und hier nur mit Vorbehalten¹⁷. Eine so weitgehende generelle Dienstverpflichtung wie sie der Entwurf vorsieht, deckt der Begriff der Herkömmlichkeit nicht. Insoweit verstößt er gegen Art. 12 II GG i. V. m. 12 I 1 GG und ist deshalb *verfassungswidrig*¹⁸.

XII. Die Notstandspläne und das „neue Grundgesetz“:

1 „Prophylaktisches Prinzip“ und klassisches Ausnahmerecht

Bei der Kritik des Höcherl-Entwurfs einer Notstandsverfassung hatten sich vor allem zwei Probleme ergeben: zum einen die lediglich formale Trennung von äußerem, innerem und Katastrophennotstand¹⁹, zum anderen die weitgehenden — teilweise verfassungswidrigen — Eingriffe in Fundamentalnormen der Verfassung²⁰ und in die Grundrechte²¹. Hinzu kommt als drittes Problem das Verhältnis des bisherigen Systems von Schutznormen des GG zu dem der geplanten Notstandsverfassung.

14 Zum „deutlichen demokratischen Gefälle“ des Zivildienstgesetzes gegenüber diesen historischen Vorbildern, Hannover aaO., S. 847; siehe auch Memorandum S. 46 und Fußn. 46.

15 Hierzu Abraham in BONNER KOMMENTAR, Erläuterung zu Art. 12 auf S. 3.

16 So Otto Bachof, aaO., S. 260 f. m. Hinweis auf Jahrbuch f. Öffentl. Recht NF Bd. 1, S. 133 ff.; ferner Hamann in ARBEIT und RECHT 1962, Heft 12, S. 362 ff. (365f.) mit weiteren aufschlußreichen Belegen aus der Entstehungsgeschichte des GG; vgl. ferner Mangoldt in Archiv f. öff. Recht Bd. 75/288.

17 Vgl. hierzu das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Bd. 2, S. 313 (314) der Amtl. Samml.

18 Zum Ergebnis der Verfassungswidrigkeit kommen u. a. auch Memorandum mit ausführlicher Begründung S. 44, ferner Hannover aaO., S. 846, Hamann aaO., S. 365 und bzgl. Art. 4 GG — Zivildienstges. ebd. S. 364; weiterhin Seifert, Gefahr im Verzuge, Frankfurt/M. (1963) S. 56, wo sich (auf S. 118) auch weitere Literaturangaben zum Problem des Zivildienstges. finden. — Zu prüfen wäre auch, ob es sich um eine VERFASSUNGSDURCHBRECHUNG (vgl. Art. 79 I GG) handelt. Zum Begriff s. Ehmke in Archiv f. Off. R. 79, 385.

19 Vgl. Arg. 27/32 f.

20 Ebd. S. 37 f.

21 Ebd. S. 39; hierzu wäre ergänzend zu erörtern wie die im Entwurf unbestimmte Formulierung „über das sonst zulässige Maß hinaus“ in Art. 115 b II a mit Art. 19 II GG (Verbot des Eingriffs in den Wesensgehalt der Grundrechte) zu vereinbaren ist; vgl. hierzu Folz, Staatsnotstand u. Notstandsrecht, Köln (1962) S. 203 (andeutungsweise).

1) bisheriges (sog. prophylaktisches) Prinzip:

Der Rückblick auf die Vorarbeiten des Parlamentarischen Rates zum Grundgesetz und die Ausgestaltung des GG zum Zeitpunkt seiner Verkündung zeigte, daß die Schöpfer des GG eine klassische Ausnahmeregelung abgelehnt hatten und statt dessen ein System der Sicherung vorsahen, das sog. prophylaktische Prinzip. Als typisch hierfür zeigten sich die Regelungen der Art. 9 II (Verbot verfassungswidriger Vereinigungen), Art. 18 (Verwirkung von Grundrechten) und Art. 21 II (Verbot verfassungswidriger Parteien) — zumeist grundlegend neue Vorschriften, die die bisherigen deutschen Verfassungen nicht kannten²². Gegenüber der WRV (Weimarer Reichsverfassung) wurde die Stellung des Regierungschefs durch das sog. konstruktive Mißtrauensvotum außerordentlich verstärkt: der Bundeskanzler kann nur mehr gestürzt werden, wenn der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen neuen Nachfolger wählt, so daß auf diese Weise die Macht der „negativen Mehrheiten“, die die Weimarer Epoche kennzeichneten, gebrochen ist. Freilich ist diese „Stabilität des Kabinetts“, wie LOEWENSTEIN²³ erkannt hat „in der Tat um einen hohen Preis erkauft worden: dem demokratischen Prozeß wird die Kehle zugeschnürt, die Parlamentsmehrheit beugt sich ohne Murren... indem es (sc. das GG) die Skylla der mangelnden Standfestigkeit der Regierung vermiert, geriet das Bonner Regime in die Charybdis des entmachteten Parlaments. In seiner Substanz ist das Regime „demo-autoritär“, zumindest während der Dauer der Legislaturperiode, womit gesagt werden soll, daß die Regierung zwar auf demokratische Weise ins Amt gelangt, danach aber die politische Führung autoritär und ohne jede Begrenzung durch das Parlament oder die Wählerschaft ausübt.“ — Hinzu kommt eine praktisch völlige Ausschaltung von Volksabstimmungen²⁴, um von ihnen etwa ausgehende Gefahren schon im voraus zu verhindern²⁵. Durch all diese Vorkehrungen wurde eine „Krisenverhütungsanlage“²⁶ geschaffen, die, um Stabilität und Sicherheit aufrechtzuerhalten, freilich auch eine „verengte politische Situation“ schuf, noch dazu, da das „vorbeugende System“ auch außerhalb der Verfassung, z. B. in den Staatsschutzbestimmungen des Strafgesetzbuches seine Durchführung fand.

2) Der Kern der Notstandsverfassung (Höcherl-Entw.):
Wiederum geht es um ein Problem der Gesetzestechnik:

- 22 So Ridder in Nemitz aaO., S. 13.
23 In: Verfassungslehre, Tübingen (1959), S. 92 ff. (93 f.); zum folgenden Problem der „Kanzlerdemokratie“ insbesondere auch Rüdiger, Altmann, Das Erbe Adenauers, Eine Bilanz, München (1963), S. 34 ff. (37): „aber dann hört das Mißtrauen plötzlich auf: der Regierung gehört die wohlwollende Sorge und die Sympathie des GG...“, siehe besonders die Kapitel: Der Sieg der Regierung über das Parlament (S. 37), die parlamentarische Kanzlerdemokratie (S. 41), der Kanzler und seine Mannschaft S. 46 und Das ist ein Regime S. 48).
24 Das GG kennt sie nur als Abstimmung über die Neugliederung des Bundesgebiets (vgl. Art. 29); siehe hierzu auch die Entsch. des Bundesverfassungsgerichts Bd. 8 S. 122 der Amtl. Samml.
25 Hierzu Hans Schneider, Volksabstimmung in der rechtsstaatlichen Demokratie, in Gedächtnisschrift f. Jellinek, München, 2. Auflage (1962), S. 155 ff. (158, 160), Flechthelm, Neue Kritik 1963, Heft 14, S. 10.
26 Ausdruck Altmanns aaO., S. 39.

oben war vom „Ineinanderübergehen“ der Tatbestände die Rede. Nun soll innerhalb eines bestimmten Tatbestandes der Kern der Notstandsverfassung herausgeschält werden, indem das *Zusammenspiel* verschiedener Bestimmungen gezeigt wird. Geprüft wird der Zustand der äußeren Gefahr (Art. 115 a—115 h Entw.) — der Tatbestand also, dessen Regelung von allen Parteien noch als Diskussionsgrundlage anerkannt wurde. Das Interesse konzentriert sich hier auf die Art. 115 a III, 115 c II i. V. m. 115 d, 115 b II a und d, 115 b III a des Entw.²⁷; liest man sie in der angegebenen Reihenfolge, so ergibt sich folgender Kern:

1. Wenn ein Angriff mit Waffengewalt auf das Bundesgebiet droht²⁸, so kann bei Gefahr im Verzug der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers den Zustand der äußeren Gefahr feststellen.
 2. Erfordert die Lage (sc. in diesem Zustand d. äuß. Gef.) ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung oder ein vom Bundeskanzler eingesetzter Kabinettsausschuß²⁹ Notverordnungen erlassen, die die Grundrechte aus Art. 5 (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Informationsfreiheit, Freiheit der Kunst, Lehre und Wissenschaft), Art. 8 (Versammlungsfreiheit), Art. 9 (Vereinsfreiheit) und Art. 11 (Freizügigkeit) über das sonst hinaus zulässige Maß einschränken. Dazu sind zeitlich praktisch unbegrenzte und unkontrollierte Verhaftungen möglich.
 3. Die Bundesregierung kann, soweit die Polizeikräfte nicht ausreichen, auch Streitkräfte (mit Polizeiaufgaben) im Inneren einsetzen und einen Beauftragten (wohl auch
- 27 115 a III: Bei Gefahr im Verzuge steht die Befugnis zur Feststellung gemäß Abs. 1 (sc. Feststellung des Angriffs oder drohenden Angriffs) auch dem Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers zu; er soll zuvor die Präsidenten des Bundestags und des Bundesrats hören.
115 c II: Erfordert die Lage ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung Verordnungen mit Gesetzeskraft auch gemäß Artikel 115 b I und II erlassen (Notverordnungen) und diese Befugnis auf von ihr zu bestimmende Behörden übertragen.
115 d: Der Bundeskanzler kann die Befugnisse der Bundesregierung auf einzelnen Sachbereichen einem Kabinettsausschuß übertragen, dessen Zusammensetzung er bestimmt.
115 b II: Durch Bundesgesetz können
a) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Grundrechte aus Art. 5, Art. 8, Art. 9 I und II und Art. 11 über das sonst zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden.
d) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr für Freiheitsentziehungen abweichend von Art. 104 II und III Fristen festgesetzt werden, die jedoch die Dauer einer Woche nicht überschreiten sollen.
115 b III a: Die Bundesregierung kann
a) außer den Polizeikräften des Bundes und der Länder, soweit diese nicht ausreichen, auch Streitkräfte im Inneren für polizeiliche Aufgaben einsetzen und zur einheitlichen Führung der eingesetzten Kräfte einen Beauftragten bestellen.
- 28 Dabei sieht die Bundesregierung dann schon einen Angriff als drohend an, „wenn sie aufgrund der ihr zugänglichen nachrichtendienstlichen und sonstigen amtlichen Erkenntnisquellen in der Lage ist, zu beurteilen, ob es an der Zeit und angebracht erscheint, die Feststellung einzuleiten (so in ihrer Begründung zum Entwurf S. 9). Vgl. hierzu auch Seifert aaO., S. 43 u.
- 29 Siehe Seifert aaO., S. 64.

den Bundeskanzler selbst) zu deren einheitlicher Führung bestellen.

Hierzu nun der Vergleich dieses Entwurfskerns mit Art. 48 II WRV, der folgendermaßen lautete:

„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“

Zur Aufhellung der Parallele zwischen dem Kern der Notstandsverfassung und Art. 48 II WRV sind noch einige Bemerkungen vonnöten, wobei Gewicht darauf gelegt werden sollte, nicht allein, was die rechtlichen Regelungen aussagen, sondern, was politisch daraus gemacht werden kann³⁰:

1. nach beiden Regelungen können entscheidende Grundrechte zumindest beschränkt werden.
2. „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ bezieht sich zwar nicht nur auf einen Zustand der äußeren Gefahr, sondern auf alle Notstandsfälle. Da aber in der Notstandsverfassung auch der „drohende Angriff“ genannt wird, kann dessen Verkündung genau so einfach erfolgen, wie in Art. 48 II WRV.
3. Im Ergebnis gleich ist auch der Begriff „Maßnahme“ in Art. 48 II WRV und das Recht zum Erlaß von Notverordnungen im Entwurf. In der Praxis der Weimarer Zeit bestanden die „Maßnahmen“ des Reichspräsidenten in Notverordnungen³¹. Der Entwurf nennt nur gleich ausdrücklich, wie eine solche Maßnahme in concreto aussieht.
4. Träger der Ausnahme Gewalt ist nach Art. 48 II WRV der Reichspräsident, nach der Notstandsverfassung die Bundesregierung oder der noch kleinere und unbestimmbarere Kabinettsausschuß. In der politischen Wertung der Mißbrauchsgefahren sind die Träger der Ausnahme Gewalt jedoch als gleichartig zu erachten³².

30 S. Adolf Arndt, Notstandsgesetz — aber wie? S. 50.

31 Ob durch den Begriff „Maßnahme“ Notverordnungen zulässig waren, war für die Weimarer Verfassung am Anfang noch bestritten, vgl. Seifert aaO., S. 15 f.

32 Die Stellung des Reichspräsidenten als Träger der Ausnahme Gewalt ist jedoch in der Weimarer Verfassung das Ergebnis einer verfassungsrechtl. genau ausgedachten Konstruktion, die man als „Gewaltenwechsel“ bezeichnen könnte. Aktuell wurde der „Gewaltenwechsel“ in der Weimarer Zeit vor allem bei obstruierendem Parlament. In seinem Ansatz stellt dieser Gewaltenwechsel allerdings einen wichtigen Gedankengang in der Problematik des Ausnahme rechts dar. — Die WRV hatte die politische Macht im Regelfall dem Reichstag übertragen (Art. 54, 50, 59 WRV) als dem einen volksgewählten Organ. Im Falle der Störung des politischen Regelablaufs verlagert sich die Gewalt auf das andere volksgewählte Organ, den Reichspräsidenten. Dieses präsidentielle Regime liegt in den Art. 41, 25, 73, 53 WRV begründet. Der Regierungschef ist das „Zünglein an der Waage“. Dasjenige der beiden volksgewählten Organe, das mit dem Kanzler sich verbündet, wird gegenüber dem anderen Organ so unwiderstehlich, daß die Verfassung ein Kontrollrecht verankert — vgl. Revermann in seiner lesenswerten Analyse „Die stufen-

Art. 48 II WRV und der Entwurfskern gleichen sich also weitgehend³³, jedenfalls kann man in beiden Fällen von dem sprechen, was als klassisches Ausnahmerecht bezeichnet wird.

Damit trifft auf die „verengte politische Situation“ des prophylaktischen Systems das klassische Ausnahmerecht und bewirkt, verstärkt durch „die einfachen Notstandsgesetze“, ein *System der doppelten Sicherung*. Nebeneinander schaffen aber beide Systeme ein *ÜBERMASS*³⁴ an Sicherheitsregelungen. Selbst Michael Freund, Befürworter unbeschränkter Ausnahmebestimmungen („über der Regierung ist während des Ausnahmezustands keine Macht mehr außer Gott“³⁵) meint, daß „der Ausnahmezustand (...) eine Neuregelung des politischen Strafrechts“ verlangt und verwirft als Anhänger des klassischen Systems ein Präventivrecht³⁷. Umgekehrt hatte C. Schmitt, als er die prophylaktischen Regelungen als ausreichend beurteilte, den klassischen Ausnahmezustand als „etwas Altmodisches“ bezeichnet³⁸.

2 ERGEBNIS:

In dreifacher Hinsicht wird also durch die Entwürfe zur Notstandsgesetzgebung in die Gesamtstruktur des GG eingegriffen

- a) durch Eingriffe in Fundamentalnormen der Verfassung und in Grundrechte (NOTSTANDSVERFASSUNG)
- b) durch verfassungswidrige Gesetze außerhalb der Verfassung (z. T. die sog. einfachen Notstandsgesetze)
- c) durch systemfremdes klassisches Ausnahmerecht.

weise Durchbrechung des Verfassungssystems der Weimarer Republik in den Jahren 1930–1933, Münster (1959), S. 7 ff. (11, 12), aus dem die obige (in Parenthese gestellten) Ausführungen auszugsweise entnommen sind. Die vollkommene Durchführung dieses im Ansatz in der WRV vorhandenen Systems stellt die Einsetzung des Diktators im antiken Rom dar, vgl. hierzu Hamann in „Recht im Amt“ 1963, 210; während in dem Hinweis auf diese Diktatur nur immer die Herrschaft des Diktators befürchtet wird, muß auch der andere konstruktive Gedanke hervorgehoben werden: es ist die Einsicht, daß eine Regierung den Ausnahmezustand dann nicht mißbräuchlich verkünden wird, weil dann der „Gewaltenwechsel“ eintritt und sie sich mit der Verkündung also praktisch selbst aus der Macht entläßt. Wird nun dieser Diktator „demokratisiert“ oder „parlamentarisiert“, das heißt der „Diktator“ wird durch ein parlamentarisches Gremium repräsentiert, das nichtidentisch mit der Regierungsgewalt ist, so könnte sich ein für einen demokratischen Staat tragbares Notstandsorgan ergeben. Darauf aufbauend und in Weiterentwicklung der Ansichten Arndts über den Notstandsausschuß der Gegenentwurf HANNOVERS, veröff. vom Verband d. Kriegsdienstverweigerer. S. dazu auch HANNOVER Bl. f. dt. u. int. Pol. 1963/Heft 1, S. 40 f. und Heft 2, S. 113. Die klassische Diktatur ist die des franz. Präsidenten aufgrund Art. 18 der Verf.; vgl. die scharfe Kritik von M. Duverger in: *Institutions Politiques*, S. 354 ff.

Der Bundespräsident ist im Gegensatz zum Weimarer Reichspräsidenten kein vom Volk gewähltes Organ. Schon seine Wahl durch die Bundesversammlung, vor allem aber die politischen Vorgänge um diese Wahl zeigen, daß er kein „pouvoir neutre“ ist, wie Folz aaO., 201, annimmt.

33 Dieser Ansicht ist auch FLECHTHEIM, in NEUE KRITIK, Januar 63, S. 9 und 11.

34 Die Weimarer Verfassung kannte das „prophylaktische Prinzip“ nicht.

35 In: Notstandsgesetz — aber wie? S. 149.

36 Ebd. S. 126.

37 Ebd. S. 123 (Art. 21 GG betreffend).

38 Vgl. Arg. 25/47.

Berichtigungen zu Teil I und II dieses Aufsatzes:

Heft 25, S. 44, 34. Zeile: „Art. 79, Abs. 2“ statt „Art. 79, Abs. 1“.

Heft 25, S. 48, 17. Zeile: „Art. 67“ statt „Art. 68“.

Heft 25, S. 48, Anm. 14: „S. 46“ statt „S. 44“.

Heft 27, S. 37, 31. Zeile: Der Satz lautet richtig: „Diese verfassungsrechtlichen Ausführungen sind nur insoweit zutreffend, als sie einen zur Gefahrenabwehr notwendigen Eingriff rechtfertigen wollen, da das genannte Gewaltenteilungsprinzip...“

Besprechungen

I. Faschismus-Literatur

Galbraith, John Kenneth: Der große Krach 1929. Die Geschichte einer Illusion, die in den Abgrund führte. Vorwort von Ludwig Erhard.

Seewald Verlag, Stuttgart 1963 (266 S., Ln., 16.80 DM).

Das Buch enthält eine von großer Genauigkeit zeugende Materialfülle, die es erlaubt, sich ein Bild von den Ereignissen in Wall-Street und an der New Yorker Börse im Herbst 1929 zu machen. Die Schlußfolgerungen G.s hingegen liest man besser mit Vorsicht. Auf die folgenreichste sei hier hingewiesen: G. führt die große Depression der Wirtschaft auf den Börsenkrach zurück. Zugleich wird aber aus dem von ihm unterbreiteten Material ersichtlich, daß das Kapital für den Spekulations-Boom z. T. aus der Industrie floß — entweder direkt oder indirekt über die Investment-Trusts — z. T. aus den Banken, deren Kredit-Kapazität — so muß man historisch ergänzen — zurückzuführen ist auf das geringe Interesse der Industrie an Krediten für Investitionen. Der Rückgang der industriellen Investitionstätigkeit zeigt aber, daß die Industrie sich den Absatzschwierigkeiten anzupassen suchte, also bereits in der Krise stand. Nach Richtigstellungen in dieser Weise hilft das Buch einsehen, daß die Wirtschaft mit dem Spekulations-Boom nicht allein versuchte, ihre Schwierigkeiten am Rande der Überproduktionskrise zu kompensieren; vielmehr ist in den Geschehnissen von 1929 der „Geniestreich“ der großen Sieger der voraufgegangenen Konzentration zu sehen, mit welchem der bislang ungeschorene obere Mittelstand zu einem großen Teil um die industriellen Unternehmen oder um das nicht weiter investierte Kapital gebracht wurde. Um so verwunderter ist man, daß G. nicht weit über die Versicherung hinauskommt, damals hätten „unmenschliche Instinkte“ und „Verrücktheit“ gewaltet. Zu dieser Dämonisierung kommt G. wohl deshalb, weil er die Vorgänge an der Börse allzu isoliert von den wirtschaftlichen Hintergründen beleuchtete.

G. begann das Buch in der Absicht, zu verdeutlichen, was aus dem Jahr 1929 zu lernen ist, und endet es mit der Warnung davor, Wirtschaft treiben zu lassen; dieser begrüßenswerten Warnung ist hinzuzufügen, daß Wirtschaft nicht allein positivistisch begriffen werden kann.

Wolfgang Lefèvre (Berlin)

Der Weg in die Diktatur — Zehn Beiträge von: Theodor Eschenburg, Ernst Fraenkel, Kurt Sontheimer, Erich Matthias, Rudolf Morse, Ossip K. Flechtheim, Karl Dietrich Bracher, Helmut Krausnick, Hans Rothfels und Eugen Kogon, Piper Verlag, München 1962 (244 S., Papb., 9.80 DM).

Diese Aufsatzsammlung von zehn Politikwissenschaftlern über den Untergang der Weimarer Republik könnte sinnvoll sein, wenn bei der Analyse der Spezialgebiete das historische Material bis zur Erkenntnis allgemeiner Zusammenhänge durchstoßen würde. Da dies nicht der Fall ist, vermitteln die Essays nur Einzelinformationen über „die historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus“, die Geschichte der SPD, KPD und des Zentrums, das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik, die nationalsozialistische Machtergreifung und den Widerstand.

Indem sich die Untersuchungen über die Parteien auf deren Verhalten im Reichstag beschränken, verbleiben sie im „staatlichen Raum“, der — getrennt von seiner realen gesellschaftlichen Basis — nur geringen Aufschluß geben kann über den historischen Prozeß, der den Faschismus aus sich hervorbrachte. Daß diesen Aufsätzen theoretische Bemerkungen über den deutschen Parlamentarismus und das antidemokratische Denken hinzugefügt werden, ändert daran wenig. Denn es bleibt u. a. ungesagt, daß die Parteidifferenzen vor 1933 nur als Korrelat des real bestehenden Klassenantagonismus zu begreifen sind. Sie aus taktischen Konzeptionen der Parteiführungen oder ideologischer Intransigenz allein ableiten zu wollen, verrät die theoretischen Voraussetzungen der Autoren: vor allen Analysen steht ihre Option für ein Modell des bürgerlich-liberalen Parlamentarismus, der sich von den, seine sozio-ökonomische Grundlage transzendierenden Kräften abschirmt. In einem solchen Regierungssystem mag es freilich bedeutsamer sein, Kompromißfähigkeit zu beweisen als Gegensätze auszufeuchten. Diese ideologische Implikation bestimmt die Tendenz des Buches und die Schlüsse, die das historische Material hergibt: so fällt beispielsweise die mögliche Einsicht in die Bedingtheit des antidemokratischen Denkens durch die historische Situation aus dem Sichtkreis des Lesers, wenn (wie bei Sontheimer) die Kritik eines Carl Schmitt an der formalen Demokratie nicht am objektiven Mißverhältnis zwischen rechtlicher Gleichheit und gesellschaftlicher Diskriminierung gemessen wird. Verloren geht dabei der Anspruch auf eine Demokratie, die das Formale überschreitet und als soziale Demokratie politische Entscheidungen nicht mehr der lediglich kompromißhaften Vermittlung derjenigen partikularen Interessen überläßt, die die gesellschaftliche Macht repräsentieren.

Mit der Absage an gesellschaftliche Perspektive geht das Unvermögen einher, den Faschismus als soziales Phänomen in den Griff zu bekommen. Hierin ist die vorliegende Aufsatzsammlung konsequent: sie verzichtet auf Untersuchungen über den Nationalsozialismus, nur die Technik der Machtergreifung wird einer Kritik unterzogen. Als makabres Ergebnis solcher Geschichtsschreibung muß sich der Eindruck einstellen, der Faschismus könne als uner-

klärlicher Einbruch außerhistorischer Kräfte in das parlamentarische System nur soweit lokalisiert werden, als er sich der Instrumente der parlamentarischen Demokratie bediente. Die Dämonisierung des Nationalsozialismus dient allerdings der von den Autoren vorausgesetzten Theorie von Demokratie: Die „Lehren für die Zukunft“ (Kogon) plädieren für eine Verbesserung der Institutionen und notfalls eine Anpassung der gesellschaftlichen Prozesse an sie. Indem die Autoren den Faschismus aus einer solchen Sammlung von Essays verdrängen, die den Weg in die Diktatur zum Thema hat, kommen sie der kollektiven Verdrängung entgegen, die heute die Aufklärung jener Epoche vereitelt. Zur „Bewältigung der Vergangenheit“ hat dieser Band, der als Paperback für große Verbreitung produziert wird, wenig geleistet.

Bernhard Blanke (Berlin)

Seidel-Slotty, Ingeborg und Eugen Seidel: Sprachwandel im Dritten Reich. VEB Verlag Sprache und Literatur, Halle (Saale) 1961 (174 S., Hln., 10.60 DM).

Diese wohl erste Arbeit über die Sprache des deutschen Faschismus wurde geschrieben in der Emigration 1934—38, aber erst 1961 veröffentlicht.

Vorweg schon werden die hauptsächlichsten Charakteristika faschistischer Sprache formuliert: Streben nach Steigerung des Ausdrucks, und, scheinbar gegensätzlich: zugleich Verschwommenheit und militärische Knappheit. Die Einheit dieser Momente sei zu finden im zentralen Interesse des Faschismus: der *Demagogie*. Das ganze Buch dient der Verifizierung dieser Thesen. Kriterien des demagogischen Stils werden z.B. Häufung des Ausdrucks: der erste Begriff wird durch den ihm beigeordneten nicht näher bestimmt. „Das große Geschehen unserer Tage, das Wirken und Schaffen der Kräfte“ (6). Funktion dieses Satzes ist nicht die Entfaltung des Verschiedenen, sondern das Stehenbleiben auf einem Begriff, die „Wiederholung des ‚Einen‘ . . . Der Begriff dieses Einen, das dem Redenden . . . vorschwebt, entzieht sich meist der Fixierung“ (7). Die Rhythmisierung der Reihen unterdrücke die Reflexion, präge den bloßen Reizwert der Worte ein, um den unsicher Gemachten einzuwiegen in die Gewißheit des suggerierten Ganzen. Die Verfasser versuchen dies bis in die letzten sprachlichen Elemente zu verfolgen: Metaphorik verliert ihre alte Funktion und subsumiert Alltäglichkeit unter Erhebenderes, besonders Militärisches: „ein ganzes Regiment kämpft gegen Hunger und Kälte“ (9) meint eine Kollekte für die Winterhilfe. Die ungeheuer angeschwollene Nominalisierung, Knappheit ermöglichend, diene der Darstellung der Probleme als schon gelöster. Deutlicher wird dies an Veränderungen der Syntax. Zwischen kopulativer und instrumentaler Funktion schwankende Konjunktionen werden in bloßen Aufzählungen verwandt als eindeutig konsequente, z. B. „Träger höchster Rassenreinheit und damit Rassentüchtigkeit“ (20). Die Willkür der Assoziationen gerät in den Schein logischer Verknüpfung.

Weitere Kapitel untersuchen Übertragungen aus militärischen, technischen und mythologischen Bereichen, die Versuche zu systematisieren bleiben bei dem in der Einleitung Vorweggenommenen. Wichtig jedoch sind in diesem

Zusammenhang die Bemerkungen über die Sprache einiger Emigranten; es wird ihr nachgewiesen, daß sie geprägt war von dem, was sie bekämpfte (134). Der Ansatz S—S 1.'s erweist sich hier als zu begrenzt; daß selbst Antifaschisten ‚faschistisch‘ sprachen, kann bloße ‚Demagogie‘ nicht mehr erklären. Der Blick für das Spezifische der faschistischen Sprache wird verstellt, wenn Nominalisierung, Mythologisierung etc. als allein faschistische Symptome beschrieben werden. Die Untersuchung stellt sich jedoch, wenn auch unausgesprochen, diesem Widerspruch durch den Hinweis auf die entscheidende Funktion der *Geisteswissenschaften* in der Entstehung und Verbreitung der faschistischen Sprache, daß der Stilwandel somit nicht erklärbar sei durch diktierte Maßnahmen (VII). Dies bringt sie in Gegensatz zu neueren Arbeiten über diesen Gegenstand, was verständlich macht, daß ihre Existenz verschwiegen wird.

Götz Schmitt (Berlin)

Jünger, Ernst: Typus, Name, Gestalt. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1963 (133 S., Pappb., 9.80 DM).

Zwei seiner alten „Urbilder“ will Jünger in seiner letzten Schrift aufs neue vorstellen, bekannt schon seit dem „Arbeiter“ von 1932, hier aber in einer noch höheren Esoterik abgehandelt: „Typus“ und „Gestalt“, denen sich als Bindeglied der „Name“ zugesellt hat. Die Erkenntnis-kette in einer Induktion enthält alle topoi von J.s „höherer Anschauung“. Den ersten Platz nimmt der „Gegenstand“ ein; hat er einen „Namen“ erhalten, so ist er zum „Typus“ geworden, der wiederum unter die „Gestalt“ zu subsumieren ist; Ort aller denkbaren Individuationen endlich ist das „Ungesonderte“. Nur zufällig gleichen diese Schritte dem begrifflichen Weg vom Besonderen zum Allgemeinen, für J. ist es ein bildlicher Weg zu vollkommener Verdunkelung. Er faßt Wahrnehmung nicht mehr als Erkenntnis auf, sondern als „Offenbarung“; dessen irdische Spielart, die Intuition, kann nur den Typus, dessen überirdische, die Divination, nur die Gestalt erfassen. Allein wenn der divinatoire Gang zu den Müttern gestattet ist, kann die von der „Gestalt“ empfangene Prägekraft auf die Gegenstände anwenden, nur er erhält „typensetzende Gewalt“. J. stellt bedauernd fest, daß die Gegenwart eine „typenfeindliche Zeit“ sei; mitverantwortlich dafür sei der heutige Autoritätsverlust, der die Nivellierung ständig fördere. Diese Tendenzen, durch die die „Elite“ entlassen werden könnte, faßt J. zusammen im terminus der „Entsonderung“. Bestürzt registriert er, „daß all die verzweifelten und bis zu Kämpfen auf Leben und Tod sich steigernden Versuche, die Rassenmischung aufzuhalten, zum Scheitern verurteilt sind“. Ein Zustand, der die „Arten vermindert“, sei eingetreten und dadurch ein „Gesichtsverlust“, der „sowohl für die weißen wie für die farbigen Rassen“ gelte und „innerhalb der Völker sowohl für die herrschenden Typen wie für die dienenden“. J. versteht es, ohne ihren Namen zu nennen, die Demokratie als Schmelztiegel autoritärer „Prägungen“ zu verdammen. Seine Abneigung gegen die „Entsonderung“ — mehr als ein halbes Dutzend mal beschwört er mit gleichen Worten den Leser, es werde doch noch einmal werden wie einst — nimmt sich aus wie Sehnsucht nach der Zeit, in der von ‚Sonderbehandlung‘ und ‚Son-

dereinsatz' die Rede war. Im „Schatten der Gestalt“ streife uns das „Überwältigende“; der sado-masochistische Anklang dieses Bildes ist unverkennbar. Von der gleichen Ambivalenz ist die im Reich von J.s Urbildern versprochene Freiheit: zu herrschen und beherrscht zu werden. Auch daraus schöpft J. Hoffnung für einen wiederkommenden Zustand, in dem die Opfer „als Stiftung erfaßt werden“; denn die „Frage, ob er seine Freiheit gegen das Glück vertauschen solle, hat der Mensch noch immer verneint“. All das stellt sich dar als verblühte Reproduktion von J.s altem Bild der ‚totalen Mobilmachung‘; so hat er jedenfalls für seine eigenen Bücher bewiesen, daß das gleiche wiederkehrt. Sein Essay kann richtig nur gelesen werden, wenn man den poetischen Höhenflug in einem „Bildersaal“ in politische Prosa übersetzt. Er ist so angelegt, daß sich in ihm faschistische Herrschaftsinteressen als fundamental-ontologische Ewigkeiten tarnen, zubereitet mit einem aristokratischen Geschmack, der das ‚Heil Hitler‘ den Kleinbürgern überließ. Jürgen Werth (Berlin)

Schneeberger, Guido: Nachlese zu Heidegger. Dokumente zu seinem Leben und Denken. Selbstverlag, Bern 1962 (288 S., 10.— DM).

Verf. hat 217 Dokumente aus den Jahren 1929—1961 zusammengestellt, die teils die Wechselbeziehungen Heideggers und des Nationalsozialismus betreffen, teils das politische Milieu kennzeichnen, in dem Heidegger damals lebte und wirkte. Das Buch ist für jeden, der sich mit der Philosophie Heideggers beschäftigt, von großem Interesse. Im Heideggerschen philosophischen Denken sind dessen politische Hintergründe und Konsequenzen völlig durch hochgradige Stilisierung verhüllt. Die gleichzeitige Lektüre des philosophischen Werks und dieser Dokumentensammlung kann den falschen Zauber der Heideggerschen Philosophie erkennen und durchbrechen helfen. Über die inneren Zusammenhänge der Philosophie Heideggers mit dem Nationalsozialismus findet man einige prägnante Hinweise in den abgedruckten Abschnitten eines Aufsatzes von Günther Anders.

Bezeichnenderweise fand das Buch keinen Verleger; es ist bei seinem Verf. Bern, Hochfeldstraße 88, erhältlich.

Peter Fürstenau (Gießen)

Krause, Werner: Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus. Rütten und Loening, Berlin (Ost) 1962 (211 S., Ln., 9,80 DM).

K. folgt in diesem aus einer Dissertation entstandenen Buch den verschlungenen Pfaden eines Ökonomen und Soziologen, über den hierzulande viel Legendäres im Schwange ist („Sombartscher Geist“). Daran trägt nicht zuletzt Sombart selber Schuld. Daß er sein Fähnlein sowohl in marxistischen Wind hielt als auch den Kotau vor den Nazis sich nicht versagte — mit beidem übrigens nicht recht froh wurde — charakterisiert — so K. — bürgerliche Wissenschaft im Stadium einer Abwehrstellung, die durchaus als Moment des Verfalls der liberalen Ideologie zu verstehen ist. Die „interventionistischen“ Formen des Liberalismus, die insgesamt unter dem Substanzschwund der deistisch-natur-

rechtlichen Bezugspunkte stehen, aber auch die „entideologisierten“ Kompromisse von links und von rechts, spiegeln sich im neuen methodischen Ideal: Eklektizismus, Empirismus, Historismus, nicht zuletzt aber auch im Taktieren mit antiliberalen Strömungen. „Deutsche Wissenschaft“ mündet schließlich, sofern sie nicht den heraufkommenden neuen Herren dienstbar wird, im Agnostizismus, der letzten „Rückzugsposition“ der kompromittierten Bourgeoisie. Die Aporien sind hier von einer erstauñlichen Wandlungsfähigkeit und K. sieht im Falle Sombart diese „Wandlungsfähigkeit eines bürgerlichen Ökonomie-Professors im Zeitalter des Imperialismus und der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ in „klassischer Vollendung“ (S. 9).

Sombarts Anfänge im Verein für Sozialpolitik, der Organisation der „Sozialreformer“ — auch „Kathedersozialisten“ genannt — zeigen ihn — in einer Untersuchung über die römische Campagna — als Sprecher der italienischen Bourgeoisie, der den Adel für die Mißstände in diesem Landstrich verantwortlich macht (1888). Seine Kenntnisse der marxistischen politischen Ökonomie verwendet er zur Polemik gegen die Plattitüden der „Vulgärökonomie“, insbesondere Julius Wolfs, was ihm die Kennzeichnung „Marxianer“ durch seinen Lehrer Schmoller und ein Lob von Engels einträgt (1892—94). Allerdings schränkt er die relative Hochachtung, die er dem Marxismus zu zollen bereit ist, sofort dadurch ein, daß er die wissenschaftlich aner kennenswerte ökonomische Theorie von der an „Glaubensartikel“ gebundenen Praxis trennt. Bald nach Engels' Tod begibt er sich jedoch unter die „Marxüberwinder“. Wohl unter dem Eindruck des ständigen Wachstums der Sozialdemokratie, wie auch später unter dem Eindruck der russischen Revolution kündigt Sombart eine „Weiterentwicklung des Marxismus“ — „ein wichtiger Grundzug eines bedeutenden Teils der bürgerlichen Apologetik“ (S. 26) — an. Dies versucht er zunächst in dem unter verschiedenen Titeln wiederaufgelegtem Buch „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“ (1896) zu leisten. Um 1900 predigt er die Verwirklichung der „sozialistischen Ideale“ innerhalb des Kapitalismus und versucht die Gewerkschaften in eine parteiunabhängige Neutralität zu manövrieren. In zunehmendem Maße trachtet er zumal danach, das politische Element aus Sozialismus und sozialer Bewegung zu entfernen. In den verschiedenen Auflagen des Sozialismusbuches verwendet er sich daher wechselweise für die christlich-soziale Bewegung als auch für den Syndikalismus. Schließlich entdeckt er als „Wahres Prinzip des Sozialismus“ die „Liebe“, die „lieblichen Gedanken Gottes“. Diese Spiritualisierung hat in gewisser Weise eine Parallele in der Psychologisierung und Personalisierung des faktischen Sozialismus: Er wird nunmehr aus den ticks seiner Begründer abgeleitet. Im selben Fahrwasser segelt dann die Reduzierung des Sozialismus auf ein System abstrakter Handlungsmaximen ohne jeden Erkenntniszusammenhang (1924). Bei der Einschätzung des Kapitalismus trägt die Spiritualisierung allerdings positive Züge; hier erscheint der „Geist“ des Unternehmers als Motor ökonomischen Fortschritts. In der „Noo-Soziologie“ (1936) ist diese idealistische Wendung als geschichtsphilosophisches Theorem kodifiziert; die laudatio des kapitalischen „Gei-

stes“ wird zur Theorie vom Primat des „Geistes“ in der Entwicklung des materiellen Lebens. Was dann im „Geist“ nicht ganz aufgeht, wird rein empirisch behandelt und gerade dieses Auseinanderbrechen der Sombartschen Lehren in einen spekulativen und einen empiristischen Teil wird, so scheint es, von K. nicht genügend als charakteristische Ideologie der „Rückzugposition“ begriffen. Beide Teile hätten der ideologiekritischen Interpretation als zwei Seiten ein und desselben Prozesses zu gelten.

1934 versucht Sombart, sich mit den Nazis zu arrangieren. Sein „Deutscher Sozialismus“ findet aber wenig Gegenliebe. Der faschistische Publizist Nonnenbruch decouvriert aufs empfindlichste die wohl gar nicht so gemeinten marxistischen Anklänge. Enttäuscht wendet sich Sombart einer „geisteswissenschaftlichen Anthropologie“ zu. Seine letzte größere Schrift „Vom Menschen“ (1938) hält sich resigniert-agnostizistisch von „allen weltanschaulichen und politischen Erörterungen fern“.

Das Verdienst Krauses ist es zweifellos, Sombarts Werk nicht nur immanent geisteswissenschaftlich-biographisch, sondern in Beziehung zur deutschen gesellschaftlichen Entwicklung behandelt zu haben, was insbesondere angesichts der kritiklosen Wiederbelebung von Sombarts Lehren in der Bundesrepublik Beachtung finden sollte. Einschränkung muß wohl aber gesagt werden, daß wesentliche Erkenntnisse dieser Arbeit schon bei Rosa Luxemburg („Die ‚Deutsche Wissenschaft‘ hinter den Arbeitern“) verzeichnet sind.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben. München und Leipzig 1920.

Im Vorwort nennt S. als Grund für die Entstehung des Buches die Auseinandersetzung mit den Untersuchungen Max Webers über die Zusammenhänge zwischen Puritanismus und Kapitalismus. Der wesentliche Gehalt der Arbeiten Max Webers liegt in dem Versuch, die Entstehung des Kapitalismus auf Ursachen zurückzuführen, die im Bereich der religions- und geistesgeschichtlichen Entwicklung des Christentums hin zum Puritanismus liegen. Dabei zeigt der Webersche Frageansatz Ähnlichkeit mit dem der Marx'schen Analyse; anders als dieser jedoch betrachtet Weber den Kapitalismus nicht als eine zugleich notwendige und notwendig zu überwindende Entwicklung, sondern als eine Errungenschaft menschlichen Geistes, an der festzuhalten sei.

S. nun, der ebenfalls über den „Modernen Kapitalismus“ gearbeitet hat, unterscheidet sich von Max Weber dadurch, daß er nicht den Puritanismus, sondern den Judaismus als Entstehungsgrund benennt. Wie Weber will S. sein Vorgehen dabei streng als das der ‚wertfreien Methode‘ verstanden wissen, die sich jeden subjektiven Werturteils enthalte. Wie Weber ließe sich also auch ihm nachweisen, daß unter der Rede von der ‚Kulturbedeutung‘ die subjektiven ‚Wertgesichtspunkte‘ des Forschers in die Auswahl und Begrenzung des Forschungsgegenstandes miteingehen und zur Grundlage der Gültigkeit der erzielten Ergebnisse werden.

Interessant ist die Arbeit S.s dennoch durch die von Weber abweichende Bewertung des Kapitalismus und die damit

verbundene Bewertung des Judentums. Gilt ihm die Zeit vor dem Aufkommen des Kapitalismus als wesentlich bestimmt durch „Traditionalismus, Nahrungsideal, Idee der ständischen Gliederung und Stabilität“ (S. 179), durch das „Zusammenwirken lebendiger Menschen“ (S. 61), so mußten, damit der Kapitalismus sich entfalten konnte, „dem naturalen, dem triebhaften Menschen erst alle Knochen im Leibe gebrochen werden“ (S. 281). Für diese ‚Verfälschung‘ und ‚Zersetzung‘ lebendiger, ursprünglicher Beziehungen zwischen den Menschen nennt S. als Grund die Ausbreitung der Juden über ganz Westeuropa im Zuge der periodischen Vertreibungen. Bedingt durch die Eigenschaften ihrer Religion und ihrer jüdischen ‚Kollektivseele‘ hätten die Juden an allen Orten, wo sie sich festsetzten, ihr kapitalistisches Wesen entfaltet, dessen Bestimmungen nach S. von der Arroganz und Überheblichkeit über Anpassungsfähigkeit, Intellektualismus, Abstraktheit des Denkens, Unschöpferischeit, Sinnlichkeit, Fremdheit bis zu Liberalismus, Übervorteilung von Nichtjuden, sozialer Absonderung, Wucher, Schacher, Gier nach Geld und Unfähigkeit für manuelle Arbeit reichen. Ein Katalog von antisemitischen Vorurteilen also. S. scheint auch zu spüren, daß seinen Behauptungen nicht durch eine Häufung von beliebigen Beispielen die Kraft von Beweisen zu verschaffen ist. Er entzieht sich diesem Einwand, indem er behauptet, daß „das streng ‚wissenschaftliche‘ Verfahren zur Gewinnung völkerpsychologischer Urteile . . . außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet, und daß wir wohl noch recht lange warten müßten, ehe wir auf diesem Wege zu dem ersten greifbaren Ergebnis gelangten“ (S. 307). — S. ist jedoch keineswegs ratlos, denn er hat noch einen weit ergiebigeren Weg anzubieten: „Deshalb ist es ganz tröstlich, daß es außer jenem wissenschaftlichen Verfahren noch ein anderes gibt, das unter Umständen glänzende Resultate liefert: man kann es das ‚abgekürzte‘, oder auch das ‚künstlerische‘ Verfahren nennen. Mittels seiner *schaut* eine dazu veranlagte Persönlichkeit jenes auf wissenschaftlichem Wege mühsam hergerichtete Gedankengebäude als lebendiges Wesen mit seinem inneren Gesicht, sie schafft es mit Hilfe ihrer Intuition, wie wir zu sagen pflegen. Dieser inneren Schau genialer Menschen verdanken wir die wertvollsten Einblicke in die Wesenheit sozialer Gruppen . . .“ (307)

Der ‚geniale Mensch‘ Sombart erweist sich mit Hilfe seiner inneren Schau als ein ausgesprochener Antisemit und sein Buch als der unlautere Versuch, antisemitische Vorurteile wissenschaftlich ‚salonfähig‘ zu machen.

Ronald Wiegand (Berlin)

Sodhi, Kripal Singh und R. Bergius: Nationale Vorurteile. Eine sozialpsychologische Untersuchung an 881 Personen. Berlin 1953.

Diese Studie steht in der Reihe all jener wissenschaftlichen Bemühungen, die „das Problem der völkischen Vorurteile, ihrer Entstehung und Überwindung experimentell zu untersuchen“ bestrebt sind. Wie bei Allport wird das Vorurteil als sozialpsychologischer Forschungsgegenstand individualpsychologisch akzentuiert.

In Gegenstand und Methode ist die Untersuchung eng orientiert an Arbeiten von D. Katz und K. Braly (J. Abnorm. and Soc. Psychology, 1933, 28), die in den USA bereits 1933 durchgeführt wurden. Die Personen der Untersuchung von Sodhi/Bergius waren 881 Studenten, die mit den ebenfalls studentischen Interviewern befreundet oder bekannt waren. Es wurde — im Sommer 1951 — mittels Interviews die Einstellung zu 14 Nationen ermittelt und miteinander unter Verwendung quantifizierender Methoden in Vergleich gesetzt. Gemäß den erfragten Kriterien sind bezüglich der Vorurteile gegen Juden folgende Ergebnisse zu entnehmen: 1. Nach dem Vorurteil gegen die Deutschen, das als das der Eigengruppe natürlich die meisten gleichen Einzelurteile auf sich vereint, weist das Vorurteil gegen die Juden den höchsten Grad an Übereinstimmung auf, ist somit das „selbstverständlichste“. 2. Nach den Urteilen über Deutsche und Amerikaner weisen die über die Juden die meisten spezifischen, d. h. sonst nicht vorkommenden Eigenschaften auf; die jüdischen „Spezifika“ sind sämtlich negativ: krumme Nase, Schacherer, raffiniert, Zusammengehörigkeitsgefühl, schlau, raffigierig, heimatlos, Ausbeuter. 3. Die Juden wurden mehr als alle anderen Völker unter dem ökonomischen Aspekt beurteilt. 4. In der Rangreihe der Gefühlswerte, die sich von + 1,67 (1. Rangplatz für die Deutschen als Eigengruppe) bis zu - 1,78 (letzter Rangplatz für die Russen) erstreckt, nehmen die Juden einen mittleren Platz ein. Die hier feststellbare Ambivalenz der Einstellung zu Juden könnte auf gefühlsmäßige Neutralität schließen lassen. Doch verbirgt sich dahinter nichts anderes als mechanische Addition der eindeutig negativ bewerteten Eigenschaften der Juden (s. o.) zu solchen, die im Zusammenhang mit anderen Völkern zumeist als positiv bewertet werden wie z. B. die Eigenschaften „intelligent“, „redegewandt“ oder „familiengebunden“. Aus dem nicht sehr ergiebigen theoretischen Teil geht hervor, daß die Autoren ein „allgemeines Vorurteil“ gegenüber Fremdgruppen für „normal“ und „harmlos“ halten: „Ja, ist es nicht geradezu ein Positivum, wenn ein Mensch von einem anderen oder von einer Menschengruppe eine so unerschütterlich gute — also feste — Vorstellung hat, daß selbst gegenteilige vorübergehende Erfahrungen sie nicht ohne weiteres beseitigen können?“ (91)

Da die Verfasser ihr Material keinen Methoden ausgesetzt haben, die Aussagen hinsichtlich der manipulativen, politisch dynamisierbaren Potenz und des Instrumentalcharakters der Vorurteile möglich gemacht hätten, bedeutet ihre Beurteilung der allgemeinen Stereotype gegen Fremdgruppen als „harmlos“ eine irreführende und unzulässige Fehlinterpretation. Es ist deshalb der Kritik von P. Heintz voll zuzustimmen: „Die von den Autoren hervorgehobene Harmlosigkeit der (auf outgroups bezüglichen) Klischees läßt . . . außer acht, daß jedes Gefühl des nationalen Bedrohtheits, angefacht durch politische Propaganda oder gefördert durch andere Momente persönlicher Unsicherheit, sofort zu einer Besetzung dieser selben Stereotype mit negativem Affekt führen kann, und zwar in dem Bestreben, das eigene Bild zu schützen und zu verteidigen.“

Renate Dörner (Berlin)

Heintz, Peter: Soziale Vorurteile. Ein Problem der Persönlichkeit, der Kultur und der Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Köln 1957 (220 S., Ln., 12.80 DM).

Mit dieser Arbeit liegt wohl der erste eingehende theoretische Beitrag von deutscher Seite zur Vorurteilsforschung vor. Doch sind sowohl die theoretischen Ansätze wie das herangezogene empirische Material vorwiegend amerikanischen Ursprungs. Die Arbeit unterscheidet sich mithin im wesentlichen nicht von Allports „Nature of Prejudice“. Vorurteile haben auch hier ihre Quelle primär in der Persönlichkeitsstruktur. In engerer Anlehnung an den psychoanalytischen Ansatz gibt Heintz jedoch dem Abbau von Vorurteilen bei Erwachsenen durch Information, group retraining etc. — wie Allport sie vorschlägt — kaum eine Chance. Die in der frühen Kindheit angelegte Entwicklung der psychischen Organisation zur autoritären Persönlichkeit lasse Erziehungsversuche an solchen erwachsenen Individuen, die durch Ich-Schwäche und autoritäres Über-Ich gekennzeichnet sind, weitgehend zum Scheitern verurteilt sein. Denn das aktuelle Vorurteil ist nur der in Erscheinung tretende Teil des komplexen inneren Zusammenhanges, der charakterisiert ist durch eine niedrige Frustrationsschwelle, die Unfähigkeit der bewußten Verarbeitung jener Konflikte, die durch das permanente Zurückdrängen der Triebbedürfnisse des Es durch die strengen Normen des Über-Ich in einem integrationsschwachen Ich entstehen, und ein entsprechend hohes Maß aufgestauter Aggressionen sowie das Bedürfnis, für diese ein Ventil zu finden. Abzulesen ist diese innere Konfliktsituation jedoch in seiner „soziokulturell“ bedingten Vermittlung: so z. B. in den amerikanischen Klischees vom „rücksichtslosen, gerissenen, geld- und machtbesessenen“ Juden und vom „triebhaften, sexuell unmoralischen, disziplinlosen“ Neger; hier werden Wünsche und Triebe nach außen projiziert, deren Erfüllung eine Gesellschaft mit einer „stark restriktiven Sexualmoral“ und einem „unerhörten Ansporn zum sozialwirtschaftlichen Aufstieg“ vereitelt. Diese letztere Bedingung, daß die gesellschaftlichen Normen selbst die Projektion und Sündenbocksuche bewerkstelligen, ist nach Meinung des Autors außer in den USA „wohl auch in manchen anderen Gesellschaften erfüllt“ (115). Obwohl die Analyse die Bedingtheit der Wirksamkeit von Vorurteilen durch die gesellschaftlich allgemein akzeptierten Normen erarbeitet hat, beschränkt sich der Autor hinsichtlich der Eliminierung von Vorurteilen auf die Empfehlung einer nicht-autoritären, toleranten und liebevollen Erziehung, die das Individuum im Sinne eines „Personalismus“, „Integralismus“ zum „Abscheu vor der Bindung an abstrakte und unpersönliche Normen“ (165) bringen soll. Die Einwände gegen Allport sind also auch diejenigen gegen Heintz: Wenn die allgemein akzeptierten gesellschaftlichen Normen die Quelle der Vorurteile darstellen, dann besitzen sie auch mehr Macht, als daß man sie bloß mit Hilfe pädagogischer Bewußtmachung hinwegzuleugnen brauchte, ja, möglicherweise gedeihen sie auf dem Boden einer pädagogisch suggerierten, fiktiven Autonomie besonders gut.

Renate Dörner (Berlin)

Recktenwald, Johann: *Woran hat Hitler gelitten? Eine neuropsychiatrische Deutung.* Ernst Reinhardt Verlag, München/Basel 1963 (122 S., Ln., 8,50 DM).

R. hat reiches Material über Hitlers Gesundheitszustand zusammengetragen, insbesondere aus Hitlers nächster Umgebung. Es ergibt sich ein stattlicher Katalog von Krankheitssymptomen und Auffälligkeiten: Blickkrämpfe, Zitterlähmung, Schlafstörung, Wutanfälle, dauernde Nahsehstörung, Lidspalterweiterung, Salbengesicht, starke Schweißabsonderung, Speichelmangel, Schwäche der Libido, innere Unruhe, Lesegier und Quasselsucht, chronische Verdauungsbeschwerden, Idiosynkrasien (Angst und Ekel vor Beschmutzung mit Neigung zu übertriebenem Zähneputzen, Händewaschen und anderen pedantischen Gewohnheiten, besonders hinsichtlich der Ernährung), Angst vor Krebs, Charakterveränderungen in Richtung Roheit und Skrupellosigkeit. Auf Grund dieser Symptome stellt R. die neurologisch-psychiatrische Diagnose: Parkinsonsyndrom als Spätfolge einer frühen epidemisch-enzephalitischen Infektion. Ein akutes Stadium der Gehirnentzündung kann R. nicht direkt nachweisen, was bei dieser Krankheit durchaus vorkommt. Er vermutet, daß Hitlers Bruder im Kindesalter an einer Enzephalitis gestorben ist und daß sich Hitler damals angesteckt hat. Gewisse Veränderungen im Verhalten Hitlers (Zornausbrüche und Schulversagen) fallen mit dem Tod des Bruders zeitlich zusammen.

R.'s Materialzusammenstellung und Beurteilung macht es sehr wahrscheinlich, daß Hitler an einer organischen Gehirnkrankheit gelitten hat. Aber R.'s „neuropsychiatrische Deutung“ läßt es im Gegensatz zu des Autors Ansicht zugleich sehr unwahrscheinlich sein, daß Hitler *nur* an einer organischen Krankheit litt. R.'s Auseinandersetzung mit D. N. Kelleys¹⁾ psychoanalytischer Auffassung einer Reihe von Auffälligkeiten Hitlers als neurotisch überzeugt nicht. Des Autors Begriff einer organisch-erblich bedingten „spastisch-vegetativen Neurose“, mit dem er Kelleys psychologische Befunde seinem organischen Erklärungsprinzip anzupassen sucht, strapaziert die psychiatrische Krankheitslehre, um einer psychologischen (psychoanalytischen) Diskussion auszuweichen. So überzeugend der Versuch ist, bei Hitler eine organische Nervenkrankheit nachzuweisen, so fragwürdig erscheint des Verf. Bestreben, *alle* Symptome und Charakterauffälligkeiten Hitlers organischen Krankheiten zuzuordnen. Unnötigerweise belastet er seine neuropsychiatrische Darstellung mit einem anti-psychoanalytischen Affekt.

R. geht den einzelnen *seelischen Inhalten* und Motivzusammenhängen nicht nach; Hitlers Antisemitismus z. B. bleibt in seiner Darstellung ganz außer Betracht. R.'s neuropsychiatrischer Befund berührt die Sphäre eines psychoanalytischen Verständnisses Hitlers überhaupt nicht. Er erklärt einzig und allein *formale* pathologische Eigentümlichkeiten der körperlich-seelischen Verfassung Hitlers. Fromms²⁾ Deutung Hitlers als autoritärer, sado-masochistischer Charakter und Eriksons³⁾ Versuch einer sozial-

¹⁾ D. N. Kelley: *22 Männer um Hitler*

²⁾ E. Fromm: *Die Furcht vor der Freiheit*, Zürich 1945

³⁾ E. H. Erikson: *Kindheit und Gesellschaft*, Stuttgart 1961

psychologischen Analyse der Generation der national-sozialistischen „Revolutionäre“ sind erste Schritte in der Richtung auf ein psychologisches Verständnis, das als Ergänzung und Korrektiv der R.'schen Schrift dringend gefordert ist. Erst eine solche neurosenpsychologische Darstellung kann den Blick auf die sozialen Zusammenhänge lenken, in denen Hitler aufwuchs und wirkte und die von ihm, nicht zuletzt von seinen Symptomen und Charaktereigentümlichkeiten, ihrerseits entscheidend mitgestaltet wurden.

Reinhart Westphal (Berlin)

II. Städtebau und „Wohnkultur“

Bahrdt, Hans Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Rowohlt-Verlag, Reinbek b. Hamb. 1961, rde Bd. 127 (150 S., 2,80 DM).

Angesichts der ‚Leitbilder‘ vieler Stadtplaner, deren vornehmlich kulturpessimistische Tönungen von Riehl und Spengler herrühren und deren biologistische Ausrichtungen heute zu „aufgelockerten“ und „organischen“ Städten führen, versucht B. „eine soziologische Theorie städtischen Zusammenlebens“ (S. 139) zu entwickeln. Charakteristisch für städtisches Leben ist nach B., daß das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, d. h. entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in der Privatheit stattzufinden“ (S. 38). Die früheste Form von Öffentlichkeit entwickelt sich auf dem Markt, in dem schon Max Weber das Kennzeichen städtischer Ansiedelung sah. B. leitet aus dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte auf dem Markt Verhaltensmuster ab, die schließlich für städtisches Auftreten in der Öffentlichkeit allgemein gültig sind: „eine gewisse Beliebigkeit der Kontaktaufnahme“ bei „möglicher Ausklammerung der jeweiligen Sozialgefüge“, denen die Individuen, die in der Öffentlichkeit miteinander in Beziehung treten, angehören. Diese Art der Kontaktaufnahme erlaubt die günstigsten Tauschmöglichkeiten auf dem Markt; ein vorgeschriebenes lückenloses System personaler Beziehungen würde die Tauschchancen einschränken. Daher ist der Markt ein offenes soziales Gebilde; er integriert seine Mitglieder nicht vollständig, weil aus den Kontakten auf dem Markt keine personalen Bindungen erwachsen (obwohl das nicht ausgeschlossen ist). Nur bei „unvollständiger Integration“ (S. 39 f) kann das Individuum einen Privatbereich entwickeln, der nicht unmittelbar von sozialen Institutionen reglementiert wird. Die Öffentlichkeit hat dabei die Funktion, die Kommunikation der privatisierten, von einander distanzierten Individuen herzustellen. (S. 43). B. sieht das Wechselverhältnis von öffentlichem und privatem Leben und damit das städtische Leben heute gefährdet. Der Großbetrieb, der zum herrschenden Organisationstyp der gesellschaftlichen Arbeit wird, übernimmt Funktionen des öffentlichen Bereichs (Sozialfürsorge, Wohnungsbau, Erwachsenenbildung) und greift zunehmend in die Privatsphäre der Individuen ein. Damit entwickeln sich oikosähnliche Vergesellschaftungsformen (Oikos = autarker Großhaushalt), die zu einer Refeudalisierung der Gesellschaft führen (S. 92 f). Die „Sozierung“ in einem

Großbetrieb ist vielfach vermittelt und hierarchisch; sie ist nicht-öffentlich. Die Privatsphäre bleibt zwar streng von der Arbeitswelt getrennt, wird aber gleichzeitig durch sozialpolitische Maßnahmen des Großbetriebs von außen gemanagt. Der sozialpsychologische Reflex darauf in der Privatsphäre ist ihre „totale Privatisierung“, eine Entwicklung, die Schelsky als „Rückzug auf die Familie“ begrüßt, weil er dadurch die Stabilität der Familie gerettet sieht. Dieser Prozeß bedeutet aber auch: Verzicht auf Kommunikation in der Öffentlichkeit. B. sieht in ihm die „Denaturierung der Privatsphäre: Das Glück im Winkel“, die zu einer „Primitivierung der Intimgruppen“ (S. 58) führt. Die denaturierte Privatsphäre entspricht dem Verfall der Öffentlichkeit. Das gestörte Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit findet seinen Ausdruck im Städtebau. Dort werden „Nachbarschaften“ gebaut, in denen primäre Gemeinschaften (Kinderspielgruppen, dörfliche Geselligkeit etc.) das Leben bestimmen sollen. In diesen ‚kleinen überschaubaren Gemeinschaften‘ wird aber die Privatsphäre vollends aufgelöst, indem sie „durch ein Spitzel- oder Blockwartsystem“ unter Kontrolle gebracht wird (S. 121). Städtisches Leben ist nach B. allein durch Öffentlichkeit, die in der Vermittlung der Vielfalt der sozialen Kontakte frei verkehrender Individuen besteht, garantiert. Sein Interesse liegt daher in der Wiederherstellung dieser Öffentlichkeit. Er fordert, daß die Untereinheiten der Städte politischen Charakter haben, damit sie i. G. zu „Nachbarschaften“ wieder Öffentlichkeit erhalten. Er wendet sich dagegen, daß die City, die moderne Form des Marktes einer Stadtregion, in eine leere, grüne Mitte aufgelöst wird. Die Konsequenzen, die B. aus seiner gründlichen Kritik an heutigen Formen des Städtebaus zieht, bleiben vorerst mehr Fragen als konkrete Vorschläge für Änderungen.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

Veröffentlichungen des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (ifas), Bad Godesberg:

Band 1, Hartenstein, Wolfgang und Liepelt, Klaus: *man auf der Straße*. Eine verkehrssoziologische Untersuchung. Europ. Verlagsanst., Frankfurt 1961 (154 Seiten, brosch., 28.— DM).

Band 4, Hartenstein, Wolfgang und Lutz, Burkhardt: *City München*. Eine Untersuchung der wirtschaftlichen Struktur und Dynamik der Münchener Innenstadt. Europ. Verlagsanst., Frankfurt 1963 (150 Seiten, brosch., 28.— DM).

Beide Untersuchungen wollen der Entwicklung der modernen City gerecht werden. Die ifas geht von den Fourastiéschen Thesen der ständig wachsenden Bedeutung des tertiären Sektors der Wirtschaft aus. Danach werden immer mehr Menschen in Handel, Verwaltung und öffentlicher Dienstleistung beschäftigt werden. Die rationellen, d. h. wirtschaftlich optimalen Standortbedürfnisse dieses Wirtschaftssektors richten sich auf die City als den zentralen, allseitig zu erreichenden Kernpunkt einer Bevölkerungsagglomeration. Solch ein zentraler Punkt hat die Vorteile, daß die hochqualifizierten Arbeitskräfte des tertiären Sek-

tors, die sich aus weitem Umkreis rekrutieren, rasch an ihre Arbeitsstätten kommen und sich der Kunden- und Geschäftsverkehr leicht orientieren kann. Er ist geographischer, wirtschaftlicher und auch politischer Mittelpunkt. Die Funktion der City erschöpft sich also nicht darin, bloßes Einkaufszentrum zu sein; vielmehr lebt sie von der „Häufung der Funktionen“ (Bd. 1, S. 64). „Die City ist zur gleichen Zeit und in sich gegenseitig verstärkender Weise ein Sammelpunkt für Güter, für Kontakte, für Tätigkeiten“ (Bd. 4, S. 61). Sie ist Kommunikationszentrum. Die Vorteile der City, ihre zentrale Lage und bequeme Erreichbarkeit, gefährden sie zugleich: ihrer Struktur nach kann sie nicht unbegrenzt Verkehr aufnehmen, sofern es sich um private Verkehrsmittel handelt; denn ihre Funktionen entfalten sich nur bei großer räumlicher Konzentration. Das Individualverkehrsmittel aber nimmt Fläche in Anspruch, die in der Innenstadt nur in begrenztem Maße zu Verfügung steht. Verkehrsstauungen auf Grund der Zunahme des Individualverkehrs in der Innenstadt beeinträchtigen in der gegenwärtigen Situation ihre Funktionen, weil sie den Fluß der Kommunikation hemmen. Dieser läßt sich aber nicht verbessern, indem den Forderungen des privaten Kraftfahrzeugverkehrs nach immer breiteren Straßen nachgegeben wird; denn zu breite Straßenzüge würden den Kommunikationszusammenhang der City zerschneiden. Hält man wie die ifas daran fest, daß die City der rationellste Standort der Wirtschaftszweige des sog. tertiären Sektors und politischer Integrationspunkt ist, so dürfen die Funktionen der City nicht durch die Bildung von Nebenzentren zerstört werden.

Am Beispiel Münchens (Bd. 4) wird statistisch nachgewiesen, daß die City schon heute das Gebiet höchster Arbeitsplatzdichte ist und gemäß struktureller Wachstumsvermutungen einzelner Wirtschaftszweige, nämlich denen des tertiären Sektors, zu einer weiteren Konzentration von Arbeitsplätzen tendiert. Um die zentrifugale Tendenz wichtiger Wirtschaftszweige aufzufangen, muß die City schwerpunktmäßig erweitert werden, anstatt daß das Wachstum im traditionellen Zentrum stagniert, weil keine Baufläche mehr für neue Betriebe vorhanden ist und die Betriebe sich gezwungen sehen, auf Nebenzentren auszuweichen. Die ifas empfiehlt als Voraussetzung für eine Erweiterung des Stadtkerns den Ausbau eines öffentlichen Verkehrsnetzes, das dem Individualverkehrsmittel im Citygebiet überlegen ist, indem es die einzelnen Teile der City möglichst gut miteinander verbindet und damit den Verkehr *innerhalb* der City mühelos und rasch erledigt. (München plant zur Zeit den Bau einer U-Bahn.) Zur Ergänzung dieser langfristigen Planungsaufgaben rät die ifas der Stadt München dringend dazu, „schon jetzt die Standortwahl der nach außen drängenden Betriebe so zu beeinflussen, daß ihre spätere Anbindung an das Zentrum . . . möglichst wenig Schwierigkeiten bereitet“ (Bd. 4, S. 140).

Wie eine repräsentative Verbraucherbefragung über die Beurteilung des Verkehrs in Hamburg (Bd. 1) zeigte, und die Münchener Untersuchung bestätigte, hat das Individualverkehrsmittel heute noch immer wichtige Vorteile gegenüber dem öffentlichen Verkehrsmittel: es ist bequemer und führt trotz verstopfter Straßen schneller zum Ziel. Die zu

erwartende Zunahme der Kraftfahrzeugdichte wird sich künftig aber belastend auf den Verkehr auswirken: die Verkehrsfläche wird knapper, der Verkehrsablauf langwieriger. Zwar lassen die Ergebnisse der ifas hinsichtlich der Gründe für einen Autokauf erkennen, daß Autos in Zukunft mehr für die Freizeit angeschafft werden; jedoch wächst auch das Bedürfnis nach einem Auto für den Berufsweg, und zwar um so stärker, je mehr die Bevölkerung an den Rand der Städte zieht. Diese Entwicklung kann nur durch die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeglichen werden. Zwischen öffentlichem und privatem Verkehrsmittel muß eine Art Arbeitsteilung stattfinden; auf keinen Fall wäre der Trend zur privaten Motorisierung abzustoppen. In Hamburg hat das öffentliche Verkehrsmittel bereits entlastende Funktionen (z. B. beim Einkaufsverkehr). Wo die öffentlichen Verkehrsmittel gut funktionieren, läßt erwiesenermaßen der Wunsch nach einem Auto nach (Bd. 1, S. 83). Freilich hilft die Sperrung der Innenstadt für Autos, härtere Bestrafung für Verkehrsünder, Geschwindigkeitsbegrenzungen dem Verkehrsproblem nicht ab. Solche Maßnahmen rufen bloß verschiedene Interessenfronten auf den Plan (z. B. Autofahrer gegen Fußgänger) und fördern die bereits vorhandenen Aggressionen, mit denen die Betroffenen auf die technischen Schwierigkeiten des Verkehrs reagieren (Klagen über disziplineloses Verhalten der Verkehrsteilnehmer, Ruf nach härterer Bestrafung auf Verkehrsdelikte etc.), (Bd. 1, S. 103 f). Die ifas sagt für die Entwicklung der Cities, wenn sie ihrer jetzigen Entwicklung überlassen bleibt, zweierlei Tendenzen voraus: für die Bevölkerung wird die City durch zu große Entfernung an Attraktivität verlieren, und für die Wirtschaft werden ihre Standorte nicht länger rentabel sein. Beide Tendenzen führen zur Verödung der Innenstädte.

Die ifas arbeitet nicht mit „Leitbildern“; sie arbeitet aber auch keine „soziologische Theorie“ über die moderne Stadt aus; was sie mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung erarbeitet, beantwortet jedoch einen der strittigsten Punkte heutiger Stadtplanung: die Dezentralisation der großen Städte ist unwirtschaftlich, sie hemmt die rationalste Ausnutzung der heutigen Produktivkräfte.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

Koeck, Wolfgang: Existenzfragen der Industriegesellschaft. Gefahren und Chancen des technischen Fortschritts. Econ-Verlag GmbH, Düsseldorf-Wien 1962 (368 S., Ln., 24.80 DM).

Das Thema von „Verwertung des Wertlosen“, einer von der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie 1938 veröffentlichten Arbeit, an der K. und sein heutiger Mitarbeiter Greiling bereits beteiligt waren, kehrt in den „Existenzfragen“ in zwei von sechs Abschnitten wieder. Waren „Abfallverwertung, Altmaterialregenerierung...“ damals, aus Gründen der nationalen Selbstversorgung „Aufgaben, durch deren Lösung der Chemiker einen außerordentlich wichtigen Dienst an der gesamten Volkswirtschaft leistet“, so steht heute die Frage der Abfallbeseitigung und der Reinhaltung von Wasser und Luft im Vordergrund.

K.s Arbeit zeigt an verschiedenen Punkten, wie die „partielle Rationalität“ (H. Marcuse) des Spätkapitalismus über sich selbst hinaustreibt. Er wirft — wenn auch nur am Rande — Existenzfragen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise auf und zeigt Gefahren, die in der Anwendung des technischen Fortschritts fürs überkommene Herrschaftssystem begründet sind. — So könnte das „Schema einer rationellen Stoffwirtschaft“, das K. als Modell einer Lösung des „Müllproblems“ aus der Arbeit von 1938 übernommen hat, von der Chemischen Industrie aus vielleicht auch in anderen Produktionsbetrieben mit alles weiterverwertenden Kreislaufprozessen verwirklicht werden; aber die „Vermeidung und Verringerung der Abfälle beim Gebrauch durch stärkere Schonung der Gebrauchsgüter, durch Übergang zu Gütern höherer Qualität“ wird bloßer Appell bleiben, der mit den Notwendigkeiten des Systems nicht rechnet. Es ist kein „Lebensstil, der den Rhythmus des Verbrauchs auf immer höhere Touren treibt“, wie K. Vance Packard versteht, sondern der Zwang zu schnellerem Kapitalumlauf, dem Profitmaximierung unterworfen ist. Ebenso wenig ist die „sprunghafte Zunahme des Automobilverkehrs“, der „den größten Anteil an der durchschnittlichen Verunreinigung unserer Atemluft“ hat, bloß darauf zurückzuführen, daß das Auto als „sozialer Wertmaßstab für seine Besitzer herangezogen und von der Allgemeinheit empfunden wurde“, noch ist Reizüberflutung als „fragwürdiger Fortschritt der technischen Zivilisation“ schlechthin zu erklären, indem K. absieht von den ökonomischen Notwendigkeiten der hochkapitalistischen Gesellschaft. — Wie wenig Rationalität, die im Dienst partikularer Interessen steht, ihrem Begriff entspricht, mag diese Version von Ausbeutung bezeichnen: Der „Personen- und Sachschaden“, der durch Luftverunreinigung (Staub, Abgase) verursacht ist, beträgt in der BRD jährlich ca. 2,5 Milliarden DM, obwohl die „Senkung der schädlichen Emission auf die Hälfte“ nur etwa 500 Millionen DM zehn Jahre lang kostete.

Die technischen Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines geregelten Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur stellt K. in aller Rationalität des Chemikers und Technikers dar. Sobald er aber wirtschaftlich-politische Probleme behandelt, gebraucht er statt zusammenfassender Begriffe dramatisierende Bilder und widerspricht sich in seinen Forderungen. „Ballung“, „Enge“, „Verkehrsengpaß“ seien die Ursachen dafür, daß der Widerspruch zwischen Überflußwirtschaften und Unterernährung von bisher zwei Dritteln der Menschheit sich immer weiter verschärfe. So kann er für unser „liberales Wirtschaftssystem“ sprechen und zugleich Planung als „aus tiefem Verantwortungsbewußtsein getragene Vorsorge für die Zukunft“ gegen Planwirtschaft ausspielen („mit dem Odium behördlicher Reglementierung“). Zwei Seiten vorher heißt es aber: „Die Pflicht zur räumlichen Ordnung des Staatsgebietes ergibt sich . . . aus der Gebietshoheit als Wesensbestandteil eines Staates“. Das hieße, da K. unter Raumplanung eine Einheit von Bau- und Siedlungsplanung, Verkehrsplanung und Industrieplanung versteht, er müßte einen Typ von Planwirtschaft fordern. Doch an anderer Stelle heißt es: „Die Stadtverwaltungen sollten . . . die Tendenzen der Standort-

wahl industrieller Unternehmungen wie unumstößliche naturgesetzliche Gegebenheiten behandeln und sich diesen anpassen.“

Solche Widersprüchlichkeit seines Textes dürfte für K. allerdings natürliche Vielfalt sein, wie er denn auch versichert: „Gegensätze prägen von jeher das Bild menschlichen Zusammenlebens... existieren in jeder Millionenstadt... Elendsviertel... Geschäftsviertel... und Luxusviertel... Menschenballungen in Wohnblocks... Freiland und Grünflächen“.

Rolf Czeskleba (Berlin)

Silbermann, Alfons: Vom Wohnen der Deutschen. Eine soziologische Studie über das Wohn-erlebnis. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1963 (261 S., kart., 27.50 DM).

Diese ausführliche und materialreiche empirische Studie über das Verhältnis von „Wohnen“ und den es bestimmenden „sozialen Faktoren“ unterscheidet sich von anderen dadurch, daß sie ihren Gegenstand ausdrücklich theoretisch reflektiert zu haben vorgibt: Der Aufgabe nachgehend, „das Wohnen auf sein Wesen hin einzukreisen“ (14), findet S. „das bedeutsame Moment des Wohnens: das Wohn-erlebnis“. Das „Wohn-erlebnis“ ist „die Grundlage, von der alles ausströmt, und zu der alles hinfließt“ (111). Mit dieser Methode und den reichen empirischen Ergebnissen aus zwei lokalen Umfragen, einer Umfrage für die gesamte BRD, aus Inhaltsanalysen von Möbelprospekten und „Wohnkultur“-zeitschriften und aus einem Einrichtungsexperiment glaubt S. sich in einem revolutionären Gegensatz zu allem geschichtsphilosophischen, phänomenologischen und sonstwie „unüberprüfbar“ Vorgehen. Die „Verhaltensmuster“ (121) nämlich, die das Wohn-erlebnis bestimmen, fänden sich im empirischen Material als drei Arten von „Regelhaftigkeiten“: Natur, Veränderlichkeit, Abhängigkeit (113). Weil aber bei der Interpretation der Befunde „natürliche“ und „effektive“ Umgebung gleichgesetzt werden, erscheinen Produktionsverhältnisse, „kulturelles Erbe“ und Luftverunreinigung gleichermaßen als „Natur“. Der Durkheim-Schüler Silbermann behandelt seine das Wohnen beeinflussenden „sozialen Tatbestände“, wie sein Lehrer, nicht, wie beider Methode es eigentlich vorsieht, wie Dinge, sondern unter der Hand als Dinge, als vom Menschen nicht zu verändernde Natur. So meint S. mit dieser Methode bei der Untersuchung von „Möblierung des Wohnzimmers“ zu dem Schluß kommen zu dürfen, es sei falsch, „das soziale Verhalten in der Hauptsache von der Berufs- und Arbeit-sphäre des Menschen“ her zu deuten. Vielmehr komme es auf die „bestimmende Regelhaftigkeit“, hier: *Abhängigkeit* von „Sitte, Milieu, Symbolen, Wert“ an, mit einem Wort, auf „den demonstrativen Seinswert der Erscheinungsmerkmale von Möbeln“ (116). Mit ihrem ungeheuer umfangreichen empirischen Material, dargeboten in über 300 Tabellen und Auszählungen, hat diese Methode freilich nur sehr oberflächlich etwas zu tun; die Ausführungen zum „Wohn-erlebnis“ wären sehr oft auch ohne ihre eigenen Ergebnisse ausgekommen. Andererseits werden viele höchst interessante Daten nicht in die Analyse miteinbezogen. Das heißt nicht, daß die ganze Untersuchung deshalb

unbrauchbar wäre. Im Gegenteil ist gerade die emsige Darstellung aller nur möglichen Korrelationen der Umfrageergebnisse (Teppichwahl und Wohnsitz, Autoritätsstruktur der Familie und Häufigkeit von Besuchsempfang, Fernsehen und Einkommen, Konfession und Liebe für Couchtische usw. usf.) eine Fundgrube für mögliche spätere Untersuchungen.

Nicht die Darstellung von S., wohl aber die Tabellen im Anhang, machen bedenkliche Tendenzen unserer Gesellschaft transparent und bestärken sie zugleich: die deutsche Teppich- und Möbelindustrie erfährt ohne viele Mühe, wo und wie sie besser werben kann. In einer untersuchten Kleinstadt, hauptsächlich aus einer neuen Siedlung bestehend, empfangen die Leute z. B. nur noch viel seltener Besuch von Bekannten und haben allgemein nur noch viel weniger Kontakt mit Menschen (in Restaurants und beim Einkaufsbummel, beim Spazierengehen etc.) als die Bevölkerung in der zum Vergleich herangezogenen Großstadt Köln; aber sie lesen dafür viel mehr „Wohnkultur“-zeitschriften und Möbelprospekte und haben u. a. eine viel positivere Einstellung zu Teppichböden (der neuen Form von Bodenbelägen, die hauptsächlich in Neubauten, anstelle von Linoleum über ganze Zimmer ausgelegt werden), auch wenn sie keine haben, als die Großstadtbevölkerung.

S., der diese Studie im Auftrag der „Teppichgemeinschaft im Verband der deutschen Teppich- und Möbelstoffindustrie“ ausführte, will sich die Finger weder mit Gesellschaftskritik (z. B. dem Nachweis von Nebenwirkungen der neuesten Städte- und Wohnungsbaupolitik für das Bewußtsein der Individuen, z. B. Isolationsangst u. dgl.) noch mit konkreten Anweisungen für Werbung und Verkauf für seine Auftraggeber schmutzig machen. Aber diese brauchen nur klug genug sein, Statistiken zu lesen, um sich nicht allzu lange mit „Wohnerlebnis“ und ähnlichem aufzuhalten, sondern zum Geschäftlichen zu kommen: hat Silbermann herausgebracht, daß bei der Wahl von Möbeln 70 Prozent der Bevölkerung ihren eigenen Geschmack für maßgebend halten, so werden sie nicht mehr „Ihr Fachmann berät Sie gut“ auf ihre Prospekte schreiben, sondern: Ihr Fachmann errät Ihren Geschmack.

Reimut Reiche (Berlin)

III. Allgemeine Besprechungen

Huie, William Bradford: *The Hiroshima Pilot.* Verlag Putnam's Sons, New York 1964 (320 S., 5.95 Dollar).

Dies ist der jüngste Beitrag zum „Fall Eatherly“, der jahrelang die Presse der ganzen Welt beschäftigte. Eatherly gehörte zur Besatzung eines der Flugzeuge, die an der Vernichtung Hiroshimas beteiligt waren. Seine Meldung über die Wetterverhältnisse löste den Abwurf der Atombombe aus. Fortan fand Eatherly vor seinem Gewissen keine Ruhe mehr, widersetzte sich der Glorifizierung der Hiroshima-Piloten als Kriegshelden (was ihm einen jahrelangen Zwangsaufenthalt in der psychiatrischen Abteilung des Militärhospitals Waco, Texas, eintrug). In einem Brief-

wechsel Eatherlys mit Günther Anders wird erschreckend deutlich, daß der in der modernen Kriegs- oder Gesellschaftsmaschinerie blind funktionierende Einzelne „schuldlos schuldig“ werden kann, daß der ahnungslose Mittäter zugleich das Opfer „seines“ Tuns ist (Off limits für das Gewissen. Der Briefwechsel Cl. Eatherly/G. Anders; hrsg. von R. Jungk. Rowohlt Paperback 1961).

Das Buch von W. B. Huie nun tritt als sensationelle Entlarvung auf. Des Autors These ist, Eatherly sei nichts weiter als ein charakterschwacher Betrüger, er habe die Bombe nicht abgeworfen, sein Gewissenskonflikt sei nur vorgetäuscht. Er habe sich mit der seit 1957 von den Massenmedien fabrizierten Rolle des „schuldlos Schuldigen“ erst nachträglich identifiziert. — H. widerlegt seine These selbst, wenn er beiläufig bemerkt, Eatherly habe schon 1956 zu seinem Arzt von seiner „Hiroshima-Schuld“ gesprochen, also ein Jahr bevor sie zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen wurde. Über seine Funktion als Wetterbeobachter beim Bombenabwurf hat Eatherly im Briefwechsel mit G. Anders (Brief 42) eindeutig Auskunft gegeben: „Ich sandte meine kodifizierte Botschaft, die das endgültige „Fertig-Los“ darstellte, dem Bombenflugzeug zu, ich wies es also an, das Hauptziel zu bebomben.“

H. gibt an, sein Buch, auf dessen zahlreiche Irrtümer, Verzerrungen und Fälschungen hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann, als unabhängiger Journalist nur „der Wahrheit zuliebe“ geschrieben zu haben. Dem gegenüber ist festzustellen, daß H. zusammen mit dem Mitkonstrukteur der in Hiroshima eingesetzten Flugzeuge das wirkungsvollste Propagandabuch für den Aufbau der amerikanischen Luftflotte verfaßt hat (The Fight for the Air Power), daß er in einer anderen Schrift den Präventivkrieg gegen Rußland, China und Indien forderte (The Case against the Admirals) und daß er als Chefredakteur eines rechtsradikalen Blattes McCarthys Gesinnungsterror unterstützte.

Zu der von der Presse mit jubelnder Schadenfreude aufgenommenen „Enthüllung“ H.s, die Reue Eatherlys sei ein Schwindel, da er ja die Bombe gar nicht selber abgeworfen habe (was nie behauptet worden war, s. o.), bemerkt Günther Anders: „So zu argumentieren, heißt Eichmann, der die Öfen nicht selbst bedient hat, in Schutz zu nehmen.“

Lothar Riehn (Berlin)

Schröder, Gerhard: Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland. Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1963 (284 S., Ln., 19.80 DM).

Im Vorwort des Herausgebers Alfred Rapp — eines Protagonisten des Komitees Rettet die Freiheit — wird Sch. als eine Autoritätsfigur dargestellt, die idealtypisch Spenglers „großen Führernaturen“ entspricht: begabt mit Kälte und Distanz und allzeit bereit zu harten Beschlüssen „gewinnen solche Naturen leichter Autorität als Popularität“ (S. 16). Bereits hier wird deutlich, was auf den folgenden Seiten in Sch.'s Reden sich konkretisiert: Das Buch ist ein Kompendium konservativer Gemeinplätze und belegt die politische Situation der Bundesrepublik eindringlicher als es die meisten der bisher erschienenen Analysen der poli-

tischen Struktur Westdeutschlands taten. Nahezu ungebrochen haben sich all jene politischen Vorstellungen (und als solche sind sie Programme und größtenteils verwirklicht) des konservativen Bürgertums nach dem Zusammenbruch des Faschismus erhalten lassen, die gerade am entscheidendsten dessen Aufkommen begünstigten und in ihn eingeflossen sind. Das ganze Syndrom der konservativen Ressentiments taucht in Sch.'s Reden wieder auf: „Die Krise unserer Zeit... ist ein tödlich bedrängendes Faktum“ (132). Ursache dieser Krise sei „der Verfall der Weltanschauung“, d. h. der Verlust der religiösen Bindungen. Zugleich Phänomen und Auslöser der Krise sei „die Existenz des dialektischen Materialismus“ (132). Von dieser petitio principii aus entwickelt Sch. seine politischen Programme. Während auf dem Boden dieses Staates die äußere Bedrohung durch den Bolschewismus von einer inneren Bedrohung durch zahlreiche Agenten dieser tödlichen Gefahr verstärkt werde — durch Intellektuelle, Pazifisten, Gewerkschaften und nicht zuletzt die Opposition — sucht Sch. nach einer heilen Welt: diese ist ihm die „wehrhafte Demokratie“ (pass.). Aufgebaut auf der „politischen Gemeinschaft zwischen dem Generaldirektor und dem Arbeiter, dem großen und dem kleinen Unternehmer, dem Beamten und dem Bauern, dem Professor und dem Handwerker“, kennt sie nur einen Gegner: den Bolschewismus, demgegenüber es keine Kompromisse geben wird (239). Die „unbedingte Gemeinsamkeit nach außen“ (150), die Sch. von der Opposition ständig fordert (und die sich immer mehr herstellt), kennt ihrer Intention nach auch im Inneren keinen gesellschaftlichen Antagonismus, der sich politisch äußern könnte. Wo doch Repräsentanten einer Partei auftraten, die sich nicht zur „Sozialpartnerschaft“ bekannten, wurden sie von Sch. als Vertreter der äußeren Bedrohung bekämpft. Zunächst propagierte er als einer der ersten das KPD-Verbot, dann sind seine Reden voll von Diffamierungen der parlamentarischen Opposition, und schließlich bereitete er die Notstandsgesetze vor, die zum mindesten als stetige Drohung auch den letzten Rest von Opposition abwürgen sollen. Auch hier sind seine Argumente bis ins einzelne die gleichen, mit denen einst die Weimarer Republik bekämpft wurde: Gegen die „Weimarer Traditionskompanie“ (10) führt er die Kritik an der Labilität jener Republik ins Feld, an deren kurzlebigen Kabinette, der Parteienvielfalt — und der Herausgeber ergänzt die Reihe der Anwürfe mit der absurden, aber hintergründigen These, daß die Weimarer Republik nicht am Art. 48 starb, sondern eher, „weil er in ihrem Schlußakt nicht angewandt ward“ (19). Der Staat, den Sch. proklamiert, ist der quasi-ständisch organisierte kapitalistische Staat, in dem die „politische Willensbildung... auf wenige wirklich tragfähige Gruppen“ (130), d. h. auf die nahezu gleich gebliebene alte herrschende Schicht, beschränkt bleibt, eine Forderung, die die Bundesrepublik auch erfüllt. Zwar ist der Klassenantagonismus nicht aufgehoben, aber er ist stabilisiert, nicht zuletzt durch das tertium comparationis zwischen Herrschenden und Beherrschten: dem Antikommunismus, der heute die Funktion im konservativen Denken erfüllt, die einst der Antisemitismus hatte.

Bernhard Blanke (Berlin)

Amery, Carl: Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute. rororo Bd. 589, Rowohlt-Verlag, Reinbek b. Hamb. 1963 (127 S., 2,40 DM).

Amery und sein Buch verdienen Sympathie; ohne Beschönigung wird der deutsche Katholizismus des 20. Jahrhundert analysiert, also die Institution, der A. sich — „nicht nur mit dem Gehirn, sondern mit dem Herzen“ — zugehörig fühlt, und diese geistige Heimat kann nicht gut dabei wegkommen.

Amerys Grundthese: Der sich mit der Geschichte in seinen ‚Inkarnationen‘ wandelnde Katholizismus hat in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert eine immer bedrohlicher werdende, selbstzerstörerische Gestalt angenommen und beharrt auf ihr, nämlich auf der Gestalt des Kleinbürgerturns. Um diese These zu stützen, untersucht A. die Wertvorstellungen des dt. Kath., die in der Tat die Materialität der Kirche ausmachen. Von diesen Werten her — ‚Ehrlichkeit, Arbeitsamkeit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Dienst, Mißtrauen gegen alle Exzesse (Auf-rührerisches) und gegen alles Schillernde . . ., sowie Gehorsam gegen die Obrigkeit“ — entwickelt er die — inzwischen geschichtliche Wirklichkeit gewordenen — Folgen solcher Tugendlichkeit: Antiparlamentarismus, Injurien gegen zersetzenden Geist, Abscheu gegen die proletarische Bewegung, Eichmanns ‚nur-Rädchen‘-Haltung etc. Hätte es 1933 eine zur Resistance entschlossene Kirchenführung gegeben, folgert A. weiter, sie wäre von der Mehrheit des kath. Volkes im Stich gelassen worden. Aber die Kirchenleitung war nicht weniger Opfer des „Milieus“ — wie A. die kleinbürgerliche Gestalt bezeichnet — als das Gros der Gläubigen. Auch der beliebte Verweis des dt. Kath. auf Widerstandskämpfer aus seinen Reihen ist nicht stichhaltig: Widerstand wurde von der Kirchenleitung nicht gebilligt; erst nach 1945 stellte man sich hinter seine ‚Märtyrer‘.

Der dt. Nachkriegskath. ist nicht weniger Gegenstand der Kritik A.s: er erinnert an das längst vergessene Ahlener CDU-Programm, an die bedingungslose Bejahung der Bonner Politik mit ihren Folgen für die Teilung Deutschlands; auch die theologische Schützenhilfe für die Wiederbewaffnung und die grundsätzliche Billigung der Anwendung von Atomwaffen werden nicht verschwiegen.

Das Kontinuum, welches die Haltung des dt. Kath. im 20. Jahrhundert unter nunmehr vier politischen Systemen aufweist, erkennt A. richtig in der Idiosynkrasie gegenüber allem, was entfernt rosa-rot aussieht. Dabei ist A. alles andere als Marxist; seine Analyse ist eine Bewußtseinsanalyse, keine der realgeschichtlichen Kräfte und ihres Zusammenhangs mit dem Bewußtsein; dennoch erkennt er für die Vermeidung solcher Katastrophen wie Faschismus die Notwendigkeit der — er empfiehlt, in solchen Fällen sich lieber nicht deutsch auszudrücken: Expropriation der Expropriateure. Er greift — ein innerkirchlicher Klassenkampf! — die „Monopolstellung“ der offiziellen Kirche mit ihrer Verfügungsgewalt über „sämtliche Kommunikations- und Geldmittel“ an: „Sentire cum Ecclesia kann von uns den Bruch mit dem existierenden Katholizismus verlangen.“

All dies ist erstaunlich; der Reiz des Buches besteht aber darin, daß, was hier als innerkirchliches Problem erscheint, die scheinbar nur religiöse Selbstkritik dem Deutschland der letzten hundert Jahre einen ungewöhnlich gut geschliffenen Spiegel vorhält.

Wolfgang Lefèvre (Berlin)

Schaff, Adam: Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen. Europa-Verlag, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964 (176 S., Papp., 12.80 DM).

Schaff ist seit 1955 Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und ein intimer Freund Gomulka's. Seine bisherigen theoretischen Bemühungen galten der marxistischen Erkenntnistheorie, einer Theorie der Sprache, der Semantik und der Kritik des Positivismus. Das Buch „Marx oder Sartre“ erschien erstmals 1961, die erweiterte 2. Auflage, die der deutschen Übersetzung zugrunde liegt, erschien 1962 unter dem Titel „Philosophie des Menschen“ (Filozofia Czlowieka) und wurde in den kommunistischen Ländern lebhaft diskutiert. Worum handelt es sich konkret? Um Fragen der Moral, der Verantwortung, der Freiheit des Individuums, „die ganze jungmarxistische Problematik der ‚Entfremdung‘“. Daß die Existentialisten (gemeint ist immer nur Sartre) diese Fragen aufgriffen, machte sie in den Augen der Stalinisten erst recht suspekt. Obwohl der Existentialismus oft ein „ideologisches Instrument gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung“ war, gibt ihm Schaff gegen die „nihilistische“ Kritik der Stalinisten partiell recht. Die Kategorien Individuum, Freiheit usw. gelangen erst im erneuerten Marxismus zu ihrer Wahrheit. Schaff reduziert seine Auseinandersetzung mit Sartre auf dessen Konzeption des Individuums. Sartres Ausgangspunkt vom autonomen Individuum setzt er den Satz Marxens aus der 6. These über Feuerbach entgegen: „In seiner Wirklichkeit ist es (das menschliche Wesen) das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Er kritisiert an Sartre den „inneren Widerspruch zwischen Subjektivismus voluntaristischer Schattierung und der objektiven Auffassung eines von menschlichen Handlungen unabhängigen Schicksals“ als säkularisierte Theologie. (Schaff erkennt darin die Crux jeder religiösen Moralistik wieder: der nach Gottes Ebenbild geschaffene Mensch kann zwar zwischen Gut und Böse frei entscheiden, wird aber vom Demiurg immer verurteilt, weil er das Falsche wählt.) Daher sei eine Synthese von Marxismus und Existentialismus unmöglich. Eine existenzialisierende Interpretation des jungen Marx führe nicht nur zu einer Ablehnung Engels', sondern auch des „ökonomischen“ Marx. Den Marxismus versteht Schaff als „sozialistischen Humanismus“, der Individuum und Gesellschaft im historischen Materialismus vermittelte und in der Praxis sich an der Spannung von Idee und Wirklichkeit abarbeite. Er sei „kämpferisch“, denn: „Wer die Menschen liebt, muß die Gegner ihrer Sache hassen.“ Den durch den Stalinismus hervorgerufenen Konflikt zwischen Organisationsdisziplin und Gewissen nennt Schaff objektiv. Obgleich er absolute Gebote und Verbote als „kryptoreligiös“ ablehnt, plädiert er nicht für das Primat des angeblich autonomen Gewissens

über die Politik. Schaff wirft den Stalinisten vor, sie hätten versucht, Schwierigkeiten der politischen Entwicklung durch heteronome moralische Normen zu beseitigen. Obwohl Schaff den Begriff Stalinismus nicht ein einziges Mal benutzt und allenfalls vom „sogenannten Personenkult“ oder von „Fehlern und Entstellungen“ spricht, ist seine Analyse wichtig, da er ihn gesellschaftlich-geschichtlich versteht. Der Stalinismus habe die Idee schon als realisiert behauptet und sei in abstrakter Negation des Kapitalismus verharret; er sei ein „enger Praktizismus“, der „zum Verlust der weiten Perspektive, zum Verlust des Ziels und damit praktisch gleichfalls zur Gefahr eines Zusammenbruchs aus Enttäuschung über das reale Leben“ führte. Wenn Schaff dann darauf verweist, die Erfahrung (Ungarn 1956? H. P. G.) lehre, daß es besser sei, „die Prozesse der Demokratisierung eher aufzuhalten, als sie übermäßig zu beschleunigen“, so will er doch gleichzeitig, daß solche notwendige Beschränkung eben als *Beschränkung*, als baldmöglichst abzuschaffende Last empfunden wird. Er fürchtet den „Konservatismus der sozialen Einrichtungen“, glaubt aber dessen sicher sein zu können: „keine Institution und keine ‚institutionellen Garantien‘ können dem Druck der Bedürfnisse des Lebens, der Politik standhalten“. Angesichts dieser Aussagen ist zu hoffen, daß Schaff gewisse undialektische Aspekte seiner Position überwindet: er verwendet den Ideologiebegriff affirmativ und spricht vom Marxismus als einer „Weltanschauung“. Bedenklich ist seine Auffassung des Marxismus als eines „historischen Determinismus“. Eine solche Interpretation der Geschichte ist im Marx'schen Sinne ideologisch.

Hans-Peter Gente (Berlin)

Hobsbawm, Eric J.: Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. (Primitive Rebels. Studies of Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries.) Luchterhand Verlag, Neuwied 1962. Soziologische Texte Bd. 14 (269 S., Glanzfol., 19.80 DM).

Die Entstehung der Arbeiterkoalitionen und -organisationen in Europa ist fast immer von bereits vorhandenen, primitiven Formen des sozialen Protests beeinflusst worden; einige dieser „archaischen“ Formen der sozialen Rebellion bestehen entweder heute noch weiter oder bilden sich immer wieder von neuem. Diesen Sachverhalt hat der englische Ethnologe und Soziologe E. J. Hobsbawm im vorliegenden, bereits 1959 in England erschienenen Buch detailliert beschrieben und analysiert. (Zum Standardwerk des gleichen Verf.: „The Age of Revolution“ s. Argument H. 26, S. 60 f.)

In 8 Kapiteln untersucht H. folgende Beispiele: Banditentum, ländliche Geheimgesellschaften (bes. die sizilianische Maffia), revolutionäre Bauernbewegungen chiliastischer Art in Südspanien (Anarchismus) und Süditalien, vorindustrieller städtischer „Mob“, religiöse Arbeitersekten in England, Rituale in frühen Arbeiter- und revolutionären Organisationen. Das Buch wird durch einen dokumentarischen Anhang ergänzt, der „die Gedanken und Vorstellungen der

Menschen, die an solchen Auseinandersetzungen teilhaben, mit deren eigenen Worten veranschaulichen" (13) soll. H. hat sich im wesentlichen auf solche Primärquellen und eigene praktische Feldarbeit gestützt; von beiden Möglichkeiten erklärt der Autor, daß er sie in einem viel zu geringen Umfang benützt habe. Er will seine Studien nur als Vorarbeiten für eine umfassendere, systematische Untersuchung archaischer Sozialbewegungen verstanden wissen.

Ihnen allen gemeinsam ist ein spezifisch „präpolitisches“ Bewußtsein, das sich angesichts der unbegreiflichen Gewalt, mit der eine neue, völlig fremde Welt (in Gestalt des modernen Kapitalismus) über sie hereinbricht, nicht artikulieren kann. In seiner Hilflosigkeit flüchtet dieses Bewußtsein entweder in das Banditentum, „um mit Feuer und Schwert alles zu zerstören, was nicht der Wohlfahrt aller dient“ (44), oder aber in den religiös gefärbten, hauptsächlich aus millenarischen und messianischen Elementen bestehenden Utopismus, der vielerlei Mischformen kennt. Charakteristisches Merkmal solcher bewußtlosen Rebellion ist das vollständige Fehlen jeglicher in sich geschlossener, fundierter Konzeption (Programmatik) und einer beständigen Organisation.

H.'s sorgfältige Analyse erscheint besonders gelungen in den Kapiteln über die Maffia und über den bäuerlichen Chiliasmus (den H. präziser „Millenarismus“ nennt). Jede Sozialrebellion steht vor dem Problem, „sich dem Leben und Kampf der modernen Gesellschaft anzupassen“ (15). H. geht den Möglichkeiten nach, ob und wie dieser Prozeß der Absorption, der „Modernisierung“ vorangetrieben werden kann und aus welchen Gründen er in verschiedenen Fällen mißlungen ist. So mußte der spanische Agrar-anarchismus auf Grund seiner einseitigen Betonung der reinen Spontaneität und seines Messianismus scheitern, während im sizilianisch-südtalientischen Bauernkommunismus umgekehrt der „ursprünglich millenarische Enthusiasmus in etwas Dauerhaftes verwandelt“ werden konnte: „in beständige und organisierte Anhängerschaft einer modernen sozialrevolutionären Bewegung“ (141), nämlich der italienischen Linksparteien, insbesondere der KPI.

Wenn H.'s Buch trotz seines provisorischen Charakters für das Studium der sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert unerläßlich sein dürfte, so verdankt es dies der am historischen Materialismus orientierten Methode seines Autors, Geschichtsschreibung mit soziologischer Analyse zu verknüpfen. Leider steht einer weiteren Verbreitung des Buchs ein handicap entgegen, das sich der Verlag hätte sparen können: die Übersetzung ist streckenweise so mißlungen, daß der Sinn einzelner Sätze verschwommen bleibt.

Peter Brokmeier (Berlin)

Bode, Ingrid: Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition. Sozialwissenschaftliche Studien, hrsg. vom Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1962 (118 S., brosch., 14.50 DM).

In einer Zeit politisch-parlamentarischer Stagnation der Bundesrepublik, in der Opposition allein noch gegen das

Opponieren statthaft zu sein scheint, könnte eine Analyse über Ursprung und Begriff parlamentarischer Opposition mehr als nur akademisches Interesse beanspruchen. Es ist merkwürdig genug, daß die Wissenschaft sich dem Phänomen der Opposition erst jetzt zuwendet, da dieses in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu einer fast bedeutungslosen Randerscheinung abgesunken scheint. Nach dem Vorwort S. Landshuts versteht sich die Untersuchung B.'s „nicht als ein Bericht über Ereignisse, Einrichtungen und Entwicklungen einer bestimmten Epoche der englischen Geschichte... also nicht im herkömmlichen Sinn als eine historische Darstellung. Sie verfolgt in erster Linie den Zweck, politische Begriffe zu klären, den Sinnzusammenhang politischer Institutionen zu bestimmen“ — aber es scheint, als habe die gegenwärtige konstitutionelle Schwäche des Erkenntnisgegenstandes die Erkenntnis selber affiziert. Denn das Versprechen, „den Sinnzusammenhang politischer Institutionen zu bestimmen“, kann nicht eingelöst werden, wenn in einer 118 Seiten umfassenden Studie über „Ursprung und Begriff parlamentarischer Opposition“ $2\frac{1}{2}$ Seiten für einen „Hinweis (!) auf das Problem einer parlamentarischen Opposition im modernen Staatswesen“ (S. 116) freigehalten werden. Und selbst auf diesem knappen Raum wird die Intensität und Präzision beispielsweise der Leibholz'schen Fragestellung nach der Funktion überkommener parlamentarischer Verfassungsinstitute im „plebiszitären Parteienstaat“ nicht auch nur annähernd erreicht. Nach Art einer politischen Ideengeschichte wird die „Mischung der politischen Formprinzipien von exakter Demokratie (scil. Volkssouveränität — d. Verf) und parlamentarischer Repräsentation“ (S. 118) in den modernen europäischen Verfassungen konstatiert und vage von einem „Umbau der soziologischen Gliederung und (der) Aufnahme bestimmter Ideologien“ gesprochen, die „zu dieser Vermischung gegensätzlicher politischer Formprinzipien... traten“; hat man bereits auf eine politische Soziologie dessen, was je unter ‚Opposition‘ firmiert hat und heute darunter firmiert, verzichtet, so wird man ebenso in der Erwartung darüber enttäuscht, als Ersatz zumindest das verfassungstheoretische Problem von Repräsentation, Gewaltenteilung und Volkssouveränität sachverständig erläutert zu bekommen. Statt dessen erfährt man in der Schlußbemerkung, daß die Antwort auf die Frage, „ob die Prinzipien eines freien Parlamentarismus sich überhaupt zu halten vermögen, ... daran liegen (mag), ob es noch einzelne geben kann, die auf Grund ihrer existenziellen Freiheit die politische zu verteidigen bereit wären“ (S. 118).

Über den „Begriff der parlamentarischen Opposition“ dürfte der Leser nach der Lektüre kaum konkretere Vorstellungen haben als vorher. Allenfalls für die stabilisierten englischen Verhältnisse des beginnenden 18. Jahrhunderts kann aus B.'s Ausführungen als Prinzip der Opposition die dauernde und bewußte Herstellung der Gewaltenbalance unter den ständischen und frühbürgerlichen Kräften mit der Möglichkeit alternativer politischer Führung herausgelesen werden. Die Begründung, wieso gerade dieses Prinzip das angemessene Mittel des gesellschaftlichen Interessenausgleiches darstellte, bleibt die Verf. schuldig. Die sozialökonomischen Verhältnisse ver-

schwinden hinter dem ausgebreiteten Panorama der Verfassungsgeschichte. Die Mitteilung, welche „verschiedenen sozialen Gruppen“ (S. 48) es zu Beginn des 18. Jahrhunderts in England gegeben hat, vermag kaum Aufschluß darüber zu geben, welche ökonomischen Interessen sie im einzelnen vertraten, wie weit jene Interessen gesellschaftlich relevant waren, welche wechselnden oder stabilen Bündnisse unter den sozialen Gruppen bestanden und auf welche Weise ökonomische Interessen politisch um- und durchgesetzt wurden. Nach B. erklärt sich die seinerzeit installierte parlamentarische Opposition aus einem ausgesprochen platonischen Verhältnis der maßgeblichen englischen Schichten zu den Institutionen der politischen Macht-ausübung: Da der Premierminister als Parlamentsführer (mit Anhängerschaft) und Minister zugleich legislative und exekutive Gewalt ausübte, war das gewohnte Bild der institutionellen Trennung beider Gewalten gestört. Um die demokratisch-parlamentarische Ästhetik wiederherzustellen, schuf Bolingbroke das offensichtlich jenseits aller Interessen bestehende Prinzip der Gewaltenbalance von Opposition und Regierung mit der Möglichkeit alternativen politischen Führungswechsels. Dazu tat er den von der Verf. in rührender Weise beschworenen „Geist der Freiheit“, damit dem modernen Leser das ganze Prinzip nicht als ein mechanisches erscheine, und fertig ist bereits „Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition“. Die moderne Geschichtsforschung weiß darüber bereits mehr zu berichten.

Ulrich K. Preuß (Berlin)

Redaktionelle Anmerkungen

Der Aufsatz von Walter Benjamin, „Theorien des deutschen Faschismus“, der 1930 in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ erschien, wird hier zum ersten Mal wiederveröffentlicht. Für die Abdruckerlaubnis danken wir Herrn Prof. Th. W. Adorno.

Die beiden Definitionen von Ronald Wiegand, „Herrschaft“ und „Entfremdung“, waren ursprünglich als Teil zu einem größeren Ganzen gedacht. Sie gingen hervor aus einem Seminar über „Antisemitismus und Gesellschaft“, das von Dr. Margherita v. Brentano und Dr. Peter Furth an der Freien Universität Berlin abgehalten und später als Arbeitskreis mit dem Ziel einer Publikation weitergeführt wurde.

Klaus Heinrichs Habilitationsschrift („Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen“) erscheint im Oktober dieses Jahres beim Suhrkamp-Verlag als Paperback in derselben Reihe, in der auch die Habilitationsschriften von Walter Benjamin („Ursprung des deutschen Trauerspiels“) und Theodor W. Adorno („Kierkegaard — Konstruktion des Aesthetischen“) erschienen sind. Ein Vorabdruck aus dieser Schrift ist veröffentlicht in DAS ARGUMENT, 6. Jhg. (1964), Nr. 29, S. 105—108: Exkurs über „Die Quellen der Belehrung“.